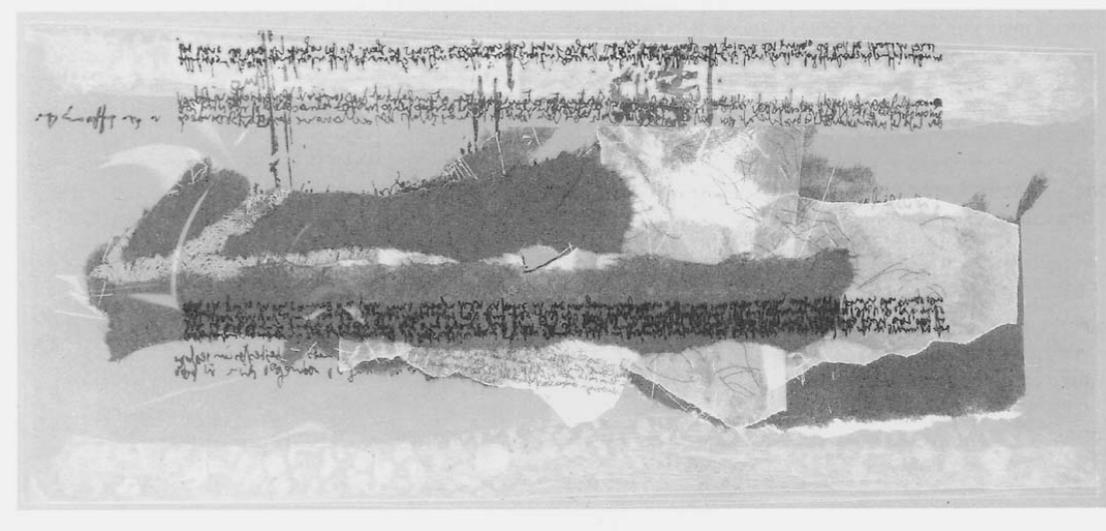


Die Gewalt überleben

Psychosoziale Arbeit im Kontext von Krieg, Diktatur und Armut



medico Report: 23 Die Gewalt überleben

Der medico-Report dokumentiert die wichtigsten Beiträge der Konferenz „Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur“, die vom 17. bis zum 21. Juni 2000 in Mainz stattfand. Fünf Tage lang haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von zwanzig Projekten aus zwölf Ländern intensiv und engagiert ihre unterschiedlichen Erfahrungen ausgetauscht. Wie hilft und unterstützt man Menschen, die erlitten haben, was die Rechtssprechung „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ nennt? Wie kann dies in gesellschaftlichen Verhältnissen gelingen, in denen die Opfer kaum gehört, geschweige denn unterstützt oder entschädigt werden, während die Täter oft völlig unbehelligt bleiben? Wo die Möglichkeiten der Hilfe in keinem Verhältnis zum Ausmaß der Zerstörung stehen?

Die hier zusammengestellten Texte reflektieren die praktischen und theoretischen Antworten, die psychosoziale Projekte auf solche Fragen gefunden haben. In Chile beispielsweise, wo die individuelle therapeutische Betreuung von Folteropfern vom gemeinsamen Kampf um eine gerichtliche Verurteilung des Foltergenerals Pinochet nicht getrennt werden kann. In Südafrika, wo Gemeinwesenarbeit das zerrissene soziale Netz von Gemeinden neu zu knüpfen sucht, die vom Bürgerkrieg, alltäglicher sozialer Gewalt und materieller Verelendung verwüstet wurden. In Nicaragua und Palästina, wo einen langen Atem braucht, wer die überkommenen Geschlechterverhältnisse und Normalitätsvorstellungen verändern will. Aber auch in Deutschland, wo Kriegsflüchtlinge nicht nur von den physischen und psychischen Verletzungen geheilt werden müssen, die sie in ihren Herkunftsländern erfuhren, sondern auch von den traumatisierenden Folgen einer Asylpolitik, der es nur noch um die schnellstmögliche Abschiebung der Menschen geht, die hier Schutz suchen.

ISBN 3-923363-29-x
ISBN 3-933050-83-9

Was Sie tun können

Unsere Projektarbeit lebt von dem Interesse und Engagement vieler. Bleiben Sie mit uns in Kontakt!

Unser vierteljährlich erscheinendes Rundschreiben hält Sie über unsere Projekt- und Kampagnenaktivitäten auf dem Laufenden. Auch unsere Homepage www.medico.de informiert Sie über das aktuelle Projektgeschehen und bietet vielfältige Hintergrundinformationen zu Projektländern und Kampagnen.

Alle, die selbst aktiv werden wollen, erhalten zweimal jährlich Kampagneninformationen mit konkreten Aktionsvorschlägen. Gerne nehmen wir auch Ihre Ideen und Vorschläge auf. Wir freuen uns über jede engagierte Zusammenarbeit.

Projektarbeit, die sich nicht mit der kurzzeitigen Linderung von Not und Leid zufrieden geben will, benötigt eine langfristige, sichere Finanzierung. Werden Sie Fördermitglied bei medico international!

medico international
Obermainanlage 7
D 60314 Frankfurt am Main

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Die Gewalt überleben : Psychosoziale Arbeit im Kontext von Krieg, Diktatur und Armut / [Hrsg. von medico international. Red.: Katja Maurer ; Thomas Seibert]. - Frankfurt am Main : Medico Internat.; Frankfurt am Main : Mabuse-Verl., 2001

(Medico-Report ; 23)

ISBN 3-923363-29-x

ISBN 3-933050-83-9

Herausgegeben von:

medico international

Obermainanlage 7

D-60314 Frankfurt am Main

Tel: 069/94438-0

Fax: 069/436002

eMail: info@medico.de

http://www.medico.de

Mai 2001

Redaktion Report: Katja Maurer, Thomas Seibert

Layout: Ingo Thiel

Redaktion CD-ROM: Michaela Bocksch, Katja Maurer, Usche Merk

Produktion CD-ROM: Bernhard Lehr

Graphik CD-ROM: Ingvild Becker

Programmierung: Holger Leipt

Besonderen Dank an Keith Chamberlain

Titelbild: Carlfriedrich Claus, Yang-Aspekt

© für Report und CD-ROM: bei den Autoren, 2001

© VG Bild-Kunst, Bonn 2001 für alle Abbildungen

ISSN 1430-9696

ISBN 3-923363-29-X (medico)

ISBN 3-933050-83-9 (mabuse)

Spendenkonto:

1800 Frankfurter Sparkasse (BLZ 500 502 01)

Werden Sie Fördermitglied bei medico international

Ich möchte medico international regelmäßig unterstützen und entscheide mich für eine

Fördermitgliedschaft, weil ich die langfristige Projektarbeit von medico genauso unterstützen möchte wie die flexible Hilfe in akuten Notsituationen und die unabhängige Öffentlichkeitsarbeit. (Jährlicher Beitrag mind. 240 DM oder 120 EURO. Für Leute mit geringem Einkommen [Stud., Erwerbsl., Azubis] 120 DM oder 60 EURO.)

Und weil es nicht nur Bankgebühren spart, sondern für alle Beteiligten einfacher ist, erteile ich medico international bis auf Widerruf eine Einzugsermächtigung. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Bitte buchen Sie

monatlich

vierteljährlich
(Jan./Apr./Jul./Okt.)

jährlich

ab Monat

DM

EUR

von meinem Konto ab.

Geldinstitut

BLZ

Konto-Nr.

Name

Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum

Unterschrift

Ich möchte regelmäßig das kostenlose medico-Rundschreiben.

Ich möchte zweimal jährlich Kampagnen-Informationen mit konkreten Aktionsvorschlägen.

Bitte ausfüllen und zurücksenden

Inhaltsverzeichnis

Editorial	Seite 7
I. Psychosoziale Arbeit – Versuche der Standortbestimmung	
Usche Merk (Deutschland) Schnelle Eingreiftruppe Seele	Seite 13
Leticia Cufre (Mexiko) Ein Konzept in Entwicklung	Seite 21
II. Zum Verhältnis von psychischer, politischer und sozialer Aufarbeitung der Vergangenheit - Fallbeispiele	
Paz Rojas Baeza (Chile) Das Trauma der Straflosigkeit	Seite 27
Susana Navarro García (Guatemala) Den Tod erinnern, um weiterleben zu können	Seite 37
Carlfriedrich Claus Zu den Abbildungen	Seite 43
Brandon Hamber, Maggie Friedman, Traggy Maepa, Ntombi Mosikare (Südafrika) Das Wort ergreifen	Seite 45
Daniel Peter Botha (Namibia) Die vergessenen Jahre	Seite 55
Marie Rössel-Cunoviç (Deutschland) Ein fragmentiertes Leben	Seite 63

III. Arbeitsansätze und Reflektionen

Berenice Meintjes, Zandile Nhlengetwa (Südafrika)
Gewalt über Generationen hinweg Seite 71

Katja Maurer (Deutschland)
Nicaragua: Chronik einer Wiederaneignung Seite 77

António Eduardo (Angola)
Vom Überleben im Land eines vierzigjährigen Krieges Seite 89

Majeda Abu Goush (Palästina)
Vor den Augen der anderen Seite 95

Ralf Syring (Deutschland/Angola)
Vom Umgang mit Geistern und Göttern Seite 101

IV. Ökonomische Situation der Projekte

David Becker (Deutschland/Chile)
Fünf Thesen zur psychosozialen Arbeit Seite 105

Adolf Kloke-Lesch (Deutschland)
Wir stehen bei diesem Thema am Anfang Seite 111

Rebekka Bernhardsgrütter (Schweiz)
Ein fortlaufender Lernprozess Seite 113

Thomas Seibert (Deutschland)
Splitter einer Tagung Seite 117

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren Seite 127



Kommunistisches Zukunftsproblem: Zwischen dem Einst und dem Einst (1963)

Editorial

Wenn man Felipe Sarti aus Guatemala zuhört, spürt man den Schrecken des Geschehenen und das Gewicht der vielen Geschichten, die ihm anvertraut wurden. »Ihr müsst entschuldigen«, sagt er, als er über seine Arbeit berichtet, »wenn ich mal anfangen zu erzählen, kann ich nicht mehr aufhören.« Der Psychologe ist einer der Teilnehmer der medico-Konferenz »Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur«, die vom 17.-21.6. 2000 in Mainz stattfand. Er arbeitet seit mehreren Jahren in einem psychosozialen Projekt in Rabinal, einer ländlichen Provinz Guatemalas, in der Anfang der 80er Jahre ein Viertel der Bevölkerung durch Massaker und Massenmord ausgerottet wurde.

Wie bietet man Menschen Hilfe und Unterstützung an, die erlitten haben, was die Rechtsprechung »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« nennt? Und: wie macht man das in einem Kontext, in dem die Opfer kaum gehört, geschweige denn unterstützt oder entschädigt werden, während die Täter oft völlig unbehelligt bleiben? Wo die Möglichkeiten der Hilfe in keinem Verhältnis zum Ausmaß der Zerstörung stehen?

5 Tage lang haben 45 Teilnehmer aus 20 Projekten und 12 verschiedenen Ländern intensiv und engagiert über solche Fragen, über die Entwicklung psychosozialer Konzepte diskutiert und die Ergebnisse am letzten Tag 200 Gästen vorgestellt. Der vorliegende medico-Report dokumentiert die wichtigsten Beiträge und Diskussionen. Die beigelegte CD-Rom enthält alle Vorträge der Tagung sowie deren englische und spanische Version und ergänzt die theoretischen Reflektionen mit Informationen über die anwesenden Projekte und Personen.

Zum Einstieg dient der Beitrag von **Usche Merk** im **ersten Teil**, der den Rahmen der Debatte und den Erfahrungsraum skizziert, in dem die nachfolgenden Texte entstanden sind. Ihre zentrale Aussage, nach der im Kern jeder psychosozialen Arbeit die Anerkennung und Entprivatisierung des Leids stehen muss, weist auf die Kontextabhängigkeit psychosozialer Arbeit hin.

Dass der emanzipatorische Ansatz einer 'salud mental colectiva' mehr als nur eine beliebig anwendbare »Technik« beinhaltet, führt **Leticia Cufre** in ihrem Beitrag aus, der fünfzehn Jahre psychosozialer Arbeit in Mittelamerika im Zusammenhang der sozialen Auseinandersetzungen dieser Zeit resümiert.

Die Wechselwirkungen zwischen psychischer, politischer, juristischer und sozialer Aufarbeitung der Vergangenheit werden im **zweiten Teil** des medico-Reports an verschiedenen Länderbeispielen aufgezeigt. In **Chile** haben die Erfahrungen mit Überlebenden der Folter dazu geführt, nach dem System der Folter und der Repression zu fragen. **Paz Rojas** beschreibt die Arbeit interdisziplinärer psychosozialer Teams, die ihr Handeln nicht auf ein traditionelles Verständnis von Diagnose und Therapie reduzieren wollen und deshalb mit der herkömmlichen Rolle »neutraler« Therapeuten gebrochen haben. Ihre Arbeit schließt die gemeinsame politische Intervention mit den unmittelbar und mittelbar Betroffenen ein und führt dabei notwendig über die Arbeit mit einzelnen

»Patienten« hinaus. Zur entscheidenden Wende sowohl des therapeutischen wie des politischen Engagements wurde die Verhaftung Pinochets, mit der wenigstens das »Trauma der Strafflosigkeit« aufgebrochen wurde, in dem die Traumatisierung durch Verfolgung und Folter fortlebt.

In **Guatemala** muss man erst die Toten ausgraben, um mit Hilfe ihrer Überreste das Leid öffentlich zu machen und Trauerprozesse einzuleiten. **Susana Navarro García**, eine Kollegin von Felipe Sarti, beschreibt die psychosoziale Bedeutung der Exhumierung von Massengräbern und die Möglichkeiten, die komplexen Veränderungen zu begleiten, die sie bei den Individuen und Gemeinschaften in Gang setzen.

Der vielfach positiv kommentierte Prozess der Vergangenheitsbewältigung in **Südafrika** verlief für die Opfer der rassistischen Herrschaft sehr viel widersprüchlicher und problematischer, als dies in den freundlichen, zum Teil begeisterten Kommentaren der Fall zu sein schien. Die Arbeit der **Khulumani Support Groups**, einer Selbstorganisation von Überlebenden der Apartheidgewalt, spiegelt die verschiedenen Phasen der Arbeit der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission und die damit verbundenen Probleme. Enttäuschung und das Gefühl, verraten worden zu sein, prägen inzwischen die Opfer, die nach Auswegen und neuen Handlungsmöglichkeiten suchen.

In **Namibia** hingegen muss noch um die Wahrheit selbst gekämpft werden, um die öffentliche Anerkennung des Leids. Die vollständige gesellschaftliche Verdrängung der Verbrechen der Vergangenheit wirkt für die Opfer der Befreiungsbewegung und jetzigen Regierungspartei SWAPO wie eine erneute traumatisierende Sequenz. **Danie Botha** zeigt auf diesem Hintergrund, dass psychosoziale Arbeit auch hier immer beides sein muss: kollektive politische Aktion und individuelle Hilfe für die Opfer.

Nicht nur in Namibia findet psychosoziale Arbeit in einem Kontext statt, in dem sich Angst und Unsicherheit auf traumatische Weise fortsetzen. Flüchtlinge in **Deutschland** erleben den Rassismus staatlicher Asylpolitik als Fortsetzung der Verfolgung, der sie in ihren Herkunftsländern ausgesetzt waren. **Marie-Luise Rössel-Cunoviç** beschreibt anhand der Erfahrungen bosnischer Flüchtlinge, welche Auswirkungen der unsichere Aufenthaltsstatus und die permanente Abschiebedrohung auf die Verarbeitung traumatischer Erlebnisse hat und welchen Spagat psychosoziale Arbeit, die gleichzeitig der Aufenthaltssicherung dient, unter diesen Umständen leisten muss.

Neben der Einbindung in einen nationalen Kontext spielen lokale Auseinandersetzungen und Bedingungen bei der Konzeptentwicklung psychosozialer Programme eine zentrale Rolle. Im **dritten Teil** des Reports werden gemeinwesenorientierte Arbeitsansätze vorgestellt, die sich in umfassende Rehabilitations- und Wiederaufbaumühnungen integrieren, um präventiv eine Wiederholung der Gewalt zu verhindern. **Berenice Meintjes und Zandile Nhlengetwa** beschreiben anhand der Arbeit des KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence in **Südafrika**, was lokale Kontextorientierung bedeutet und wie sie in die Konzeptentwicklung einfließt. Konfliktbewältigung und -verarbeitung dürfen nicht im Schmerz steckenbleiben. Bei der Suche nach den Ursachen des Konflikts können die Überlebenden der Gewalt gemeinsame Interessen wiederentdecken

und handlungsfähig werden, wenn auch ihre Wut, ihre Schuld- und Rachegefühle einen Platz finden und bearbeitet werden. Traumatische Erfahrungen im Rahmen von Naturkatastrophen stehen nicht außerhalb gesellschaftlicher und historischer Gewalterfahrungen, die in der Biografie der Einzelnen ihren Niederschlag gefunden haben. Der Wirbelsturm Mitch in **Nicaragua** brachte mit dem Schlamm auch alte Wunden an die Oberfläche: Diktatur und Befreiungskampf, Contra-Krieg und Enttäuschung über die Revolution und die neoliberale Folgeperiode. **Katja Maurer** beschreibt anhand der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden des Wirbelsturms im Rahmen eines umfassenden Wiederaufbauprogramms, welchen Ausdruck diese unverarbeiteten Gefühle gefunden haben und wie sie auch Teile der alten Kreativität zurückbrachten.

Ähnlich komplex sind Rehabilitationsbemühungen im palästinensischen oder angolanischen Kontext. Die notwendigen medizinische, physiotherapeutische oder ökonomische Hilfe werden in die gemeinwesenorientierte Organisation von Selbsthilfe integriert. **Majedah Abu Gosh** zeigt anhand ihrer Arbeit in **Palästina**, welche Barrieren dabei überwunden werden müssen und welche Rolle Frauen dabei spielen.

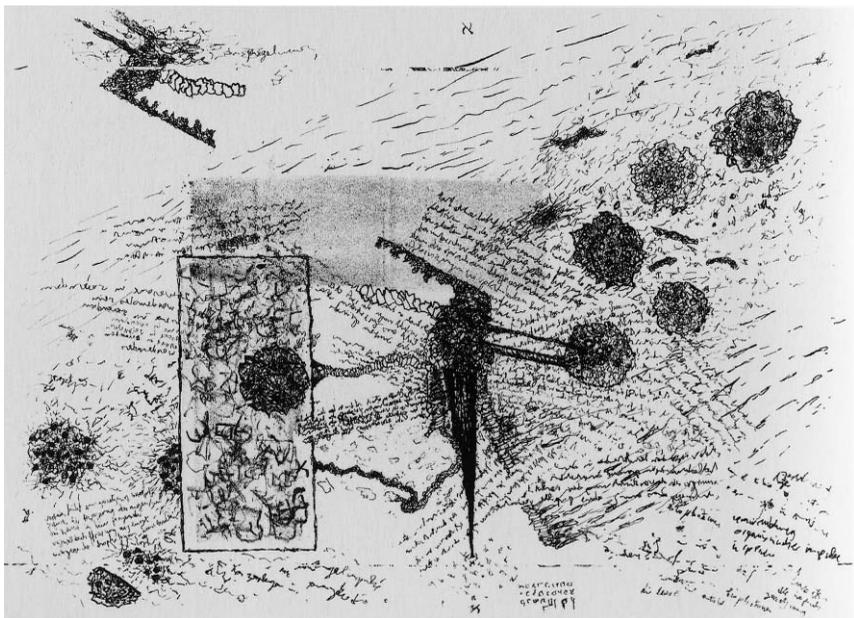
Die Wiederherstellung von Gesellschaftlichkeit ist nach einem bald vierzigjährigen Krieg auch in **Angola** unabdingbare Voraussetzung für jeden Prozess der Heilung und Konfliktbewältigung. **Antonio Eduardo** stellt eindringlich dar, dass psychosoziale Arbeit unter den Bedingungen eines nicht endenden Krieges tagtäglich auch dem eigenen Scheitern entgegenarbeitet, weil die fortgesetzte Gewalt zur Zerstörung von Gesellschaft überhaupt zu führen droht.

Dass Kontextorientierung ein Verständnis der spezifischen kulturellen Prägung der gesamten sozialen Beziehungen und Verhältnisse miteinschließen muss, betont **Ralf Syring**, der eine Arbeitsgruppendifkussion der Tagung protokolliert. So offensichtlich und selbstverständlich dies für die psychosoziale Arbeit zu sein scheint, so wenig gelang es auf der Tagung, umfassender darüber zu sprechen und das Thema in einem Beitrag zusammenzufassen. Diese Lücke wurde insbesondere von afrikanischen und nahöstlichen Tagungsteilnehmern und -teilnehmerinnen wahrgenommen, die gleichzeitig vor einer schnellen, oberflächlichen Thematisierung warnten. Es wird zukünftigen Tagungen und Diskussionen überlassen bleiben, die Dimension des kulturellen Kontextes in der psychosozialen Arbeit zu erkunden.

Im **vierten Teil** des Reports geht es um die wechselseitige Abhängigkeit von psychosozialer Arbeit und ökonomischem Überlebenskampf – eine Abhängigkeit, die für die unmittelbar Betroffenen, aber auch für die Projekte gilt, die ihnen beistehen wollen. In seinen fünf Thesen zur psychosozialen Arbeit legt **David Becker** den »Unterbau« der eigenen Arbeit frei und formuliert Ideen eines konstruktiven Umgangs mit den materiellen Zwängen, unter denen viele Projekte leiden. Direkt im Anschluss finden sich Stellungnahmen aus dem **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** und der Schweizerischen **Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit**, die in der öffentlichen Podiumsdiskussion des letzten Tages von **Adolf Kloke-Lesch** und **Rebekka Bernhardsgrütter** vorgetragen wurden.

Zum Abschluss erinnert **Thomas Seibert** an besondere Begebenheiten und Begegnungen einer Tagung, die selbst zum Teil der Prozesse geworden ist, die auf ihr diskutiert und – hoffentlich – vorangebracht wurden. Die Verantwortung jedenfalls, die psychosoziale Projekte tragen, war in den vier Tagen ebenso zu erfahren wie der Mut und die Kompetenz derer, die sie je nach ihren Möglichkeiten übernommen haben. Indem das Gewicht der tagtäglichen Anstrengung für Momente auf viele Schultern verteilt wurde, gelang es bisweilen, einer Leichtigkeit Raum zu geben, die ebenso Voraussetzung wie wesentliche Folge befreiter Gesellschaftlichkeit ist und sein wird. Dies lag auch daran, dass sich, wenn auch in unterschiedlichem Maß, alle Beteiligten dem Satz anschließen konnten, in dem Zandile Nhlengetwa ihre Erfahrungen zusammenfasst: »Wir haben festgestellt, dass sich Leute, die verwüstender Gewalterfahrung ausgesetzt waren, mit Würde und Hoffnung erheben und dem Anderen mit Empathie begegnen können. Ist der Raum zur Genesung und zum Vorwärtstkommen gegeben, kann der Kreislauf der Gewalt unterbrochen werden«.

medico-Projektgruppe Psychosoziales: Micha Bocksch, Keith Chamberlain, Ulla Grünwald, Ellen Krumstroh, Usche Merk, Thomas Seibert, Andreas Wulf



Beschreibung einiger Wirkungen psychischer Konzentration (1979)

I.

Psychosoziale Arbeit –
Versuche der
Standortbestimmung

Usche Merk

»Schnelle Eingreiftruppe Seele«

Oder: was ist kontextuell angepasste psychosoziale Arbeit?

»Es gibt Erfahrungen im Leben, die nehmen dir innerlich jede Form. Du fühlst dich wie ein Tuch, das in Fetzen zerrissen wurde.« So beschreibt eine Frau aus Kwa-Zulu Natal in Südafrika, was ihr der Krieg in den Communities angetan hat, den das Apartheidregime angestiftet hatte, um die Widerstandsbewegung zu spalten und niederzuwerfen und der bis heute Auswirkungen zeigt.

Von welchen Kriegen und Repressionsstrategien sprechen wir, die solche Zerstörungen verursachen? In welchem Kontext findet psychosoziale Arbeit statt? Was heisst es, sich an die Seite der Opfer solcher Gewalttaten zu stellen?

Krieg und Gewalt in der Globalisierung

Ein Schlüsselement moderner Kriegsstrategien und der mit ihnen verbundenen politischen Gewalt ist die Schaffung eines Terrorzustands, der in alle ökonomischen, soziokulturellen und politischen Beziehungen überformt, um soziale Kontrolle durchzusetzen. Der Angriff auf die einfache Zivilbevölkerung und ihre Lebensweise, ob politisiert oder nicht, ist kein Zufall, sondern zentrale Absicht der meisten Konflikte der jüngeren Zeit. In Bosnien, Kurdistan, Guatemala, Sierra Leone oder Angola bedeuten Massaker, Massenvertreibung und Zerstörung von Dörfern, Städten und Landwirtschaft, dass es kein Zurück zum Vor-Kriegs-Leben gibt und geben soll. Gezielte Angriffe gegen Frauen, Kinder, Gesundheitsarbeiter(innen) und religiöse Führer sind Teil der systematischen Zerstörung von sozialem Zusammenhalt und kultureller und ökonomischer Reproduktionsfähigkeit.

Es ist erschreckend zu sehen, wie gut diese Strategie funktioniert: Kriege und politische Gewalt sind nicht so ‚irrational‘ oder ‚sinnlos‘, wie die Medien dies manchmal vorgeben. Es gibt Gewinner und Verlierer, einen Wechsel von Besitztümern und der Kontrolle über Ressourcen und politische Macht. Es gibt ökonomische, politische und militärische Eliten, die durch diese Kriege ihre Privilegien aufrechterhalten und vergrößern. Oft verursachen sie eine Eigendynamik der (Bürger)kriegsökonomie, die die Grenze zwischen politischer und krimineller Gewalt weiter verwischt.

Verschärft wird diese Entwicklung durch den Prozess der neoliberalen Globalisierung, in dessen Folge nur noch wenige wohlhabende Zentren so etwas wie ein Entwicklungsperspektive haben. Inzwischen haben weite Teile der Welt für das Kapital jede Bedeutung verloren, weil sie weder als Absatzmarkt noch als Arbeitskräftereservoir in Betracht kommen. In diesen Teilen, vor allem in den südlichen Kontinenten, breiten sich neo-feudale Verhältnisse und Gewaltherrschaften verwilderter ‚warlords‘ aus, unter denen die Mehrzahl der Menschen ums bloße Überleben kämpft. So gibt es vielerorts eigent-

lich keine Nachkriegszeiten, höchstens Zwischenkriegszeiten relativer Ruhe. Wie sehr der Krieg Alltagserfahrung prägt, zeigt eine Studie unter Kindern aus Angola, die die Kolleginnen des Christian Children's Fund (CCF) 1995 durchgeführt hatten. Danach waren 66 % dieser Kinder Zeugen eines Mordes, 91% hatten schon Leichen gesehen und 67% mussten miterleben, wie andere Leute gefoltert, geschlagen oder verletzt wurden. Fast 60% hatten Verwandte verloren, 20% sogar nahe Verwandte wie Eltern und Geschwister.

Unter den Bedingungen sozialer Marginalisierung und wirtschaftlicher Zerrüttung werden auch sogenannte Naturkatastrophen wie Hurrikans, Erdbeben oder Überschwemmungen zu »menschengemachten Katastrophen«, weil ihre Auswirkungen erst durch das menschliche Einwirken katastrophal werden. Das Ausmaß der Flutkatastrophe in Mosambik 2000 war wesentlich bedingt durch die Vernachlässigung von Wartungsarbeiten an Schleusen und Dämmen, durch mangelnde Katastrophenvorsorge und extreme Ressourcenknappheit bei den Rettungsarbeiten.

Trauma und Traumatisierung – Karriere eines Begriffs

Das Leid der solchen Verhältnissen unterworfenen Bevölkerung hat in den letzten 10 Jahren mit dem Begriff »Traumatisierung« Anerkennung und Eingang im Medien- und Alltagssprachegebrauch gewonnen. Berichte über Kriegshandlungen, Folter und Naturkatastrophen kommen nicht mehr ohne Beschreibung der psychischen Folgen der Ereignisse aus, Opfer dieser Gewalterfahrungen werden als »Traumatisierte« bezeichnet. In der Entwicklungspolitik und Katastrophenhilfe haben »Traumaprogramme« in den letzten Jahren einen festen Platz eingenommen, selbst die WHO hat psychosoziale Arbeit als neues Feld »entdeckt«. Die Fetzen des zerrissenen Gewebes sollen wieder zusammengefügt werden.

Es scheint, als ob endlich auch die subjektive Seite der Betroffenen wahrgenommen wird und so auch die menschliche Zerstörung Beachtung findet, die diese schrecklichen Erfahrungen verursachen. In Nicaragua haben Opfer des Hurrican Mitch mit Erstauen und Freude reagiert, als Journalisten und internationale Helfer nicht nur nach ihren zerstörten Häusern sondern auch nach ihren Gefühlen fragten. Und in Asylverfahren wird neuerdings auch psychisches Leid als Ausdruck von Verfolgung und somit Asylgrund bzw. Abschiebehindernis anerkannt. Manchmal wenigstens.

Diese erhöhte Sensibilität wird jedoch in ihr Gegenteil verkehrt, wenn, wie es häufig geschieht, mit vorgefertigten, fast technischen Vorstellungen von »Traumatisierung« und deren Folgen operiert wird, Vorstellungen, die oft auf der Theorie der PTSD, der posttraumatischen Belastungsstörung beruhen. Deren Grundannahmen können grob wie folgt skizziert werden: Es geschieht etwas furchtbares, das traumatisierend wirkt und universelle post-traumatische Symptome hinterlässt. Diese Beschwerden wie Alpträume, Schlafstörungen, erhöhte Reizbarkeit, Konzentrations- und Erinnerungsstörungen, sozialer Rückzug, Labilität etc. sind nicht nur einfache Reaktionen auf die Erfahrung,

sondern klinisch diagnostizierbare Symptome, die nach gezielter Behandlung durch sogenannte Fachleute verlangen. Da die Zahl der Traumatisierten der Zahl der zur Verfügung stehenden Experten nicht annähernd entspricht, werden Kurzzeitprogramme entwickelt, die eine möglichst große Zahl von Betroffenen erreichen sollen. Unterstellt wird dabei, dass selbst eine kurze Behandlung besser ist als gar keine und dass sie um so besser wirkt, je früher sie ansetzt, um Chronifizierungen vorzubeugen und zu vermeiden. Oft wird das in Form von strukturierten Debriefinggesprächen gemacht, in denen das traumatische Ereignis verbalisiert und auf Folgereaktionen aufmerksam gemacht wird.

Doch genau dieser Zusammenhang ist in Frage zu stellen, wenn man sich der Komplexität der psychischen Folgen traumatischer Erfahrungen stellt. Darauf haben in den letzten Jahren verstärkt Kritiker wie Becker (1992, 1995), Summerfield (1996, 1998), Bracken/Petty (1998) und das chilenische Institut für Menschenrechte und psychische Gesundheit ILAS (1994) hingewiesen. Zum Beispiel gibt es keinerlei systematische Evaluierungen von Debriefingansätzen, die diese Annahmen bestätigen würden, wie Beverly Raphael (1995) in einem Aufsatz ausführt. Derek Summerfield, ein britischer Psychiater, der mit Folteropfern arbeitet und als Berater zahlreiche Projekte besucht hat, und seine Kollegen (Summerfield et al. 1998) kritisieren das PTSD-Konzept als im Kern individualistisch, westlich-abendländisch und kognitivistisch, das keinesfalls universell anwendbar sei, wie unterstellt. Mehr noch, der westliche Traumadiskurs und seine praktischen Auswirkungen in zahlreichen »Traumahilfsprogrammen« wird von ihnen als potenziell kolonisierend und »disempowering« (,entmachtend‘) analysiert. »Ein psychisches Trauma ist nicht mit einem körperlichen Trauma zu vergleichen: Menschen registrieren nicht die Einwirkung von äusserer Gewalt (im Gegensatz z.B. zu einer Verletzung des Beines durch eine Kugel) passiv, sondern beschäftigen sich in einer aktiven und ‚problem lösenden‘ Weise mit ihr. Leid entsteht in einem gesellschaftlichen Kontext und wird zeitgleich in diesem gelindert. (...) Westliche psychologische Konzepte haben die Globalisierung westlicher Kultur begleitet und präsentieren sich immer häufiger als endgültiges Wissen« (Summerfield 1997, S.21/22).

medico teilt diese Kritik und hat sich 1997 mit Hilfe eines reports in die Diskussion eingemischt. Dabei stützen wir uns auch auf die fundierte Auseinandersetzung und Verwerfung des PTSD-Ansatzes aus der chilenischen Erfahrung, die David Becker als Mitglied des ILAS-Teams formuliert hat. (ILAS 1994). Die ILAS-Kritik geht noch weiter: Die Entkoppelung der posttraumatischen Symptome von den Ursachen der traumatischen Erfahrung pathologisiert und individualisiert die Opfer und verschleierte die politische Absicht, die hinter Folter und Terror stehen. Sie fordern im Gegenteil die Entprivatisierung des Leids durch eine ursachenorientierte Aufarbeitung, die gleichzeitig der Tendenz des traumatischen Prozesses entgegenwirkt, die Erfahrung abzuspalten und die Geschehnisse zu verleugnen. »In Bezug auf die Opfer politischer Verfolgung sollte auf die Zuschreibung ‚krank‘ unserer Meinung nach gänzlich verzichtet werden. Dabei geht es keineswegs darum, den Grad der begangenen Zerstörung zu verleugnen, aber es besteht die Verpflichtung, eine Sprache zu finden, die eine blinde und ideologisch

verbrämte Wiederholung der herrschenden Machtverhältnisse vermeidet« (Becker 1997, S.34). Der provokative Titel des medico-Reports »Schnelle Eingreiftruppe Seele« sollte dem Machbarkeitswahn Skepsis entgegensetzen. Denn das Wunschbild einer schnellen »technischen« Hilfe durch die »task force« der ausreisenden Traumaspezialisten wirkt fast so, als ob man das Geschehene ungeschehen machen könne. Genau das geht nicht. Das Gewebe, das Halt gibt, wurde zerrissen. Wer schwere traumatische Erfahrungen durchlitten hat, wird ein Leben lang daran zu tragen haben. Deshalb sind die Anerkennung der Zerstörung und des tiefen Leids sowie das Eingeständnis der eigenen Hilflosigkeit Grundvoraussetzungen, unter denen über Hilfe allererst nachgedacht werden kann. Die Gefahr ist der Umkehrschluss: Wenn man etwas ungeschehen machen kann, kann man es auch geschehen lassen.

Diese Skepsis fand offenbar in Fachkreisen Gehör: Wir waren positiv überrascht, wie häufig der Report in Publikationen Seminaren zitiert wurde. Seine erste Auflage ist inzwischen vergriffen, eine zweite wurde nachgedruckt.

Von der Kritik zur Aktion – konzeptionelle Überlegungen

Doch eine wesentliche Antwort bleibt diese Kritik schuldig. Wie können Menschen nach Folter, Krieg und Katastrophen weiterleben? Nachdem alle ihre Verwandten umgebracht und ihr Haus und Feld zerstört wurde? Nachdem sie hilflos zusehen mussten, wie die eigene Tochter von einer Gruppe Soldaten vergewaltigt wurde? Nachdem sie jahrelang geflohen sind, vor den Soldaten, den Lebensbedingungen und der Demütigung?

Wie schaffen es Menschen, wieder zu leben? Und wer hilft ihnen? Sie sich selbst? Ihre Familie, Nachbarn oder Freunde? Die Gruppe, Gemeinde oder Organisation? Oder »professionelle« Helfer und Heiler?

Und was hilft ihnen dabei? »Projekte«, experimentelle Spielräume, Therapie? Die offizielle Anerkennung ihres Leids? Die »Wiedergutmachung«, die Entschädigung? Die Bestrafung der Täter? Die Verschaffung einer Aufenthaltsgenehmigung? Ein Wiederaufbauprogramm, eine gesicherte ökonomische Existenz, berufliche Anerkennung? Oder ist es am Ende die Gnade der Götter, die Besänftigung der bösen Kräfte, Rituale der Reinigung, das Gebet?

Psychosoziale Arbeit bewegt sich in diesem Feld von Fragen. Nur ein Verständnis des gesamten Kontextes hilft, zu beantworten, ob und in welcher Form psychosoziale Projekte eine Rolle spielen könnten. Wie könnte geholfen werden? Was könnte nützlich sein? Und was könnte unsere Rolle darin sein?

Da medico psychosoziale Projekte nicht selbst durchführt, sondern materiell, organisatorisch und politisch unterstützt, haben wir Vertreter(innen) von 20 solcher Projekte zu einer Fachtagung »Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur« eingeladen, um gemeinsam über derartige Fragen zu sprechen. Denn in vielen Ländern, in denen Krieg und Gewalt soziale Strukturen zerstören, in denen Katastrophen und neoliberale Politik

Menschen traumatisieren, haben Organisationen vor Ort versucht, angemessene Gegenreaktionen und Verarbeitungsformen zu finden, Konzepte zu entwickeln und Hilfe anzubieten. Praktisch reicht psychosoziale Arbeit von individueller therapeutischer Betreuung, gemeindeorientierter Rehabilitation und der Selbsthilfe von Betroffenenorganisationen bis zum Kampf um die Verteidigung und Durchsetzung von Menschenrechten und die Mobilisierung sozialer Bewegungen.

In drei Tagen intensiver Diskussion haben wir unterschiedliche und ähnliche Ansätze und Erfahrungen ausgetauscht. Ausgehend von den Erfahrungen mit diesen Projekten möchte ich einige mögliche Prinzipien formulieren und mit Beispielen verdeutlichen, was kontextuell angepasste psychosoziale Arbeit bedeuten könnte.

1. Psychosoziale Arbeit drückt sich nicht durch Projekte aus, sondern durch Prozesse. Prozessen von Menschen, die etwas bewegen wollen, die helfen und verändern wollen, weil sie sensibel sind für das, was Krieg, Gewalt und Terror anrichten können. Zu Projekten werden diese Prozesse meist erst dann, wenn Finanzanträge gestellt werden. Prozessorientiert aber muss die Arbeit bleiben, wenn sie sich der Komplexität des Gegenstandes stellt.

2. Es gibt keine einfache Abfolge von Trauma und posttraumatischer Situation. In Anlehnung an Hans Keilson (1979), der lange mit jüdischen Kriegswaisen in Holland gearbeitet hat, muss vielmehr genauer von traumatischen Sequenzen gesprochen werden, die unterschiedlichen Charakter und Bedeutung haben. Für die Ausbildung von Symptomen spielt die Zeit nach der unmittelbar traumatisierenden Erfahrung eine ebenso wichtige Rolle. So wirkt der Flüchtlingsstatus unter deutschem Asylrecht und eine drohende Abschiebung oft als erneute traumatische Sequenz und kann manchmal sogar im Selbstmord enden, wie kürzlich bei einer algerischen Frau, die monatelang in Frankfurt im sogenannten Flughafenverfahren ausharren musste.

3. Psychosoziale Arbeit ist charakterisiert durch ein konzeptionelles Verständnis des gesellschaftlichen Charakters des Problems und eine moralische und politische Haltung, die dem gerecht zu werden versucht. Ignacio Martin-Baró (1990), ein jesuitischer Sozialwissenschaftler aus El Salvador, der 1989 von den Sicherheitskräften ermordet wurde, hat den Begriff des psychosozialen Traumas eingeführt, um die traditionelle Einengung des Traumbegriffs zwischen psychologischer und soziologischer Modellen zu überwinden. Er betont den »dialektischen Charakter der von dem Erleben des lang anhaltenden Krieges aufgerissenen Wunde« und zeigt am Beispiel El Salvadors, wie sich die aus der Kriegssituation resultierende Traumatisierung chronifiziert, wenn sich die gesellschaftliche Situation – die Militarisierung des Alltags, die Institutionalisierung der Lüge, die Polarisierung der Menschen – nicht verändert, und wie umgekehrt gesellschaftliche Veränderungen die abgedrängten traumatischen Erfahrungen aktivieren kann. So haben die Verhaftung des chilenischen Ex-Diktators Pinochet und die Aufhebung seiner Immunität die Therapie- und Beratungsstellen der Menschenrechtsorganisationen in Chile mit einer Flut von Anfragen und auch neuen Fällen von Menschen konfrontiert, die bis dahin noch nie über das Geschehene gesprochen hatten, während, ein anderes

Beispiel, die ignorante Politik der südafrikanischen Regierung gegenüber den Entschädigungsansprüchen der Apartheidopfer viele der Menschen in Depression und Verbitterung verstummen ließ, die vor der Wahrheitskommission Zeugnis über ihre Erfahrungen abgelegt hatten.

Die Entprivatisierung des Leids

4. Im Zentrum jeder psychosozialen Arbeit muss die Anerkennung und Entprivatisierung des Leids stehen. Erst diese Anerkennung, persönlich und wie gesellschaftlich, ermöglicht dem Individuum die notwendigen Trauerprozesse. Das mag vermeintlich einfach klingen, ist es aber nicht. Gesellschaftlich bedeutet die Anerkennung des Leids gerade die Aufhebung der von der Repression beabsichtigten Wirkung und muss deshalb oft erst erkämpft werden. Was in Chile die Aufhebung der Immunität Pinochets bedeutet, kann in Guatemala die Öffnung von Massengräbern und die Identifizierung und würdige Bestattung der dort gefundenen Leichen sein, in Südafrika der Kampf um Entschädigungszahlungen und in Namibia die Offenlegung stalinistischer Strukturen innerhalb der Regierungspartei SWAPO – sowie deren Eingeständnis, Leute zu Unrecht verhaftet und als Spione gefoltert zu haben. Psychosoziale Arbeit bedeutet, die Betroffenen bei dieser Auseinandersetzung zu unterstützen, die gleichzeitig der Verarbeitung ihres Leids dient. Ziel ist, dass die Menschen wieder Subjekt ihres Lebens werden und ihr Leben als Subjekte wieder in die Hand nehmen und als Zeugen unmenschlicher Politik auf diese Einfluss nehmen.

5. Gleichzeitig aber muss das Recht der Überlebenden verteidigt werden, nicht mehr »funktionieren« zu können. Denn zur Anerkennung des Leids gehört auch die Anerkennung der Zerstörung und der eingeschränkten Leistungsfähigkeit. Weder sind Folteropfer Märtyrer noch sind Überlebende von Gewalterfahrungen die »besseren« Menschen. Im Gegenteil, Menschen, die traumatisiert wurden, haben jedes Vertrauen in sich und die anderen verloren und können selbst zu Tätern werden. Sogenannte Kindersoldaten sind nicht nur traumatisiert, sie sind auch ihrer Menschlichkeit beraubt worden, weil sie aktiv an der Gewalt beteiligt waren (und wurden). Jugendliche aus Kwa-Zulu Natal müssen damit leben, dass sie zu Mördern geworden sind.

Doch nicht nur die psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur, auch die Wiederaufbauhilfe nach Naturkatastrophen sollte sensibel sein für die psychischen Folgen bei der sogenannten Zielgruppe. Man muss davon ausgehen, dass die Flutopfer in Mosambik womöglich nicht direkt die Ärmel aufkrepeln und zerstörte Brücken wieder aufbauen. In Nicaragua hat der Hurrikan Mitch bei einigen Überlebenden zu schweren Depressionen geführt, in denen sich die Bedrohung durch Sturm und Überflutung in eine lange Kette von Verlusterfahrungen und Scheitern einfügte, die auf die Zeit des Befreiungskampfes, des Contra-Krieges und der gescheiterten Revolution zurückführte. Gleichzeitig hat das neuerliche Unglück verschüttet geglaubte gesellschaftliche Kräfte mobilisiert, die nicht das alte Elend wieder aufbauen, sondern ein besseres Leben wollen.

Ein Bewusstsein über psychosoziale Zusammenhänge sollte für alle Entwicklungsanstrengungen in solchen Regionen eingefordert werden.

6. Psychosoziale Arbeit muss die verschiedenen Wege anerkennen, auf denen Menschen sich Hilfe suchen. In Mosambik hatten westlich ausgebildete Therapeuten Schwierigkeiten, sinnvolle Hilfsangebote für ehemalige Kindersoldaten zu entwickeln, weil diese zu sogenannten traditionellen Heilern gingen, die Reinigungszeremonien durchführten und das Sprechen über die Kriegserlebnisse mit Tabu belegten.

In Guatemala haben Überlebende der Massaker nach der Exhumierung eines Massengrabes völlig verständnislos reagiert, als Psychologen EMDR Methoden zur Traumabearbeitung anboten. EMDR, Eye Movement Desensitization and Reprocessing, ist ein individuelles, verhaltenstherapeutisches Desensibilisierungsverfahren, das gegenwärtig weltweit als Heilmittel nach Katastrophen propagiert wird. Für die Indigenas in Guatemala ist die Wunde eine kollektive, die Zerstörung eine gesellschaftliche wie spirituelle. Heilung kann nur über das Kollektiv und die spirituellen Kräfte geschehen.

Andererseits stoßen auch diese Heilprozesse an ihre Grenzen, weil sie selbst der Zerstörung und Veränderung durch Kriegserfahrungen unterworfen waren. Einer Romantisierung ‚traditionellen‘ Wissens sind ohnehin Grenzen gesetzt. Was tun, wenn Heiler in Angola bei psychotischen Krisen das Anketten an Bäumen empfehlen?

7. Wenn das Ziel der Aufstandsbekämpfung die Zerschlagung sozialer Strukturen ist, dann muss das Subjekt psychosozialer Arbeit die Gemeinde und die sozialen Beziehungen sein. So wie das Trauma im Inneren strukturzerstörend wirkt, so wirkt das psychosoziale Trauma auch im Kollektiv. Im Wiederaufbau des sozialen Gewebes durch integrierte Rehabilitationsansätze drückt sich ein Bewusstsein über die Verschränktheit von Prozessen und der Grundsatz aus, dass die Lösungen für die Gewalt genauso multidimensional sein müssen wie es ihre Ursachen gewesen sind. Ein beeindruckendes Beispiel solcher Arbeit stellt das Kwa-Zulu Natal Programme for Survivors of Violence dar, das in schwarzen Gemeinden arbeitet, die sich entlang der politischen Zuordnung ANC (African National Congress) und IFP (Inkatha Freedom Party) völlig polarisiert und gegenseitig zerstört haben. Den entstandenen Schäden wie Fragmentierung, Ohnmacht und Verlust jeglicher Selbstbestimmung versuchen sie durch *linking* (Wiederzusammenfügen) und *empowering* entgegenzuwirken. In den polarisierten Gemeinden werden dieselben Programme parallel durchgeführt, in der Hoffnung, dass sie wieder zusammenwachsen und die sozialen Ursachen ihrer Konflikte erkennen und damit gemeinsamen Lösungen zugänglich werden. In der Gemeinde Bhambay gelang das: Auf beiden Seiten entstanden Frauengruppen, die u.a. Interesse an einem Kindergarten hatten. Als die Frauen der einen Seite einen Kindergarten eröffneten, beschlossen die anderen, nicht einen zweiten aufzubauen, sondern ihre Kinder in den der »anderen Seite« zu schicken.

Auch wenn es offensichtlich zu sein scheint, muss es doch immer wieder gesagt werden: Es geht um die Anerkennung der hervorragenden, engagierten Arbeit solcher psychosozialer Projekte vor Ort, wie sie sich zu dieser Konferenz versammelt haben, und um die Anerkennung der fachlichen und menschlichen Kompetenz ihrer Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter. Diese Arbeit braucht Unterstützung und fachliche Aufmerksamkeit. Und die Mitarbeiter(innen) brauchen manchmal eine Pause, für sich, aber auch um ihre reiche Erfahrung festhalten und weitergeben zu können.

Gleichzeitig muss akzeptiert werden, dass externen Experten aus dem Norden nur eine beschränkte Rolle zukommen kann. Im Wesentlichen geht es um die Organisation von finanzieller Unterstützung und die Förderung von Fortbildung und Erfahrungsaustausch. In manchen Fällen kann die spezifische Aussenseiterrolle produktiv eingesetzt werden, als Zeugen zum Beispiel, doch in jedem Fall sollte sich der Einsatz externer Fachleute immer wieder legitimieren. Das bedeutet nicht nur für das Konzept des zivilen Friedensdienstes eine große Herausforderung.

Wir sind erst am Anfang eines Verständnisses psychosozialer Arbeit, regelmäßiger Austausch, Offenheit und gegenseitiges Lernen sind wichtige Schritte auf dem Weg.

Die beste psychosoziale Arbeit ist eine, die verhindert, dass sie nötig ist. Prävention von traumatischen Erfahrungen muss das Ziel aller Anstrengungen sein. Wir wenden uns daher gegen Militärinterventionen, die durch humanitäre Hilfe legitimiert und begleitet werden sollen und vorgeben, die Auswirkungen militärischer Gewalt unter Kontrolle zu haben. Politische Verbrechen dürfen nicht folgenlos bleiben, öffentliche Kampagnen gegen die Straffreiheit von Menschenrechtsverletzungen müssen das verordnete Schweigen brechen und die Täter zur Verantwortung ziehen.

Das bedeutet, dass Konfliktlösungsstrategien nicht die Ursachen der Konflikte und den Konflikt selbst aus den Augen verlieren dürfen. Versöhnung bedeutet nicht Befriedung der Opfer, soziale Gerechtigkeit kann nicht gegen eine Wahrheitskommission ausgetauscht werden.

Ich möchte mit den Worten einer Frau aus Kwa-Zulu Natal schließen, die eine große Kraft spüren lassen, mit dem, was ihr angetan wurde, umzugehen. »Diese Erfahrungen sollten uns nicht brechen. Sie wurden uns auferlegt, damit wir stärker werden können. Es ist dasselbe kochende Wasser, das ein Ei hart macht und eine Karotte weich.«

Ein Konzept in Entwicklung

Fragen und Erfahrungen aus 15 Jahren psychosozialer Arbeit in Mittelamerika.

Seit mehr als 15 Jahren arbeiten wir – die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ehemaligen Equipo Internacionalista Marie Langer – in Mittelamerika. Wir haben uns an der Revolution in Nicaragua beteiligt, wir waren nach dem Waffenstillstand einige Jahre in El Salvador, wir sind jetzt in Mexiko tätig, wo wir an der Universität lehren und gleichzeitig versuchen, Exilierten aus Mittel- und Südamerika psychotherapeutisch zu helfen. Ich verwende den Plural, weil alle Teammitglieder, Marie Langer selbst eingeschlossen, mehr oder weniger dieselben Arbeiten ausübten. Ich will jetzt keinen detaillierten Bericht von irgendeiner dieser Erfahrungen abgeben, ich möchte auch nicht davon reden, was sie uns beruflich brachten. Ich möchte statt dessen einige der Fragen angehen, die sich aus diesen Erfahrungen ergeben haben. Schließlich ist die Geschichte keine Anhäufung von Erinnerungen an vergangene Zeiten, sondern die Möglichkeit, der Zukunft Sinn zu geben.

Theorie und Praxis

Wir gingen von einem Ort zum anderen, von einem Land ins andere, mit der Illusion, dass die Welt nachher besser wäre, dass die Arbeit, die wir in diesen von Krieg und Staatsterrorismus zerstörten Ländern leisteten, eines Tages aufhören würde, weil sie nicht mehr nötig wäre. Niemals haben wir daran gedacht, dass wir diese Erfahrungen noch Jahrzehnte später brauchen würden, um weiter und immer noch denselben und auch neuen Formen von Gewalt zu begegnen. Ich weiß nicht, ob wir zu naiv waren oder ob wir die Möglichkeit einer ungebrochenen Fortdauer der Gewalt einfach nicht denken wollten.

Ins Equipo Internacionalista Marie Langer brachten wir alle die Fertigkeiten und Kenntnisse ein, die wir uns in unserer psychoanalytischen Ausbildung und in früheren Arbeitserfahrungen mit Gruppen und Gemeinden erworben hatten. Ohne dass uns das voll bewusst wurde, veränderten wir mit der Zeit unsere theoretisch-technischen Instrumente. Von Beginn an fragten wir uns – und ich denke, diese Frage stellt sich unabdingbar uns allen, die wir in psychosozialen Projekten arbeiten: Was bleibt von unseren Projekten übrig, wenn wir uns zurückziehen? In einem gewissen Sinn war das, als fragte man: Lohnte so viel Anstrengung die Mühe? Oder positiv gewendet: Was tun, damit die geleistete Anstrengung bei ihren Nutznießern fort dauert?

Um auf diese Fragen mehr oder weniger befriedigende Antworten zu finden, mussten wir die Ebene der Praxis übersteigen. Aus einer Vielzahl ungleicher Praktiken kann man

nur dann verallgemeinerbare Lehren ziehen, wenn man neben der genauen Beschreibung des Einzelfalls auch den gesellschaftlichen und institutionellen Kontext reflektiert, der uns bedingt. Ein solcher Systematisierungsprozess kann nur außerhalb der »Logik der Praxis« (Bourdieu) geleistet werden, im Feld der Theorieproduktion, so bescheiden diese auch sein mag. Dabei muss der Versuch, die eigene Praxis zu objektivieren, auch den Versuch einschließen, die der anderen zu verstehen.

Kurz nach Begründung der Salud Mental-Arbeit als eigenständiger Disziplin trennten wir uns von den Konzepten der Klassischen Psychiatrie. Dieser Bruch gab uns die Freiheit, eine Vielzahl alternativer Ansätze zu erproben, die zu wertvollen Fortschritten in der Humanisierung der Gesundheitsdienste und zu einer ganzen Reihe neuer Techniken führten. Leider wurden fast alle dieser Experimente abgebrochen, als sie durch das hegemoniale Gesundheitssystem absorbiert und verdünnt wurden, das immer über dieses unglaubliche Geschick verfügt, etwas zu modifizieren, damit sich nichts ändert. Viele der »Alternativen« wurden institutionalisiert und dabei ihrer ursprünglichen ideologischen Inhalte entleert. Weil der implizite Bezug auf eine andere gesellschaftliche Ordnung, den sie mit sich trugen, ausgelöscht wurde, konnte die bestehende Gesellschaft wie ein sich selbst regulierendes System das Neue fast immer so anwenden, dass das Alte keiner Gefahr ausgesetzt wurde. Ich betone das Wort »fast«, weil diese Absorption nicht immer gelang. Zum Beispiel hat man es nicht geschafft, Paolo Freires Konzept der Volksbildung zu zähmen. Freire kümmerte sich nicht nur deshalb um die Bildung der Armen, weil sie ein Recht dazu haben und schon gar nicht, damit sie besser ausgebildet auch besser arbeiten, sondern weil er ihrer »Kultur des Schweigens« mittels eines pädagogischen Projekts ein kritisches Bewusstsein und eine Stimme geben wollte, die ihre Kreativität und ihre Solidarität stärkt und bestätigt. Das kann das System nicht verdauen, denn wenn den Menschen die Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse bewusst wird, werden sie schwerlich akzeptieren, diese Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Es ist ein kontrahegemoniales pädagogisches Modell, ein Modell, das für eine andere Hegemonie kämpft.

Nun ist es offensichtlich nicht dasselbe, ob man versucht, andere zu erziehen oder ob man sich um die psychische Gesundheit anderer Menschen kümmert. Aber hinsichtlich der Beziehung zwischen Theorie und Praxis haben wir doch einige Dinge mit Freire gemeinsam, auch wenn wir das nicht immer gesehen haben. Wir teilen nicht nur seine Utopie, sondern stimmen mit ihm auch in der Notwendigkeit überein, kontrahegemoniale Modelle zu schaffen, damit unser Ziel, die Freiheit der Menschen und ihre Wahlmöglichkeiten zu vergrößern, in der gesellschaftlichen Praxis verwirklicht wird.

Mit Widersprüchen leben und arbeiten

So etwas kann nicht nur nicht ohne Widersprüche gelingen, im Gegenteil, so etwas geht nur, wenn man Widersprüche bewusst zum Ausgangspunkt macht. Exemplarisch zeigen lässt sich dies an unserem Verhältnis zu den Institutionen, daran, dass wir sowohl

innerhalb wie außerhalb des Erziehungswesens Leute in Sachen Salud Mental fortbilden mussten, d.h. innerhalb und außerhalb der formalen Bildungs- und Regierungsinstitutionen zugleich. Nun wussten wir, dass es nicht nur darum geht, statt der traditionellen, aus der Psychiatrie überkommenen Inhalte neue Inhalte zu lehren, sondern zugleich darum, auch keine der traditionellen pädagogischen Methoden anzuwenden, wenn man verhindern will, dass man die bestehenden Verhältnisse unfreiwillig reproduziert. Schließlich teilen wir nicht die Weltanschauung der »Weißkittelpsychos«, die mit modernen Techniken bloß die Medikalisierung des Lebens fördern. Zugleich mussten wir darauf achten, dass die von uns praktizierten Alternativen nicht absorbiert werden konnten. Deshalb mussten wir jenseits unserer unmittelbaren Aufgaben Denk- und Handlungsmodelle entwickeln, in denen wir uns mit den symbolischen Kämpfen verbinden konnten, die im Feld der Gesundheitspolitik geführt wurden, um so eine Vorstellung von nicht-»recycelbarer« Salud Mental-Arbeit auszubilden, die man nicht ihrer wesentlichen Bestandteile entledigen kann, um sie als pure, angeblich »neutrale« Technik im Dienst der Mächtigen zu benutzen.

Das ist keine einfache Aufgabe, vor allem in Ländern, in denen die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sehr polarisiert sind und der Staatsapparat in seinem Inneren keine symbolischen Kämpfe aushält, die die Machtausübung in Frage stellen. Zumindest in Lateinamerika besteht bei den Machtgruppen die Tendenz, systematisch alles zu unterdrücken, was ihren Interessen widerspricht. Kann man die protestierenden Stimmen nicht zum Schweigen bringen, versucht man, die Fragestellung zu korrumpieren oder sie zu absorbieren und zu entkräften, und wenn auch diese Tricks scheitern, greift man zur offenen Repression.

Deshalb initiierten wir und andere Alternativen zuerst und primär außerhalb der Regierungsinstitutionen, wegen der größeren Meinungs- und Handlungsfreiheit, aber mit dem Nachteil, dass sie sich auf Piloterfahrungen oder vereinzelte Programme für kleine Gruppen von Nutznießern beschränken mussten. Denn in fast allen armen Ländern, in denen es keine oder nur eine sehr eingeschränkte Sozialversicherung gibt, sind die Regierungsinstitutionen die einzigen, die größere Teile der Bevölkerung erreichen.

Damit unsere Dienste nun aber nicht nur wenigen zur Verfügung standen und um überhaupt lernen zu können, Gesundheit in einem Maßstab jenseits des Individuums oder der Kleingruppe zu denken, mussten wir uns zugleich auf die Regierungsinstitutionen beziehen, durften also nicht einfach nur auf eine außerinstitutionelle Strategie setzen, sondern mussten zugleich inner- und außerhalb der Institutionen arbeiten. Die Arbeit im Bereich psychische Gesundheit lässt sich nun einmal nicht außerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit konzipieren, wir können uns nicht den Problemen dieser Phase entziehen, in der wir anscheinend unerbittlich auf eine eigenartige Gesellschaft zumarschieren, die das Soziale (die Beziehungen zwischen den Menschen) mittels eines fragwürdigen Globalisierungsprozesses auszumerzen sucht.

»Kollektivität« als Weg und Ziel

Der schwierige Weg durch die gesellschaftlichen Widersprüche hindurch lehrte uns schließlich, dass ein kontrahegemoniales Modell für die psychische Gesundheit die Wiedergewinnung des Kollektiven einschließen muss. Das Adjektiv »kollektiv« bezieht sich, in einem weiten Sinn, auf eine Gemeinschaft von Individuen, die irgendein gemeinsames Interesse haben. Gewisse Gruppierungen nennen sich selbst »Kollektive« und beziehen sich darauf, dass sie eine Gemeinschaft von Individuen sind, die eine Tätigkeit ausüben und im Inneren ihrer Organisation versuchen, Schwierigkeiten hierarchischer Art zu vermeiden.

Wenn wir unsere Gesundheitsarbeit mit dem Wort »kollektiv« kennzeichnen – als Salud Mental Colectiva –, beziehen wir uns auf Gruppen, auf ihre Gesundheitszustände, auf die Art, wie sie sich organisieren, um sie zu erhalten oder wiederherzustellen, auf das, was in diesen Gruppen als Gesundheit oder Wohlbefinden bewertet wird. Werte werden immer kollektiv konstruiert und immer innerhalb von Gruppen. Selbst wenn individuelle Werte existieren, von jedem einzelnen, werden sie sich kaum von den Kriterien unterscheiden, die von der Gruppe, der man angehört oder von der Gruppe, die als Vorbild dient, akzeptiert oder abgelehnt werden. Ohne den sachlichen und konkreten Bezug der Gruppen wäre der Begriff »kollektive psychische Gesundheit« (Salud Mental Colectiva) eine rein zahlenmäßige Anspielung (mehr als einer) oder eine Abstraktion. Die »kollektive psychische Gesundheit« als Teil der gesamten, bio-psycho-sozialen Gesundheit will als Disziplin den Prozess psychische Gesundheit / Krankheit von weiten Bevölkerungsteilen verstehen und verändern, aber von einem anderen Standpunkt aus als die Individualpsychologie. Dabei unterscheiden wir uns von der »Gemeindepsychologie« (Salud Mental Comunitaria), einer »Alternative«, die mit der »Allianz für den Fortschritt« aus den USA nach Lateinamerika kam, als Versuch, die gesellschaftlichen Unruhen der 60er Jahre zu stoppen. Wir verwenden auch nicht den in unserem Bereich recht verbreiteten Begriff »öffentliche psychische Gesundheit« (Salud Mental Publica), weil er auf die Polarisierung öffentlich / privat verweist, die in den armen Ländern Ausmaße einer echten Katastrophe angenommen hat.

Aus diesen Unterscheidungen resultieren unterschiedliche Konzeptionen des psychischen Subjekts und seiner Beziehung zur psychoanalytischen Theorie. Diese wiederum sind vor allem deshalb entscheidend, weil die Gewalt zu einer der Hauptachsen bei der Konstruktion dieses Subjekts geworden ist, wobei noch genauer zu bestimmen ist, seit wann, wie und warum das geschehen ist. Je mehr wir davon verstehen, desto klarer werden wir erkennen, was wir unternehmen oder planen können, um uns möglichst nicht von dem mitreißen zu lassen, was als unausweichliches Schicksal erscheint. Das führt uns zu unseren Ausgangsfragen zurück. Die Anstrengungen, die die Zivilgesellschaft in den letzten Jahrzehnten unternahm, um die Lebensbedingungen in Lateinamerika zu verbessern, waren nicht vergeblich. Nicht nur wegen der zweifellosen Bedeutung der konkreten Hilfe für Menschen, denen die grundlegenden Mittel für ihr Leben fehlen,

sondern weil die geleistete Arbeit Möglichkeiten eröffnete, die in ihren Anfängen noch gar nicht bedacht werden konnten.

Wenn wir uns nicht auf die offiziellen Erklärungen beschränken, werden wir beobachten können, dass die Regierungen in Lateinamerika tatsächlich die Behandlung der psychischen Gesundheit der Armen nicht für prioritär hielten. Der Mangel an Angeboten im Bereich der Salud Mental-Arbeit, das Fehlen von Gesundheitsdiensten verdeckten die Bedürfnisse der Bevölkerung. Jetzt hat sich diese Situation verändert und die Bevölkerung beginnt, dieses Recht nachzufragen. Das wäre nicht möglich gewesen, wüsste sie nicht, dass es ein entsprechendes Angebot gibt. Unsere Arbeit geht also nicht verloren, wenn wir uns aus einem Ort zurückziehen. Wenn wir in den Menschen das Bewusstsein für ihre Rechte wecken können, wenn die Arbeit für die gesamte Gesundheit, insbesondere für die psychische Gesundheit, dem Ziel folgt, mehr Gerechtigkeit zu erreichen und wenn die Bevölkerung dabei Klarheit gewinnt über die Gesundheitsangebote, die sie wünscht, dann verleiht dies dem Konzept der Demokratie und der Einforderung der Bürgerrechte mehr Gehalt und Stärke. Grund genug, auch weiterhin auf die Konstruktion eines neuen Modells im Bereich der psychischen Gesundheit zu setzen.

Übersetzung: Stefanie Karg

II.

Zum Verhältnis von
psychischer, politischer
und sozialer Aufarbei-
tung der Vergangenheit

- Fallbeispiele

Das Trauma der Straflosigkeit

Chile: Der Kampf um die politische und juristische Aufarbeitung der Diktaturverbrechen

Am erbitterten Kampf der Opfer der chilenischen Diktatur und ihrer Angehörigen um die Strafverfolgung des Ex-Diktators Pinochet zeigt sich, dass eine politische und juristische Aufarbeitung den Heilungsprozess traumatisierter Menschen begleiten muss.

Bereits wenige Tage nach dem Staatsstreich vom 11. September 1973 hatten wir es mit Menschen zu tun, denen die Aggression schwere körperliche und psychische Verletzungen beigebracht hatte. Neben unserem entsetzten Erstaunen über die unglaubliche Realität, die plötzlich über uns hereingebrochen war, verstanden wir sofort, dass wir keinerlei Kenntnisse darüber besaßen, wie wir mit diesen Problemen auf neuro-psychologischem Gebiet umgehen sollten. Eine solche »Pathologie« existierte in den medizinischen Texten nicht, die man uns an der Universität gelehrt hatte. Wie sollten wir die Konzepte von Gesundheit und Krankheit in diesem menschlichem Universum anwenden, für das wir keine diagnostischen Kenntnisse oder Leitbilder geschweige denn exakte Begriffe hatten, die die Symptome und die sie produzierenden psychopathologischen Mechanismen definiert hätten? Außerdem erschien uns der Versuch, die Störungen, die wir bei den betroffenen Menschen vorfanden, in Sprache, in Codes und Spezifika von medizinischen und psychiatrischen Störungen zu übersetzen, als Reduktion, die die enorme Transzendenz von Folter, Verschwindenlassen, summarischen Exekutionen, Repression und ständiger Verfolgung für das Sein des Menschen insgesamt in keiner Weise wiedergibt.

Wir stellten fest, dass wir die Symptome oder Syndrome der Gefolterten schlechterdings nicht als Anormalität oder gar Krankheit betrachten konnten, denn in diesem Fall war ja der Akt der Folter ⁽¹⁾ anormal und pathologisch, nicht die aus dieser Handlung entstandenen Symptome. Und wenn sich auch die Symptome oder Syndrome der Gefolterten in ihrem phänomenologischen Ausdruck nicht von denen unterschieden, die für gewöhnlich in den Lehrbüchern für Psychiatrie stehen, so bestand die grundlegende Differenz darin, dass die psychopathologischen Mechanismen, die sie hervorgerufen hatten, den normalerweise bekannten Mechanismen (dazu zählen auch die durch andere Formen von äußerer Gewalt hervorgerufenen Traumata) diametral entgeganstanden.

Kein Post-Folter Syndrom

Die destabilisierenden Mechanismen und Achsen, die eine Symptomatik hervorriefen, stützten sich auf die historische, genetische, biographische Vorgeschichte und Disposition der jeweiligen Persönlichkeit. Sie entstanden in den physischen und psychischen Zentren, die am härtesten von der dramatischen Erfahrung betroffen waren. So provo-

zierte die Folter höchst unterschiedliche und vielfältige Symptome, die so verschieden und einzigartig in ihrer Intensität und Konfiguration waren, wie sie in jeder gefolterten Person verschieden und einzigartig zum Vorschein kamen. Es gab Symptome und Anzeichen, die dominierten, aber es gab kein Post-Folter-Syndrom als solches.

Die Phase der Diagnose ist für jeden Mediziner eine fundamentale Etappe zur Entwicklung der Therapie. Für uns bedeutete dies, dass wir in dieser Phase, in der wir die Ursachen und die Krankheitsgeschichte des Traumas untersuchten, zur Grenzüberschreitung in der Lage sein mussten. Zur Diagnose gehörte in unserem Fall, auch den Verantwortlichen, den Anderen zu untersuchen. Aus diesem Grund begannen wir, uns genau mit dem System und den Machtstrukturen der Verursacher zu beschäftigen.

Annäherungen an die Kategorie der Aggression

Wir versuchten, die Kategorie der Aggression genauer zu umschreiben. Wir hatten mit Störungen zu tun, die durch eine Aggression entstanden waren. In diesem Fall Gewalt durch Menschen. Die Situation, in der wir lebten, unterschied sich von einem Krieg. Es war deshalb keine kriegerische Situation, weil in Kriegen die Feinde kriegsführende Parteien sind. Sie haben das gleiche Recht auf Gewalt. Einen solchen Krieg gab es in Chile nicht. In diesem Fall kam die Gewalt einzig und allein aus einer Richtung. Diese absolute Ungleichheit hatte im Inneren der Personen sehr unterschiedlichen Folgen. Das Konzept des Feindes, zu dem eine gegenseitige Beziehung gehört, wurde zerstört. Nur die Diktatur herrschte und übte einen grenzenlosen Staatsterrorismus aus. Sie besaß das Monopol auf Gewalt. Willkürlich ersetzte sie die bislang herrschende Ordnung, die Regeln, die historisch gewachsenen Institutionen und entledigte sich jeglicher gesetzlicher Beschränkungen, um Gewalt geplant und effektiv als Unterdrückungsmittel einzusetzen. Nachdem wir über viele Jahre die Folgen dieser Gewalt behandelt hatten, kamen wir schließlich zu der Hypothese, dass es sich hierbei um die perverseste Form menschlicher Aggression insofern handelte, weil die Folgen weit über die Beschädigung des Einzelnen hinausgingen. Denn diese Gewalt hatte eine mehrfach zerstörerische Dimension: für das Individuum, die Familie, die Gesellschaft und die institutionelle Ordnung, die das Land über seine lange Geschichte hinweg aufgebaut hatte. Diese Gewalt usurpierte alle Macht des Staates und transformierte sich so in institutionelle Gewalt. Die Definition von Gewalt als durchdringende, brutale Kraft fand hierin ihren heftigsten Ausdruck. Die Gewalt, die von der Staatsmacht ausging, hatte eine innere Logik, sie war keinesfalls verzweifelt, ihr wohnte weder Kummer noch die Unkontrolliertheit von Verzweiflung inne. Im Gegenteil, die Aggression war mit Verstand überlegt und geplant worden. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass die Gewalt, die vom Staat ausgeht, die massivste Ausformung von Gewalt, ja ihr Gipfel ist. Denn sie produziert ein System, eine Macht, die die entwickeltesten Eigenschaften des Menschen besetzt - Vernunft und Bewusstsein. Beide Eigenschaften sind nötig, um diese Gewalt zu planen und anzuwenden. Deshalb muss die Gewalt des Staates von anderen Formen der Gewalt unterschieden werden, wie brutal und pervers diese auch immer sein mögen.



Letzte Schicht vor dem Submarinen (Blatt 2, 1979)

Diese Analyse ließ uns schnell verstehen, dass wir zur Behandlung der Störungen interdisziplinäre und integrierte Teams bilden mussten, weil die Arbeit keinesfalls auf ein traditionelles Verständnis von Diagnose und Therapie reduziert werden konnte. In den interdisziplinären Gruppen brachte jeder aus seiner theoretischen Sicht wie aus seiner täglichen Praxis einen eigenen Beitrag zur gemeinsamen Arbeit ein. Gleichzeitig musste jeder auf die Spezifik seiner Rolle achten. Unsere Arbeit war ganz bewusst darauf angelegt, dass unterschiedliche konzeptionelle Sichtweisen und Erfahrungen zusammenfließen, um die Störungen zu behandeln. Und es war von zentraler Bedeutung, dass auch Betroffenen selbst Mitglieder dieser Teams waren. Unwissentlich nahmen sie gegenüber den Therapeuten eine aktive Rolle als Führer, Informant und - warum nicht ehrlich zugeben - auch als Lehrer ein. Diese Art von gemeinsamer Intervention brach mit hergebrachten psychotherapeutischen Rollenmodellen, in der der Behandelnde neutral ist, sich auf einfaches Zuhören beschränkt oder die Position eines Analytikers und Deuters einnimmt. Neben der therapeutischen Arbeit mussten die interdisziplinären Teams die Gewaltumstände fast schon kriminalistisch untersuchen, öffentlich anklagen, Erziehungs- und Fortbildungsarbeit leisten.

Intervention über den Einzelnen hinaus

Grundsätzlich muss investigative Arbeit objektiv und genau sein. Sie muss die »Pflicht zu Wissen« erfüllen, die der »UN-Sonderberichterstatter für Fragen der Strafflosigkeit« nach dem Ende der Diktatur verkündete. Investigative Arbeit in unserem Fall musste jedoch auch die Grundlage für Anklagen und Anzeigen legen. Es war notwendig auf nationaler wie internationaler Ebene öffentlich zu machen, was geschehen war und geschah. Genauso wie die investigative Arbeit muss auch die Anklage objektiv und so genau wie möglich sein, wenn sie das repressive System aufdecken und die verantwortlichen Personen identifizieren will. Also bestand unsere Aufgabe darin, nicht nur die Verbrechen zu denunzieren, sondern auch unsere Kenntnisse über die Funktionsweise des Systems und über die Unterdrücker öffentlich zu machen und damit zu sozialisieren, um ein kollektives Gedächtnis zu erlangen.

Wir arbeiteten integriert, weil in diesem menschlichen Trauma die Interaktion zwischen Unterdrücker und Unterdrücktem nicht teilbar ist. Beschäftigt man sich nur mit der einen Seite der Interaktion, läuft man Gefahr, die Realität aufzuspalten. Damit stand für uns fest, dass eine umfassende Studie der unterdrückten Person vorgenommen werden musste, zugleich aber auch eine genaueste Untersuchung des Unterdrückers, die alle Ebenen des anderen, des Verantwortlichen umfassen würde.

Wir verinnerlichten, dass die klinische Intervention mit einer zerstörten Subjektivität umgehen, dass sie das ganze physische und psychische System des Individuums umfassen musste, das die Integrität der Person konstituiert. Zugleich handelte es sich um eine klinische Intervention, die über das einzelne Subjekt hinausgehen würde. Denn mit der Zeit würde die Gewalt die versteckten Räume verlassen, sich in allen Dimensionen des

Individuums, des Landes, seiner Bewohner bewegen, würde für immer eine Wunde im kollektiven Gedächtnis derer bleiben, der sie zugefügt wurde, aber auf gewisse Weise auch bei denen Spuren hinterlassen, die versuchten, alles zu vergessen und sich nicht mit den Verbrechen auseinanderzusetzen.

Um diesen Störungen zu begegnen, besaßen wir keinerlei therapeutische Regeln. Noch weniger verfügten wir über eine Psychopathologie, die es uns erlaubt hätte, sich den Symptomen und Syndromen anzunähern. Erst als sich das Konzept der Menschenrechte in Erklärungen und Konventionen über Folter, gewaltsames Verschwindenlassen von Personen und andere Verbrechenstypifizierung entwickelte, verstanden wir, dass das Universum der Menschen, die wir behandelten, von einem Verbrechen in Mitleidenschaft gezogen worden war, das sich »Menschheits-Verbrechen« oder »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« nannte. ⁽²⁾

Diese extremen Aggressionen, die plötzlich und unerwartet stattfinden und die das Opfer ohne psychische Vorbereitung treffen, erlebt man als eine Grenzsituation: »Das bedeutet, dass sie ihrem Charakter nach unvermeidlich, undurchschaubar und von unklarer Dauer ist. Man erlebt sie als permanente Gefahr an der Grenze des Todes. Bei den betroffenen Personen ruft diese Situation ein Gefühl absoluter Ohnmacht hervor.« (Bruno Bettelheim) Das Trauma - das mit der Zeit vorwiegend psychisch ist - entstand in der brutalen Begegnung einer extremen äußeren Gewalt mit dem Inneren der Person. Wir qualifizieren dies als ein Trauma, das durch einen Menschen freiwillig und bewusst ausgelöst wurde. Dieses akute Trauma verwandelte sich im Laufe der Jahre in ein andauerndes Ereignis, das, auch wenn es an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit ausgelöst wurde, für immer in der ganzen Person, die es erlebte, den Angehörigen, den Gemeinden, zu spüren ist, und so alle Einrichtungen des Landes beeinflusst, insbesondere dann, wenn dem Verbrechen die Straflosigkeit hinzugefügt wird.

Straflosigkeit gegen alle Regeln der Vernunft

Die Straflosigkeit ist eine weitere Aggression, die zu den Verbrechen gegen die Menschlichkeit hinzukommt. Sie fügt sich an die traumatischen Folgen des Schmerzes, Leids, Verlusts, der Trauer und Schutzlosigkeit an, weil sie große menschliche Werte, Glauben und Prinzipien angreift und Normen wie Regeln auf den Kopf stellt, die im Lauf der Menschheitsgeschichte entwickelt wurden. Mit der Zeit kann sie zu psychischen Störungen führen, die so schwer sind wie die der Folter. Weil Wahrheit und Gerechtigkeit im Aufarbeitungsprozess der Diktatur-Verbrechen bislang fehlen, stellt sich die Straflosigkeit als ein komplexes und dramatisches Problem dar. Die Tatsache der Straflosigkeit rührt an den Grundpfeiler der Vernunft und widerspricht einem menschlichem Grundverständnis von Gerechtigkeit. Denn sie zwingt zu einem ambivalenten Verhalten: Dem Wunsch nach Wahrheit und nach Verurteilung stellt sie die Notwendigkeit entgegen, Verbrechen zu vertuschen und zu vergessen. Ein Vergessen, das im Fall der Verbrechen gegen die Menschlichkeit unmöglich ist, weil sie den direkt betroffenen Menschen

genauso wie der Gesellschaft, der kollektiven Vorstellung für immer ins Gedächtnis eingebrannt sind, und sie so über Generationen weitergeben werden. Wir beobachteten eine zweifache Aggression - die Tat selbst und die ihr folgende Straflosigkeit. Wir erlebten tagtägliche die schweren und tiefgreifenden Störungen, die dadurch verursacht wurden. Wir sahen, dass sich Angst verfestigte, dass es in Chile immer nur Teilwahrheiten und keinerlei Gerechtigkeit geben würde (aufgrund des seltsamen paktierten Übergangs von Diktatur zu Demokratie), und dass der Hauptverantwortliche ungeschoren bleiben würde. Aus diesem Grund begannen wir 1988 in verschiedenen Regionen Chiles Untersuchungen unter dem Titel »Gerechtigkeit und Wahrheit«. ⁽³⁾ Neben diesen Untersuchungen führten wir psychotherapeutische und psychosoziale Arbeit bei Individuen, Familienangehörigen, Gruppen und Gemeinden durch. ⁽⁴⁾

Schleichende Frustration

Als die erste Übergangsregierung die außerjuristische Untersuchungskommission für die Verbrechen der Diktatur schuf, hatten wir Bedenken, die unter anderem aus deren Titel herrührten: »Wahrheit und Versöhnung«. Denn damit war das ausgeschlossen, was am meisten herbeigesehnt und gesucht wurde: die Gerechtigkeit. Ihr Fehlen führt an sich schon zu Störungen und sozialer Demoralisierung. Trotz unserer Zweifel arbeiteten wir mit der Kommission zusammen, forderten die Menschen auf, vor der Kommission auszusagen und begleiteten sie bei ihren Aussagen. Mit der Zeit zeichnete sich allerdings ab, dass sich die Hoffnung auf umfassende Wahrheit und vor allem Gerechtigkeit nicht erfüllen würde. Jeder Einzelne und die Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen insgesamt aber waren bis dato ganz sicher davon ausgegangen, dass mit einem Ende der Diktatur auch eine umfassende Entschädigung kommen würde: eine moralische, juristische, soziale und vor allen Dingen psychische Reparation. Ohne sie konnte es keine Versöhnung geben. Da dies nicht eintraf, mussten wir nicht nur bei unseren »Patienten« sondern auch bei uns selbst eine schleichende Frustration, Verzweiflung, Müdigkeit dieses Mal nicht über die Diktatur sondern über die »Demokratie« feststellen.

Die absolute Verweigerung der juristischen Strafverfolgung wühlte alle psychischen Instanzen und Psychodynamiken bei den Betroffenen wieder auf. Die Störungen, die durch die Verbrechen verursacht worden waren und die wir in einer neuen Psychopathologie zu beschreiben begonnen hatten, traten wieder auf den verschiedenen Ebenen auf: im Gedächtnis, der Kommunikation, den Worten, dem Bewusstsein, den Empfindungen, im Gemüt, in der Zeitwahrnehmung, in den Darstellungen etc. ⁽⁵⁾ Dass die Übergangszeit zur Demokratie die Situation der Menschen auf die beschriebene Weise noch verschärfte, vergrößerte auch unser Dilemma. Denn in unserem Versuch der theoretischen Bearbeitung, bei dem wir festgestellt hatten, dass alle mentalen Funktionen durch die Verbrechen destrukturiert wurden, wurde uns zugleich bewusst, dass es uns im therapeutischen Prozess nicht gelang, die psychische Traumatisierung in all ihrer Tiefe zu bearbeiten.

Nach der Zeit des Angst-Schmerzes die Zeit der Sinnlosigkeit

Nun mussten wir feststellen, dass die Übergangsperiode zur Demokratie zu einer neuen Phase in der Wahrnehmung der Betroffenen wurde: zu der Zeit des »Angst-Schmerzes« gesellte sich nun die Zeit der Sinnlosigkeit, der Bestürzung, der Verbitterung und der Scham hinzu, und zwar nicht nur bei Individuen sondern auch in wichtigen Sektoren der Gesellschaft. Die Macht tat nichts, um die traumatischen Vergangenheit zu überwinden. Im Gegenteil, sie lebte und akzeptierte eine »bevormundeten Demokratie«, sie verlangte von der Gesellschaft und den Einzelnen zu vergessen, die Erinnerung wegzusperren. Gleichzeitig akzeptierte sie, dass der Hauptverantwortliche, der in sich alle Aggressoren symbolisierte, in eine Ikone, ja patriarchale Kultfigur des Militärs und der Rechten in Chile verwandelte. Es war die Macht des strafenden Vaters, die wiederauferstand, als man erlaubte, dass Pinochet weitere acht Jahre Generalstabschef der Streitkräfte blieb, anschließend Ehrengeneral, Senator auf Lebenszeit und scheinbar unsterblich wurde.

Mit diesem Verhalten hatte der Staat zugelassen, dass die Individuen und die Gesellschaft ein widersprüchliches kollektives Unterbewusstsein annahmen. Die Möglichkeit, eine eindeutige Identität herauszubilden, wurde nicht wahrgenommen. Die Menschen identifizierten sich nicht mit der aktuellen Heimat, denn die Moralität des Staates und der Gesellschaft war verloren gegangen und dies spiegelte sich auch im Diskurs der Macht und seiner Repräsentanten wider. Er war fast immer zweideutig und ambivalent.

Am 4. Juli 1996 wurde vor dem spanischen Gerichtshof ein Verfahren gegen Pinochet und andere Verantwortliche eingeleitet. Mit neuer Hoffnung, die wir als »heilsam«, als ein wunderbares therapeutisches Mittel empfanden, das Mediziner, die dieses menschliche Drama nicht kennen, kaum nachvollziehen können, machten wir uns zum Teil dieses Prozesses. Wir fuhren persönlich im Juni 1997 nach Spanien, um den Richtern all unser Material über die Verbrechen, die Verantwortlichen, die Orte, die Zeugen etc., alle unsere Untersuchungen und Forschungen zu übergeben.

Nach unserer Rückkehr schrieben wir ein kleines Buch, um der Gesellschaft, den Einzelnen aber vor allen Dingen der Regierung, die diesen juristischen Prozess ignorierte und mit der Zeit sogar den Diktator verteidigte, die Ergebnisse der Reise mitzuteilen. Anderthalb Monate bevor Pinochet in London verhaftete wurde, veröffentlichten wir es unter dem Titel: »Spät aber nicht zu spät - Pinochet vor der spanischen Justiz.«

Pinochet - ein dramatischer Teil der Moderne

Wir sind von zwei Dingen überzeugt. Erstens, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Chile begangen worden waren, sind zweifellos ein zentraler und dramatischer Teil der Moderne. Zweitens, bleibt es bei der Straflosigkeit, dann trägt sie dazu bei, dass sich die Verbrechen in der Zeit, in der Geschichte, im kollektive Unterbewusstsein unentwegt wiederholen. Gleichzeitig macht uns Mut, dass wir mit unserer Forderung nach Strafverfolgung nicht mehr allein sind, weil sich eine internationalen Doktrin der

Menschenrechte entwickelt, zu der auch eine juristische Ausformung gehört. Die politische Vorstellungswelt, die während der zehnjährigen Übergangszeit konstruiert worden war, zerbrach mit der Verhaftung Pinochets in London. Damit wurde die Realität und die ethische Inkonsequenz zweier Übergangsrégierungen deutlich. Die Wunden, die ohnehin bei niemandem wirklich vernarbt waren, rissen tief auf. Dass ein Teil der chilenischen Gesellschaft die Verbrechen konsequent verleugnet hatte, wurde mit jedem Tag von Pinochets Haft deutlicher.

Um die Emotionen zu erfahren, die die Verhaftung Pinochets bei den Überlebenden und Familienangehörigen der »verhaftete Verschwundene« und der aus politischen Gründen Exekutierten ausgelöst hatte, führten wir eine Umfrage durch. Es zeigte sich, dass die meisten von ihnen sofort »riesige Freude« empfanden, die sie in dieser intensiven Form seit vielen Jahren nicht mehr erlebt hatten. Viele waren vor Optimismus euphorisch, weil sie sich wünschten, dass sie nun in allernächster Zeit das Schicksal ihrer Angehörigen erfahren würden. Manche glaubten, dass es »dieses Mal wirklich Gerechtigkeit« geben würde. Es kam zu spontanen Demonstrationen und Freudenfesten, bei denen sich Menschen übergücklich in die Arme fielen, die sich zuvor gar nicht gekannt hatten. Man feierte und war unbeschreiblich glücklich.

Es gab aber auch Menschen, bei denen die Symptome und besonders die Ängste zurückkehrten, weil die Erinnerung wiederbelebt wurde und das traumatische Erlebnis so klar vor Augen stand, als wäre es gestern passiert. Die Verschwundenen oder Exekutierten tauchten aus der verblassten Erinnerung wieder auf. Es wiederholten sich in der Erinnerung die Szenen von Verhör und Folter. Paradoxerweise gab es Familienangehörige oder Überlebende, die zum ersten Mal mit der Tiefe ihres Traumas, das sie verleugnet und unterdrückt hatten, konfrontiert wurden, und um medizinisch-psychologische Assistenz baten.

Bei aller Freude über die Verhaftung kehrte bei vielen auch die Angst wieder. Und diese Angst erfasste weit mehr Menschen als nur den Kreis der Diktatur-Opfer. Die Parteigänger Pinochets und das Militär reagierten auf dessen Verhaftung mit Drohungen, gewalttätigen Demonstrationen vor der britischen und spanischen Botschaft, mit Hausfriedensbruch, Raub, der Zerstörung von Menschenrechtsmaterialien. Auch unsere Einrichtung wurde von Unbekannten überfallen. Unseren verantwortlichen Mitarbeitern wurde empfohlen, Leibwächter zu engagieren, weil man für ihre Sicherheit nicht garantieren könne. Zur Freude kam die Angst, die schmerzhaften Erinnerungen an die Zeit des Terrorismus und des Schweigens wachrief.

Übersetzung: Katja Maurer

Nachtrag

Mittlerweile ist die Immunität des chilenischen Ex-Diktators aufgehoben worden. Dass Pinochet seine Unantastbarkeit verloren hat, ist ein wichtiger Sieg für die Opfer und Angehörigen. Doch der gesellschaftliche Umgang mit den Verbrechen ist nach wie vor heikel. Das Militär gibt bruchstückhafte Informationen über das Schicksal einiger Verschwundener preis. Bei der Suche nach den Überresten der Ermordeten brechen neue Wunden auf und entstehen neue Fragen. Paz Rojas berichtet, dass deshalb die Nachfrage nach therapeutischer Begleitung sprunghaft in die Höhe gegangen ist. Jetzt, da ausländische Geber der Meinung sind, dass sich das „Problem Chile“ erledigt habe, denn nun sei das Land demokratisch, beginnt für die Menschenrechtsinstitutionen und deren psychosoziale Maßnahmen eine neue intensive Phase der Arbeit.

medico verfolgt die Entwicklung in Chile. Unsere Website www.medico.de hält Sie darüber auf dem Laufenden.

(1) Wir benutzen den Begriff Folter im weiten Sinn. Gemeint ist nicht nur die Folter von Angesicht zu Angesicht, sondern auch die Folter, die die Angehörigen von verhafteten Verschwundenen und Exekutierten, deren Leichen nicht zur Beerdigung zurückgegeben wurden, erleben. Die letztere ist eine Form von andauernder psychologischer Folter, bei der der Folterter keinen Namen und kein Gesicht besitzen.

(2) Schritt für Schritt entwickelten wir ein Beziehungsmodell zwischen psychischer Gesundheit und Menschenrechten, dem wir basierend auf Erklärungen, Konventionen und universellen Prinzipien der Menschenrechte die Folgen ihrer Verletzung für Menschen und Gesellschaft hinzufügten. Wir vertieften das Konzept des Verbrechens, der Folter, des gewaltsamen Verschwindenlassens, der Straflosigkeit und zuletzt der Entschädigung und Rehabilitation dadurch, dass wir die juristische Perspektive aufs engste mit den Störungen in den Individuen und Gesellschaft verknüpften.

(3) »Wahrheit und Gerechtigkeit« beinhaltet eine Serie von Untersuchungen des Komitees zur Verteidigung der Rechte des Volkes - CODEPU - durchgeführt von der psychosozialen Arbeitsgruppe für Anklage, Untersuchung und Behandlung von Gefolterten und dessen engstem Familienkreis (DIT-T) und durch die Arbeitsgruppe für Dokumentation und Untersuchung. Die Serie hat das Ziel, die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen in Chile zu unterstützen. Bislang gibt es acht Bände, dazu gehört auch ein Band mit dem Titel »Verbrechen und Straflosigkeit«, der die methodologischen Strukturen für diesen Vortrag vorgab.

(4) Die Ziele dieser Untersuchungen waren folgende:

Erfahren, wer Opfer eines Verbrechens geworden ist und auf welche Weise, um das Selbstbild, die Präsenz und Würde des Menschen wiederherzustellen. Auf keinen Fall ging es darum, eine Liste der Opfer mit lediglich minimalen Identifizierungsmerkmalen zu erstellen.

Den Vorgang, die Motive, den Kontext und die Umstände, die zum Verbrechen geführt haben, kennenlernen

Die Handlungen und das Verhalten der Repressoren kennenlernen und die direkten Verantwortlichen identifizieren, indem alle vorhandenen Informationen über die Person zusammengetragen werden: sein Leben, sein Verhalten, seine Aktivitäten. Es ging darum, kein »weißes Blatt« zu lassen: einerseits die Liste der Opfer - andererseits das »Verborgene«.

Die Folgen des Verbrechens und der Straflosigkeit für die Betroffenen, die Familien, die Gemeinde kennenlernen, um Wege der Rehabilitation und Prävention zu finden.

(5) »Die unheilbare Zeit«. Paz Rojas B. Vortrag auf der Konferenz »Vergangenheitsbewältigung in Post-Diktatur - Zeiten«, Berlin, Dezember 1998



Die Galgen werden grünen (Blatt 2, 1976)

Den Tod erinnern, um weiterleben zu können

Guatemala: Die Exhumierung und Umbettung der Ermordeten bringt die Verbrechen der Militärs an die Öffentlichkeit

Für uns bedeutet Salud Mental, den Menschen nicht als isoliertes Wesen ohne sozialen Kontext zu begreifen. Unsere Vorstellung von Salud Mental steht den gängigen psychologischen Auffassungen entgegen, die den Einzelnen auf das Individuelle reduzieren, sein Handeln als persönliche Eigenart und »Charakterzug« interpretieren, aber sein soziales Wesen ignorieren. Dabei folgen wir der Auffassung von Ignacio Martín-Baró, für den sich Salud Mental »eher auf Beziehungen zwischen Personen und Gruppen bezieht als auf einen individuellen Zustand, auch wenn sie bei jedem beteiligten Individuum unterschiedliche Folgen hat und verschiedene Symptome und Syndrome produziert« (Martín Baró 1992).

Wichtig ist, dass »Salud Mental im umfassenden Sinn in einer dialektischen Beziehung zu dem steht, was man eine gesunde menschliche Umwelt, eine sozial ausgerichtete Umwelt nennen könnte, die sich neben anderen Aspekten durch Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit und Partizipation auszeichnet. Gemeint ist damit eine Gesellschaft, die sich auf die Gültigkeit der Menschenrechte als zentrales Element stützt« (ebd.).

Geht man von diesen Grundthesen aus, dann befindet sich die guatemalteckische Gesellschaft in einem Zustand, in dem große Teile der Bevölkerung nicht einmal die Grundvoraussetzungen haben, um ein gesundes Leben in einer förderlichen Umwelt führen zu können (vgl. PNUD 1998). In erster Linie ist dies auf die tiefgreifende und weit verbreitete Armut insbesondere im ländlichen Raum zurückzuführen. Verursacht hat dies aber auch die Gewalt, die die sozialen Beziehungen im Laufe der gesamten Geschichte des Landes geprägt hat und in den letzten 40 Jahre zur Staatspolitik erhoben wurde.

Gegenwärtig müssen wir feststellen, dass ein großer Teil der Bevölkerung noch keine Form hat finden können, um die zahllosen Opfer der Gewalt in angemessener Weise betrauern zu können. Dies zeigt sich darin, dass die Menschen zwar immer wieder des geliebten Menschen und seines Verlusts gedenken, der oder die Verstorbene in ihren Träumen präsent ist, die Angehörigen aber seinen Tod nicht wahrhaben wollen. Es zeigt sich auch darin, dass ihnen eine befriedigende, sinnstiftende Erklärung für den gewaltsamen Tod des Angehörigen fehlt und sie ihren Schmerz nicht entwickeln und bewältigen können.

Auch wenn die vierzig Jahre andauernde dramatische Epoche der Gewalt nun vorüber ist, beeinflusst sie nach wie vor die Menschen und ihre Möglichkeiten, ihren Schmerz

zu bearbeiten. In dieser Zeit verschwanden ihre Angehörigen oder fielen Massakern zum Opfer. Nach wie vor herrscht in Guatemala ein Klima allgemeiner Unsicherheit, die Täter wurden nicht bestraft, und der Terror der Vergangenheit ist noch immer präsent. In einer solchen Situation gestaltet sich der Trauerprozess nicht nur schwierig, er kann auch zu keinem Ende kommen.

Die Exhumierungen

Nichts kann die Folgen der politischen Gewalt vollständig beseitigen, noch die in 40 Jahren Krieg verursachte Trauer hunderttausender Guatemalteken heilen. Ist jedoch die gesamte guatemaltekeische Gesellschaft eines Tages bereit, die begangenen Verbrechen ausgehend von den Prinzipien Wahrheit und Gerechtigkeit anzuerkennen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und Entschädigungen zu leisten, wird die nationale Versöhnung kein Thema wortreicher Reden mehr sein, sondern Wirklichkeit.

Um die noch immer fortdauernde Kultur des Terrors zu beenden, versuchen verschiedene Nichtregierungsorganisationen seit einigen Jahren, die Spuren der langen Geschichte der Gewalt freizulegen. Neben der Sammlung mündlicher Aussagen gehört zu dieser Arbeit auch und vor allem die Exhumierung der in Massengräbern verscharrten Opfer des bewaffneten Konflikts.

Dabei darf sich die gerichtsmedizinische Arbeit nicht auf die Exhumierung und Untersuchung der Leichen beschränken. Zeitgleich mit der anthropologisch-forensisch-historischen Untersuchung muss ein Prozess in Gang gesetzt werden, der die notwendigen Mittel entwickelt, um auf individueller, kollektiver und schließlich auch nationaler Ebene zu begreifen, woraus die Dynamik der Gewalt entstand und welche konkrete Formen sie besaß. Nur so kann es gelingen, die Auswirkungen dieser Gewalt auf die Gegenwart und Zukunft zu verringern und eine Verarbeitung des Traumas zu ermöglichen.

Deshalb müssen die die Exhumierungsprozesse unbedingt durch psychosoziale Arbeit begleitet werden. Sie kann dafür Sorge tragen, dass den Familienangehörigen, Freunden und der Gemeinde eine fassbare, begreifbare Erinnerung an die geliebten Menschen zurückgegeben wird, damit das Schweigen und die daraus resultierende Dynamik der Trauer aufgebrochen werden können. Dadurch kann ein Raum geschaffen werden, der es der Bevölkerung ermöglicht, ihren Schmerz aufzuarbeiten, damit Leid und Hoffnung sich treffen können.

Für die Überlebenden ist die Rückgabe der Gebeine der geliebten Menschen (Familienangehörige, Freunde, Nachbarn) von großer Bedeutung, auch wenn der gesamte Prozess sehr schmerzlich ist. Denn die Bestattung der Toten nach den lokalen Bräuchen macht das tatsächlich Geschehene öffentlich und gibt ihnen und ihren Angehörigen ihre Würde zurück. So werden eine kollektive Verarbeitung der noch immer gegenwärtigen Erfahrung und der Wiederaufbau von Beziehungen gegenseitiger Unterstützung ermöglicht. Gleichzeitig wird Gewissheit über die Vorkommnisse und Raum für Forderungen geschaffen.

Die psychosoziale Unterstützung sollte der Bevölkerung in den verschiedenen Phasen der Exhumierung - davor, währenddessen, danach - geleistet werden und sich an die gesamte Gemeinde richten, sowohl an die, die ein Familienmitglied verloren haben, als auch an die, die materielle Werte eingebüßt haben oder von der Zerstörung der sozialen Netzwerke, der auferlegten Furcht, dem Terror, dem Misstrauen betroffen wurden. Dass nicht alle Personen den Terror in gleicher Weise erlebt haben, sagt nichts über das Ausmaß des Schmerzes aus, den der Einzelne empfindet. Die Auswirkungen einer Exhumierung auf eine Gemeinde hat Folgen für die ganze soziale Dynamik und für alle Mitglieder des Gemeinwesens. Die psychosoziale Begleitung der ganzen betroffenen Gemeinde kann einen Raum schaffen, der es der Gemeinde in ihrer Gesamtheit ermöglicht, die Probleme zu lösen, die durch die Gewalt hervorgerufen wurden.

Im Rahmen der psychologischen Unterstützung müssen der Gemeinde die therapeutischen Techniken in die Hand gegeben werden (wie beispielsweise Techniken des Zuhörens, Maßnahmen des Eingreifens in Krisensituationen u.a.), die es ihr erlauben, aktuellen psychosozialen Konflikten zu begegnen. Entsprechende Aus- und Fortbildungsmaßnahmen richten sich deshalb besonders an Gesundheitspromotoren, Hebammen, Lehrer, Heiler, Ärzte, die katholischen, protestantischen und Maya-Priester. Sie gehören dem gleichen Gemeinwesen an und kennen den erlittenen Schmerz der Menschen, sprechen ihre Sprache, teilen die gleichen magischen Vorstellungen gegenüber dem Tod und können so Lösungen einbringen, die der eigenen Kultur angepasst und ihrer Realität näher sind.

Festzuhalten ist, dass unsere psychosoziale Intervention in der Gemeinde punktueller Natur ist. Meiner Meinung nach ist es wichtig, die Fortbildung des lokalen Personals aufzuwerten, weil die Gemeinde nicht nur mit den zurückgegebenen Gebeinen, sondern auch mit Mitteln zurückgelassen wird, den Folgen zu begegnen, die diese Erfahrung nach sich zieht. Darüber hinaus können wir so dazu beitragen, dass die Menschen nicht von den verschiedenen Institutionen abhängen, sondern in der Lage sind, ihre Probleme selbst zu lösen.

Bedeutung religiöser Vorstellungen für die Exhumierungen

Im Prozess psychosozialer Heilung ist die durch die Exhumierungen ermöglichte Wiedererlangung der sterblichen Überreste der Opfer von grundlegender Bedeutung, da sie den Familienangehörigen ermöglicht, nach vielen Jahren die Trauerarbeit aufzunehmen, die im Moment des Todes der geliebten Personen nicht geleistet werden konnte. Dies ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen, vor allem aber auf das physische Verschwinden der geliebten Person. In unzähligen Fällen wussten die Familien nicht, wo sie ihre Angehörigen finden konnten. In anderen Fällen konnten sie sich aus Angst nicht dem Ort des Massakers annähern. Sie konnten deshalb auch die religiösen Bräuche nicht ausüben, die normalerweise bei der Bestattung eines verstorbenen Angehörigen durchgeführt werden: Man musste hinter verschlossener Tür trauern, konnte keine Totenwa-

che halten, kein Begräbnis abhalten, kein novenario, kein cavo de ano, keine der Handlungen, die den physischen und sozialen Tod bekräftigen und damit einen wichtigen Schritt in der Bewältigung der Trauer darstellen.

Ein weiterer wichtiger Umstand ist, dass die Opfer der Massaker nicht an einer Krankheit oder an Altersschwäche starben, sondern hingemeuchelt wurden als seien sie Tiere, ohne den geringsten Respekt. Verstärkt wurde der Terror durch Bekundungen der Behörden, nach denen die verschwundenen Verwandten oder Freunde nicht ermordet wurden, sondern ins Ausland geflohen seien.

Die Exhumierungen schaffen einen Raum für die Wahrheit, für die Wiedererlangung der Geschichte, für die Anerkennung des Leidens, das der Mehrheit der Bevölkerung Guatemalas zugefügt wurde. Indem sie ermöglichen, dass die Menschen offen aussprechen können: »Sie sind ermordet worden!«, lösen sie den Konflikt zwischen dem Wissen um die Ermordung und der Unmöglichkeit, dieses Wissen offen auszusprechen.

Wenn ein geliebter Mensch eines natürlichen Todes stirbt, durch Krankheit oder an Altersschwäche, wirkt das Verstehen der Ursache des Todes beruhigend. Es gibt Momente, in denen die Hinterbliebenen am Kummer des Sterbenden teilhaben, in denen sie sich vom Sterbenden noch verabschieden können. Der Schmerz und dessen Bewältigung durch eine mögliche Erklärung der Todesumstände sind normale menschliche Antworten, die im Weinen um den Verstorbenen, im Küssen des Leichnams und in seiner Bestattung ihren Ausdruck finden. Aber im Falle eines Todes in Folge von Gewaltwirkung oder eines Unfalles gibt es diese Möglichkeiten des Abschiednehmens, der Bitte um Vergebung nicht.

Nach der Exhumierung können die Überlebenden mit den Gebeinen ihres Angehörigen zugleich die aus der Vergangenheit hervorgehenden Ängste begraben, ohne den vergangenen Terror und Tod zu vergessen. Durch die Mechanismen des psychosozialen Schutzes, die sie sich im Laufe des Prozesses der Exhumierung innerhalb ihrer Gruppe geschaffen haben, schaffen sie sich eine gemeinsame Zukunft. Dies erlaubt es ihnen schließlich, das durch den Terror auferlegte Schweigen zu brechen, die Angst und andere Folgen der traumatischen Erlebnisse zu überwinden.

Der Prozess der Exhumierung – der nicht nur die Freilegung der Leichen, sondern das ganze hier geschilderte Geschehen umfasst – wird so zu einem therapeutischen Raum, der es erlaubt, dass sich die betroffene Gruppe selbst den Platz für die Kollektivierung der Verletzungen wie des Vertrauens, der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe schafft. Sie kann so den Heilungsprozess in die eigenen Hände nehmen und Lösungen für die Zukunft erarbeiten. Eignete sich die Gruppe den therapeutischen Raum der Exhumierung nicht selbst an, bliebe sie ohne Einfluss.

Aus vielerlei Gründen haben die traditionellen Hilffsysteme ihre Funktion und Effektivität eingebüßt. In vielen Fällen resultiert dies aus der gezielten Ermordung der spirituellen Führer und Priester während des bewaffneten Konfliktes, die die Gemeinden ohne deren Hilfe und Leitung zurückließ. Wenn die Führer nicht ermordet wurden, wurden sie – und dies war systematisch Teil der psychologischen Kriegführung der

Armee – als brujos (Schadenszauberer) denunziert oder als Subversive, die die Guerilla unterstützten. Deshalb ist die psychosoziale Hilfe im Exhumierungsprozess auch auf die Wiedererlangung der Räume gerichtet, die es der Gemeinde selbst erlauben, sich spirituell auszudrücken.

Das Gespenst der Gewalt wird aufhören, die Überlebenden zu verfolgen, es wird sich in eine bittere Erinnerung verwandeln, eine Erfahrung zugleich, die die nachkommenden Generationen motiviert, dem Tod entgegenzuwirken und die Wiederholung der Zerstörung zu verhindern. Die Erinnerung wird eine Wunde sein, die sich schließt und auf der Haut eine Narbe zurücklässt. Wenn wir sie betrachten, können wir uns erinnern, was geschehen ist und wie es zu all den Schmerzen kam. Aber die Narbe ruft nicht denselben Schmerz in uns hervor. Wir können sie betrachten und sie hindert uns nicht daran, unser Leben zu leben.

Um diesen Prozess der psychosozialen Genesung in Gang zu setzen, ist es notwendig, von den Bedürfnissen und Charakteristika jeder Gemeinde auszugehen, von ihrer Kultur und ihrer Herangehensweise an soziale und psychologische Probleme. Hierbei ist es wichtig, flexible Techniken anzuwenden, die nicht orthodox sind, vielmehr kreativ (ohne die persönliche Verpflichtung zu vergessen, professionell zu arbeiten), damit die Bevölkerung leichten Zugang zu den Informationen und zu Prozessen individueller und kollektiver Reflexion der schmerzlichen Erfahrungen der Vergangenheit hat.

Kernpunkte der psychosozialen Arbeit

Wenn man die Pfade Guatemalas entlanggeht, hat man den Eindruck, dass in diesem Land die Extreme aufeinandertreffen. Du fasst eine bestimmte Realität ins Auge, eignest sie dir an und sagst: »Jetzt verstehe ich!«. Dann richtest du deinen Blick in eine andere Richtung und dir wird bewusst, dass es doch nicht so ist, dass es überhaupt nicht oder zumindest nur teilweise so ist, wie du eben geglaubt hast. Es ist dieses Vorwärtsgen und dann Stehenbleiben, von neuem Zurückblicken und erneut Vorangehen, das stets aus der Begegnung mit dem resultiert, was du nicht analysiert hast, was du nicht zu verstehen suchtest, weil es dir zu trivial erschien. Das Übersehene erlangt seinen Wert zurück, wenn die Erfahrung im entsprechenden Moment über dich hereinbricht und eine Interpretation notwendig macht. Je mehr du analysierst, interpretierst, erarbeitest, desto mehr verstehst du, dass du niemals verstehen wirst. Aber das Verlangen nach Verstehen lässt dich fortfahren. Es ist sehr schwer, sich von der fixen Weltanschauung frei zu machen, die ein jeder in seinem Gepäck mit sich herumträgt, von der eigenen Art und Weise, das Leben und die Probleme, vor die es uns stellt, zu verstehen.

Bezüglich der psychosozialen Arbeit im Rahmen der Exhumierungen können zusammenfassend die folgenden sechs Kernpunkt hervorgehoben werden: Zunächst die Bedeutung der Gruppenarbeit. Salud-Mental-Arbeit muss die Bildung von Gruppen gegenseitiger Hilfe in den Mittelpunkt stellen, von Selbsthilfegruppen, die auch dann noch funktionieren, wenn unsere Intervention längst beendet ist.

Zweitens die Bedeutung des Wortes im Prozess der psychosozialen Genesung. Wichtig ist zunächst einmal, dass die Menschen sich überhaupt aussprechen, ihre Erlebnisse in den verschiedenen Räumen erzählen können, die dafür geöffnet werden. Dann aber muss darauf hingewirkt werden, dass der Erlebnisbericht wirklich dem Innern der Personen entspringt und nicht nur dazu dient, Emotionen abzuladen, sondern auch dazu, die Verletzungen aufzuarbeiten.

Weiterhin ist es wichtig, in die Arbeit Elemente der überlieferten magisch-kulturellen Vorstellungen und Rituale aufzunehmen, mit denen die Leute vertraut sind.

Die psychosoziale Arbeit im Rahmen der Exhumierungen sollte viertens stets durch ein multidisziplinäres Team organisiert werden, in dem Ethnologen, Soziologen, Pädagogen, Psychologen, Ärzte und Psychiater zusammenarbeiten, um so viele Disziplinen wie möglich abzudecken und so zu ermöglichen, dass die Situation aus verschiedenen relevanten Perspektiven angegangen wird. Salud Mental ist keine Angelegenheit von Psychologen allein, sondern hängt ebenso sehr von den Kenntnissen der anderen Disziplinen wie vom lokalen Wissen der jeweiligen Gemeinde ab.

Fünftens ist es notwendig, schon vor der Exhumierung deren mögliche soziale Folgen abzuschätzen. Dazu sind Vorkenntnisse über die aktuelle Verfasstheit der Gemeinde einzuholen, und zwar in Bezug auf ihren Organisationsgrad, die sozialen Netzwerke, über die virulenten Probleme und Konflikte, die die Exhumierung auf individueller und sozialer Ebene erschweren könnten. Zugleich müssen sowohl die positiven wie auch die negativen Auswirkungen untersucht werden. Denn neben den positiven Auswirkungen - der Wiederherstellung der Würde der Opfer, dem therapeutischen Effekt der Wiedererlangung der Gebeine und alle weiteren Folgen, die sich aus der Wiedereinsetzung der Wahrheit an den offenen Gräbern ergeben - stellen sich unvermeidlich auch negative ein, solche, die mit der Wiederkehr all' der Ängste aus der Zeit der Massaker und Gemetzel verbunden sind.

Wichtig ist es schließlich sechstens, Vorkehrungen für den nicht seltenen Fall zu treffen, dass nicht die Leichname aller Ermordeten gefunden werden. Solche Frustrationen führen zu neuer Furcht, zu Verlassenheitsgefühlen und zur Entwertung alles dessen, was durch die Exhumierung erreicht wurde. Während die Machthaber kein Wert auf die richtige Zuordnung der Namen legen, wollen die Menschen ihre Familienangehörigen wiederfinden, weil nur dann der Alptraum sein Ende findet und das Gefühl aufgelöst werden kann, man sei an die Vergangenheit gefesselt. Erst die Gewissheit, dass die geliebten Personen »richtig begraben« sind, stellt die Möglichkeit bereit, die zurückliegende Lebensphase abzuschließen und einen neuen Anfang zu versuchen, auch wenn das Erlebte nie vergessen werden kann und nie aufhören wird, die Vergangenheit und die Zukunft zu modulieren. Dies kommt in der folgenden Aussage einer Frau aus der Gemeinde Acul, Nebaj, zum Ausdruck, die am Ende des Exhumierungsprozesses endlich sagen konnte: »Jetzt möchte ich nicht mehr über die Toten reden. Sie sind begraben. Wir leben jetzt und müssen uns damit auseinandersetzen, was wir jetzt machen werden.«

Übersetzung: Michaela Bocksch

Zu den Abbildungen

Eine experimentelle Existenz

Der Künstler Carlfriedrich Claus

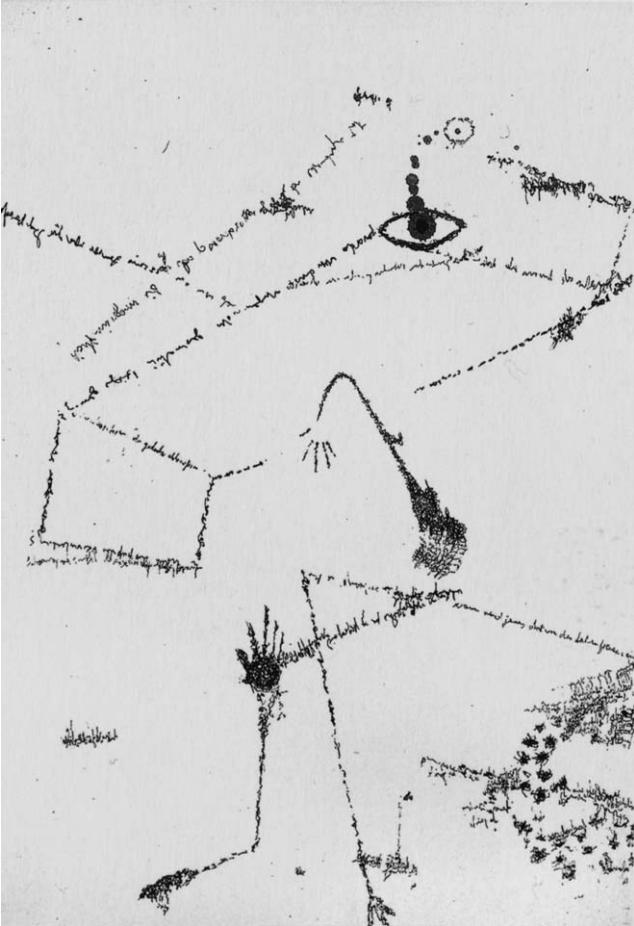
Die Abbildungen dieses Reports sind Arbeiten Carlfriedrich Claus. Der 1930 geborene Künstler lebte und arbeitete im sächsischen Annaberg. Über sich sagte er in einem Text über seine »Sprachblätter«: »Die exakteste, weil unwillkürlich und simultan entstandene Autobiographie ist aus meinen Arbeiten selbst erschließbar, seit Anfang der fünfziger Jahre. Auseinandersetzungen und Wechselwirkungen des papillarlinig versuchenden Lebens stehen unmittelbar 'da'.

Experimentelle Existenz in experimenteller Arbeit -: die Bedingungen, unter denen sie geschieht, sind in den Ergebnissen aufgehoben. Gegenwart.«

Bildübersicht

Titel	Größe	Datum	Seite
Yang-Aspekt	87 x 268 mm	1992	Seite 1
Allegorie: Zweifel	291 x 210 mm	1962	Seite 3
Kommunistisches Zukunftsproblem: Zwischen dem Einst und dem Einst	210 x 295 mm	1963	Seite 6
Beschreibung einiger Wirkungen psychischer Konzentration	270 x 365 mm	1979	Seite 11
Letzte Schicht vor dem Submarinen (Blatt 2)	210 x 294 mm	1979	Seite 29
Die Galgen werden grünen (Blatt 2)	130 x 136 mm	1976	Seite 36
Subjektvergehen: Nähe des Letalen; Aufbruch aus der Teilung in Herrschende und Beherrschte	210 x 148 mm	1962	Seite 44
nichts hinterläßt keine spur	297 x 208 mm und 258 x 188 mm	1993	Seite 54
Leben in Illegalität: von unten: Wach-Situation, von oben: Schlaf-Situation	361 x 265 mm	1991/92	Seite 62
Letzte Schicht vor dem Submarinen (Blatt 1)	210 x 294 mm	1979	Seite 88
Vorversuche des Mikro-Kontaktkombinats. Im Bereich des Problemfeldes Natur - Subjekt - Triebgefühlfühler - Sprache	300 x 210 mm	1964	Seite 94
Ohne Titel	298 x 210 mm	1959	Seite 99
Erkenntnispsychologische Erwägung, III: Bio-informationeller Sender	151 x 168 mm	1972	Seite 100
Antikontemplative Meditation	210 x 139 mm	1969	Seite 116
Erwartungshorizont im Gestein	202 x 294 mm	1962	Seite 125
Vergessen der Erinnerungen	296 x 208 mm	1977/79	Seite 126
Abrupte Störung	183 x 148 mm	1991	Seite 130

Die Abbildungen sind den Katalogen »Zwischen dem Einst und dem Einst« und »Aurora« entnommen. Beide sind erschienen und zu beziehen beim Berliner Verlag janus Press. Für dessen kooperative und freundliche Unterstützung wir uns hiermit bedanken wollen.



*Subjektvergehen:
Nähe des Letalen; Aufbruch aus der Teilung in Herrschende und Beherrschte (1962)*

Das Wort ergreifen

Die Geschichte der Khulumani Support Groups im Kampf um Versöhnung, Wahrheit und Gerechtigkeit in Südafrika.

Die Khulumani Support Groups entstanden 1995 als Selbsthilfe- und Unterstützungsgruppen von Überlebenden des Apartheidterrors. Das Zulu-Wort Khulumani bedeutet »sich aussprechen« bzw. »das Wort ergreifen«. Ins Leben gerufen wurde die Gruppe in Erwartung der südafrikanischen Wahrheits- und Versöhnungskommission (Truth and Reconciliation Commission, TRC)⁽¹⁾, die den Überlebenden den Raum geben wollte, öffentlich Zeugnis von der Gewalt abzulegen, die sie erfahren mussten. Eine weitere Funktion der Kommission bestand darin, Tätern, die vollständig über von ihnen verübte politische Gewalttaten berichteten, Amnestie zu gewähren. Der Tauschhandel von Wahrheit für Gerechtigkeit sollte die ganze Wahrheit über die Vergangenheit an den Tag bringen und den Opfern Klarheit verschaffen über bisher ungeklärten Fälle. Eine weitere Aufgabe der TRC bestand darin, Vorschläge zu erarbeiten bezüglich einer Wiedergutmachung für diejenigen Menschen und ihre Angehörigen, die zwischen März 1960 und Mai 1995 Opfer von Mord, Mordversuchen, Folter oder schwerer Misshandlung geworden waren.

Mehr als 20.000 Menschen berichteten vor der TRC über die Gewalt, die ihnen angetan wurde. 1800 Personen traten öffentlich als Zeugen auf, die übrigen machten ihre Aussagen lediglich gegenüber der TRC. Im Oktober 1998 übergab die Wahrheitskommission ihren Abschlussbericht der Regierung von Präsident Mandela. Der 3500 Seiten starke Bericht dokumentiert die Umstände, unter denen die Gewalttaten verübt wurden und beschreibt die verschiedenen Verbrechen, die gegenüber der TRC zur Sprache kamen. Ebenfalls in dem Bericht enthalten sind eine Reihe von Empfehlungen, die vermeiden sollen, dass sich die Greuel der Apartheid wiederholen sowie Vorschläge für die Entschädigung der Opfer. Die Wiedergutmachungsvorschläge umfassen sowohl finanzielle wie symbolische Entschädigungen. Eine endgültige Ausarbeitung und Umsetzung der TRC-Vorschläge bleibt allerdings Aufgabe der Regierung. Der Amnestieprozess dauert über dieses Datum hinaus an. Bis Ende Mai 2000 wurden 7.114 Amnestiegesuche bei der TRC eingereicht, von denen 690 Anträge angenommen, 5.293 abgelehnt und mehr als 500 bisher noch nicht entschieden wurden⁽²⁾.

Das vorrangige Ziel von Khulumani bestand zunächst darin, den Überlebenden zu helfen, Zugang zu der TRC zu finden. Dabei war die Überzeugung leitend, dass es psychologisch hilfreich sei, Menschen zu ermutigen, über die in der Vergangenheit erlittene Gewalt zu sprechen. In einigen Gegenden wurden Leute ausgebildet, um erste Beratungsgespräche führen zu können und kleine einkommensschaffende Projekte auf-

zubauen (Nähen, Anlegen von Gemüsegärten, etc.). Die Gruppe engagierte sich außerdem in der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, damit die Opfer der Gewalt im Mittelpunkt des Wahrheitsfindungs- und Versöhnungsprozesses bleiben. Wichtigster Partner beim Aufbau der Khulumani-Gruppen war das Center for the Study of Violence and Reconciliation (CSVR) ⁽³⁾. In einer Reihe von Workshops zur Wahrheitskommission initiierten das CSVR und Mitglieder von Khulumani ein loses Netzwerk aus Selbsthilfe- und Unterstützungsgruppen in Gauteng und den angrenzenden Provinzen.

Die Entstehung von Khulumani

Die Idee zur Gründung von Khulumani entstand im Januar 1995, als eine kleine Gruppe von Überlebenden der Apartheidgewalt gemeinsam mit Vertretern des CSVR in Kapstadt öffentlichen Druck auf das Select Committee on Justice (Sonderkommission Gerechtigkeit) ausübte. Diese Protestaktion trug entscheidend dazu bei, dass die »Geheimhaltungsklauseln« aus der ersten Fassung des TRC-Gesetzes gestrichen wurden. Wäre der Gesetzesentwurf in seiner ursprünglichen Fassung verabschiedet worden, hätten alle TRC-Anhörungen hinter verschlossenen Türen stattgefunden – für die meisten Opfer eine unvorstellbare Form der Vergangenheitsbewältigung. Nach der Rückkehr nach Johannesburg und der erfolgreichen Streichung der Geheimhaltungsklauseln aus dem ursprünglichen Antrag begannen wir gemeinsam mit dem CSVR mit dem Aufbau weiterer Selbsthilfegruppen.

Wir wollten die Perspektive der Opfer an die Öffentlichkeit bringen und Einfluss auf den TRC-Gesetzgebungsprozess nehmen. Außerdem wollten wir uns gegenseitig über den TRC-Prozess informieren, gemeinsam mit anderen Opfern nach Handlungsstrategien suchen und eine Plattform schaffen, um uns über das Erlebte und unsere Traumata auszutauschen. Obwohl einige von uns dieses Bedürfnis äußerten, stand die Initiierung von Versöhnungsprozessen nicht im Vordergrund unserer Aktivitäten. Es ging uns vielmehr um die Suche nach der Wahrheit, nach der Aufklärung der Verbrechen, die an uns verübt worden waren.

Als bekannt wurde, dass Opfer politischer Gewalt sich regelmäßig trafen, gab es plötzlich regen Zulauf. Innerhalb kürzester Zeit kamen mehr als 50 Überlebende zu den Treffen. Obwohl sich das CSVR-Team jetzt auf die psycho-soziale Betreuung konzentrierte, machte es die ständig wachsende Zahl Unterstützungssuchender unmöglich, in allen Regionen Fachkräfte für die Begleitung der Treffen bereitzustellen. Das Problem war besonders in den ländlichen Gebieten gravierend, wo keinerlei psychologische Beratung angeboten werden konnte. Angesichts dieses Dilemmas beschlossen wir, Multiplikatoren auszubilden, die selbst die Gruppenprozesse begleiten konnten. So konnten wir unsere Arbeit über unseren eigenen Kreis hinausragen. Der Schwerpunkt verlagerte sich nun auf die Aufklärungsarbeit über den TRC-Prozess und darauf, die Betroffenen zu ermutigen, eigene lokale Selbsthilfegruppen zu gründen. Das CSVR-Team bot Mitarbeitern lokaler Nichtregierungsorganisationen und sozialer Einrichtungen Workshops

an, um sie zur Unterstützung Überlebender in ihrer Umgebung zu bewegen. Dadurch und durch eine weit gestreute Mundpropaganda wurde Khulumani zunehmend bekannter. Dafür gingen wir sogar in der Nachbarschaft von Tür zu Tür und verbreiteten die Nachricht über die Gründung einer neuen Selbsthilfegruppe.

Die Workshops ⁽⁴⁾ des CSVR dienten nicht der Werbung für die TRC. Ziel war vielmehr, die Arbeit mit der Kommission als eine Strategie zu nutzen, mit der Vergangenheit umzugehen. Ein typischer Workshop begann deshalb mit der Vorstellung der Teilnehmer und dem Erzählen, was den betroffenen Personen und ihren Familien widerfahren war. Danach wurde ein Video gezeigt, in dem Überlebende ihre Erfahrungen und die Vorteile einer eigenen Selbsthilfegruppe schildern. Im Anschluss diskutierten die Teilnehmer über das Video und ihre persönlichen Eindrücke. Dann folgte eine Präsentation an der Tafel, die das Mandat der TRC zusammenfasste und in eine verständliche Sprache brachte. Dabei ging es auch um konkrete Handlungsstrategien für die eigene Nachbarschaft (z.B. Was kannst du oder deine Nachbarschaft zu der Versöhnung in deinem Wohnort beitragen? Was hältst du von der TRC?). Sehr umstritten war das Thema der Amnestie. Die Workshops wurden als Forum genutzt, um solche Meinungsverschiedenheiten auszutragen. Und die Moderation seitens des CSVR unterstützte die Diskussion durch zusätzliche Informationen (z.B. über das Zustandekommen der Amnestieregelungen). Am Schluss des Workshops bekamen alle Teilnehmenden ein Handbuch in Comicform in der Sprache ihrer Wahl. Dieses Comic besteht aus drei Teilen. Der erste Teil erzählt in Text und Bildern die Geschichte einer Überlebenden, der zweite stellt eine diskutierende Gruppe Überlebender und ihre unterschiedlichen Meinungen über die TRC dar, der dritte erläutert in anschaulicher Sprache die Aufgaben und Möglichkeiten der TRC. Den Informationen über die TRC folgt die Aufforderung, eigene Gruppen in ihrer Nähe zu gründen.

Wir Gründungsmitglieder von Khulumani halfen jetzt anderen beim Aufbau eigener Gruppen. Wir stellten ein Programm mit Gedenkfeiern an allen Orten zusammen, an denen Selbsthilfegruppen entstanden waren. Diese Feierlichkeiten dienten dazu, neue Interessierte auf die Gruppen aufmerksam zu machen und waren gleichzeitig ein Zeichen der kollektiven Unterstützung der Überlebenden bei der Bewältigung der traumatischen Erlebnisse. Die Idee, sich kollektiv auszusprechen und das Schweigen zu brechen fand eine öffentliche Stimme.

Von Juni 1995 bis Juni 1998 veranstaltete das CSVR über 200 Workshops. Wir bildeten einen Entscheidungsausschuss aus Repräsentanten der einzelnen Gruppen, die sich mittlerweile in ganz Gauteng und den angrenzenden Provinzen zu einem Netzwerk verbunden hatten. Bis zu 35 Gruppen arbeiteten zur gleichen Zeit, einige von ihnen in mehr als 300 km Entfernung von Johannesburg. Während des gesamten von Khulumani und dem CSVR gemeinsam getragenen Informations- und Bildungsprozesses wurden die Gruppenmitglieder nicht müde, die Khulumani-Philosophie, das Schweigen zu brechen, zu verbreiten und andere Opfer und Überlebende zum Mitmachen zu ermutigen.

Im März 1996 richteten wir in Johannesburg ein zentrales Beratungsbüro ein, das während des TRC-Prozesses zum Lebensnerv der Khulumani-Aktivitäten wurde. Hier protokollierten wir Aussagen von Opfern, gaben Hilfesuchenden Rat und koordinierten die Aktivitäten der vielen Außenstellen. Seitens der organisierten Überlebenden wurde viel Kritik an den Kommunikationsstrukturen der TRC geäußert. Khulumani-Mitglieder machten deutlich, dass sie einen weit engeren und direkteren Kontakt mit den Opfern der Apartheid pflegten als die TRC. Das Büro funktionierte ausschließlich durch das ehrenamtliche Engagement von Überlebenden und deren Familien. Um die zunehmenden Aktivitäten des Netzwerks zu koordinieren, stellten wir im Oktober 1997 in vier Regionen erstmals Mitarbeiter ein, die einige der Informations- und Weiterbildungsarbeit des CSVR-Teams übernahmen und ein System entwickelten, Hilfesuchenden Zugang zu psychologischer und zu Rechtsberatung zu verschaffen.

Ein Netzwerk der Selbsthilfe

Khulumani entwickelte sich zu einer eigenständigen Organisation mit dem CSVR als Hauptpartner im Organisationsprozess. Von Beginn der Arbeit der Wahrheitskommission an und während des gesamten Zeitraum ihres Bestehens waren sowohl Khulumani als auch das CSVR bei allen TRC-bezogenen Aktivitäten und in den Medien vertreten. Khulumani wurde zum Sprachrohr der organisierten Überlebenden, die vor der TRC aussagten.

Gemeinsam produzierten wir zwei Videos. Das erste hieß *Khulumani: Bricht das Schweigen!* und wurde vor Beginn der TRC aufgenommen. Es zeigt die Arbeit der Selbsthilfegruppen und wurde in den Workshops benutzt, um unser Anliegen bekannt zu machen. Der Film wurde hundertfach auf lokaler und internationaler Ebene gezeigt und im nationalen südafrikanischen Fernsehen ausgestrahlt. Das zweite Video, *SisaKhuluma: Wir sprechen noch immer*, ist weniger optimistisch als das erste. Ein Jahr nach dem Beginn der Arbeit der Wahrheitskommission aufgenommen, lässt der Film zwar einige Opfer zu Wort kommen, die ihre Erleichterung nach der Aussage vor der TRC beschreiben, vermittelt aber auch die Frustration und den Zorn der Zeugen über die Amnestie. Die Sorge der Überlebenden darüber, dass der TRC-Prozess ihnen weder durch die Wahrheit noch mittels Entschädigungen wirklich hilft, kommt hier deutlich zur Sprache.

Um uns herum bildete sich schließlich ein Netzwerk solidarischer Nichtregierungsorganisationen sowohl innerhalb als auch außerhalb von Südafrika. So entstand eine NRO-Koalition, die öffentlich Entschädigungen für die Überlebenden forderte, den Abschlussbericht der Kommission kritisch kommentierte und sich aktiv gegen Vorhaben wie eine Generalamnestie nach der Beendigung des TRC-Prozesses engagierte⁽⁵⁾. Diese Koalition besteht weiterhin und kämpft noch immer für die gerechte Entschädigung der Opfer der Apartheidgewalt. Partnerschaften entstanden dann auch mit anderen Organisationen. 1997 erarbeiteten wir mit den Mehlo-Medien zusammen das Theaterstück *Die Geschichte, die ich erzählen werde*. Drei Mitglieder von Khulumani – Duma

Khumalo, Thandi Shezi und Catherine Mlangeni – spielten in dem Stück neben drei Profildarstellerinnen ⁽⁶⁾. Das Stück wurde in Nachbarschaftskreisen, Schulen, Kirchen sowie Tagungen und Seminaren in ganz Südafrika aufgeführt und schließlich auch in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden auf die Bühne gebracht.

Wie so oft in Gruppenprozessen gab es auch bei uns emotional gefestigte und weniger gefestigte Mitglieder. Ihre Mitarbeit ermöglichte die Übernahme informeller Beratungs- und Unterstützungsarbeit sowohl seitens des Büros als auch in der Nachbarschaft. Das Khulumani-Büro organisierte gemeinsam mit dem CSVr ein Trainingsprogramm für diejenigen, die sie für geeignet hielten, Grundlagen therapeutischer Betreuung zu erlernen. Die festen Mitarbeiter nahmen an einem Ausbildungsprogramm zur Traumaarbeit des CSVr teil und weitere Khulumani-Mitglieder und CSVr-Mitarbeiter besuchten Kurse anderer Organisationen. Dazu gehörten eine ganze Bandbreite methodischer Ansätze wie Opfer-Täter Mediation, Grundlagen im Gemüseanbau sowie Techniken im Fundraising.

Ein großer Erfolg unserer Arbeit bestand darin, dass die CSVr-Workshops und der Khulumani-Prozess vor allem Frauen zugute kamen. Mehr als die Hälfte der Zeugen, die vor der TRC aussagten, waren Frauen; eine Besonderheit, die sich auch in der Entwicklung des Selbsthilfenetzwerks widerspiegelte. Die Rollen und Positionen, die Frauen und Männer dabei einnahmen, unterschieden sich jedoch grundsätzlich. Während die große Mehrheit der Frauen als Angehörige und finanziell Abhängige derjenigen (überwiegend Männer) sprachen, die Menschenrechtsverletzungen am eigenen Leib erfahren hatten, sagten die Männer fast ausschließlich als unmittelbar Betroffene aus (Abschlussbericht der TRC, Band 4, Kap. 10,6). Trotzdem hat der Khulumani-Prozess vor allem Frauen befähigt, selbst das Wort zu ergreifen. Die Gruppe wird heute in der Öffentlichkeit von einer Reihe starker und redegewandter Frauen repräsentiert.

In weit geringerem Maße erreichten wir junge Leute. Die in den Workshops angesprochenen Themen (z.B. das Trauma den Ehemann oder ein Kind zu verlieren, finanzielle Schwierigkeiten, in sehr armen Gegenden eine große Familie als allein erziehende Mutter durchzubringen) und die Tatsache, dass die Gruppen oft von älteren Frauen dominiert wurden, hielten sie von der Teilnahme ab. Vielen jungen Leuten, die in der Vergangenheit sowohl als Opfer als auch als Täter an dem Konflikt beteiligt waren, fehlte in den Workshops der Bezug zu ihren aktuellen Problemen wie Arbeitslosigkeit oder sehr niedriger Bildungsstand. Für viele von ihnen war kein Sinn darin erkennbar, sich öffentlich auszusprechen. Andere junge Aktivisten standen sich durch ihren Machismus selbst im Weg und belächelten den TRC-Prozess als »Gefühlsduselei«. Hinzukam, dass der TRC-Prozess nur die Kategorien »Opfer« und »Täter« kannte. Viele waren jedoch beides zugleich. Manche waren der Ansicht, dass ihr Handeln zur Verteidigung der eigenen Community gerechtfertigt war und somit die Bezeichnung Täter auf sie auch dann nicht zutreffend sei, wenn sie an einem Mord oder Angriff beteiligt waren.

Natürlich hätten wir gerne alle Opfer erreicht, doch mussten wir unseren Aktionsradius aufgrund fehlender Mittel beschränken. Nicht alle Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen konnten einbezogen werden, schließlich traten allein 20.000 Zeugen vor die TRC. Obwohl es zahlreiche Workshops in ländlichen Gebieten gab, wurden auf Grund der hohen Kosten einer Arbeit in Hunderten von Kilometern Entfernung vom CSVR und in Gegenden ohne Telefon die meisten solcher Treffen in den Städten durchgeführt. Leider konnten einige Communities nur alle zwei Monate besucht werden. Erst 1999 konnten wir einen Mitarbeiter für die Organisationsarbeit in ländlichen Gebieten einstellen. Diese Arbeit schreitet voran, bleibt aber wegen der enormen Größe des Landes sehr schwierig.

Die aktuelle Situation

Das CSVR hat viel Zeit dafür aufgewendet, den Workshop-Prozess zu evaluieren und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Heranwachsen der Selbsthilfegruppen trotz des großen Erfolges und der Ausweitung der Khulumani-Arbeit eng mit der Skepsis der Überlebenden gegenüber dem Sinn und Zweck der Wahrheitskommission und deshalb mit der Notwendigkeit verknüpft war, Informationen über die TRC zu bekommen. Jetzt, wo die Arbeit der Kommission so gut wie beendet ist, wird diese Strategie nicht mehr greifen.

Die Communities stehen nun an dem Punkt, die Erfahrungen aus der Arbeit der TRC mit den anhaltenden ökonomischen und sozialen Problemen in Einklang bringen zu müssen. Eine Schwierigkeit, die für die allermeisten Khulumani-Mitglieder zutrifft. Auf nationaler Ebene mag die TRC dazu beigetragen haben, für Stabilität zu sorgen. Aus der Sicht vieler Khulumani-Mitglieder hat sie jedoch den Überlebenden weder geholfen, mit ihrem Schicksal fertig zu werden noch dabei, die aus der Apartheidgewalt resultierenden anhaltenden persönlichen und sozialen Probleme zu bewältigen.

Andere gesellschaftliche Gruppen wie z.B. die Weißen und die Jugendlichen müssen erst noch damit beginnen, die Vergangenheit in ihre derzeitigen Lebensumstände zu integrieren. Es bedarf eines umfassenderen Programms, das sich der Herausforderung der Versöhnung langfristig widmet. Das CSVR hat angefangen, ein solches Programm zu entwickeln und auf die verschiedenen Zielgruppen zuzuschneiden. Dieses Programm weicht von dem bisherigen, ausschließlich edukativen Ansatz ab und mündet nicht mehr in der Gründung von Khulumani-Gruppen. Das neue Programm des CSVR umfasst Methoden der Konfliktschlichtung und –bewältigung, sucht nach Strategien, um gemeinsame Anliegen ausfindig zu machen und versucht, Versöhnung konzeptionell und praktisch zu fassen. Diese langfristigen Versöhnungswrkshops beginnen in 2000 mit verschiedenen Zielgruppen (z.B. Polizei, Schulen).

Auch Khulumani hat 1999 und 2000 vornehmlich damit verbracht, sich an die veränderten Bedingungen zu gewöhnen. Im November 1999 entschieden wir uns zur Einstellung eines professionellen Administrators, um mit den wachsenden bürokrati-

schen Aufgaben fertig zu werden. Diese Person wurde auch damit betraut, ein Personalentwicklungsprogramm zu konzipieren. Daraufhin begannen die MitarbeiterInnen von Khulumani Anfang 2000 Wirtschafts- und Betriebsführungskurse zu besuchen. Im Mittelpunkt unserer Pläne steht jetzt das Thema der Entschädigungen für die Überlebenden der politischen Gewalt. Im Oktober 1999 und April 2000 organisierten wir deshalb Demonstrationen für eine schnelle Aufnahme der Entschädigungszahlungen. Die Regierung beteuert zwar ihre Bereitwilligkeit, hat aber bisher wenig konkrete Vorschläge gemacht noch mit uns verhandelt.

In der Durchführung unserer laufenden Hilfsprogramme sprechen wir jetzt auch Menschen an, die nicht den TRC-Kriterien eines »politischen Opfers« entsprechen. Besonderes Augenmerk richten wir dabei auf die »Verschwundenen«. Auch wenn diese nicht so zahlreich sind wie in anderen Ländern, die eine Periode der Gewaltherrschaft erlebten, wissen wir doch, dass solche Fälle gerade wegen ihrer langfristigen Bedeutung dokumentiert werden müssen. Das CSVr hat eine Datenbank eingerichtet, um alle Fälle von »Verschwundenen« aufzunehmen. Ebenfalls begonnen wurde ein Pilotprojekt in der Vaal-Region mit dem Ziel, sowohl Opfern der Apartheidgewalt als auch gegenwärtigen Opfern von Gewaltverbrechen zur Hilfe zu kommen. Außerdem werden in Zukunft weitere Khulumani-Mitglieder in Grundlagen der therapeutischen Beratungsarbeit ausgebildet und hoffentlich lokale Beratungszentren eröffnet.

Abschlussbemerkungen

Khulumani hat den Überlebenden über ihre Aussagen vor der TRC hinaus eine Stimme gegeben. Aus der Zusammenarbeit mit dem CSVr ging eine dynamische und anhaltende Verbindung zwischen beiden Organisationen hervor. Die vom CSVr für die Workshops benutzte Methode war partizipativ und auf die Erfahrungen und Erlebnisse der Opfer ausgerichtet. Auch Khulumani selbst arbeitet mit einem partizipativen Ansatz und dem Ziel des Empowerments. Obwohl es schwierig ist, die Wirkung der Workshops und das Engagement von Khulumani zu messen, spricht die schnelle Ausbreitung der Khulumani-Gruppen für das Gelingen dieser Arbeit. Ein weiterer Erfolgsindikator ist die enorm hohe Zahl Überlebender, die weiterhin mit Khulumani und dem CSVr in Kontakt stehen und die Organisationen als Hauptkanäle ihrer Suche nach der Wahrheit und nach Versöhnung nutzen.

Ungeachtet der Kritik vieler NROs, dass die TRC der Zivilgesellschaft keine ausreichende Unterstützung geboten hat, um den Versöhnungsprozess voranzutreiben (van der Merwe, Dewhirst & Hamber 1999), übergibt die scheidende TRC ihnen jetzt eben jene unangenehme Pflicht. Die TRC hat ihre Hauptaktivitäten beendet (abgesehen von dem Amnestie-Prozess), aber die Herausforderung, dem Versöhnungsprozess auf die Beine zu helfen, bleibt bestehen. Eine schwierige Aufgabe, denn in den Khulumani-Gruppen sind noch immer viele Überlebende der Ansicht, dass der TRC-Prozess den Tätern mehr genützt hat als den Opfern. Dies wird noch unterstrichen durch den

Umstand, dass abgesehen von einigen wenigen Notfinanzierungen noch immer keine Klarheit über die Form der langfristigen Entschädigungszahlungen besteht, obwohl die TRC ihre Empfehlungen bereits im Oktober 1998 dem Parlament übergeben hat.

Die TRC konnte den Überlebenden nicht genügen. Allein vom psychologischen Standpunkt aus betrachtet ist es unmöglich, sämtliche Formen des Schmerzes und des Verlustgefühls zu berücksichtigen. Trotzdem war es wichtig, dass wenigstens die Geschichten der Überlebenden öffentlich wurden. Sie sind damit Teil der Geschichtsschreibung geworden und können in Zukunft von niemandem geleugnet werden. Doch wird dieses positive Gefühl häufig von der Wut über den Amnestieprozess und der Enttäuschung darüber überschattet, wie lange die Entschädigungen auf sich warten lassen.

Eine Handvoll Khulumani-Mitglieder sprechen heute davon, etwas abgeschlossen zu haben. Für die meisten ist die Vergangenheit jedoch noch sehr präsent. Der Ausruf »Keine Versöhnung ohne Wahrheit« bleibt weiterhin aktuell. Diese Frustration steht in scharfem Kontrast zu der sehr positiven und hoffnungsvollen Einstellung, mit der die meisten Khulumani-Mitglieder der TRC zunächst begegneten. Einige Opfer hatten übertrieben hohe Erwartungen (z.B. eine Arbeitsstelle, Hilfe Zuhause, etc. zu bekommen), die meisten waren jedoch realistisch in ihren Ansprüchen (z.B. ärztliche Versorgung, einen Grabstein, Exhumierungen, Fortsetzung der Ermittlungen, etc.)⁽⁷⁾. Heute geht, solange die Entschädigungen nicht gezahlt werden und die Täter weiter frei herumlaufen, für viele Überlebende der Kampf weiter.

Übersetzung: Andreas Wulf

Literatur

Centre for the Study of Violence and Reconciliation & The Khulumani Support Group, (1998) *Survivors perceptions of the TRC and suggestions for the final report – Submission to the Truth and Reconciliation Commission*. Johannesburg: Centre for the Study of Violence and Reconciliation.

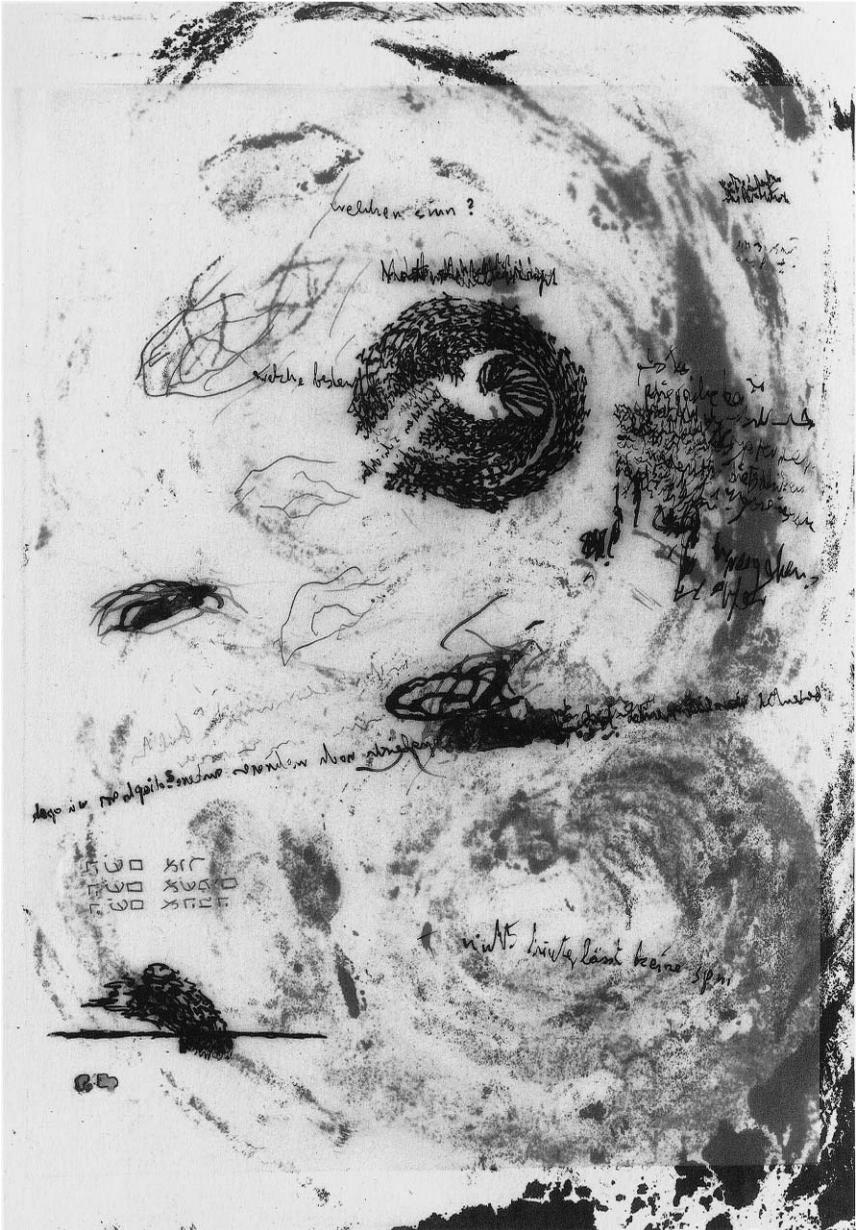
Hamber, B. & Kibble, S. (1999) *From Truth to Transformation: South Africa's Truth and Reconciliation Commission*. Briefing paper published by the Catholic Institute for International Relations (CIIR), London, U.K.

Hamber, B. & Maepa, T. (2000). Education for Reconciliation in South Africa. *Development Education Journal*, Volume 6.2, February 2000, pp.15-17.

Hamber, B., O'Malley, G. & Nageng, D. (2000). Telling it like it is. Understanding the Truth and Reconciliation Commission from the perspective of survivors. *Psychology in Society (forthcoming)*.

van der Merwe, H., Dewhirst, P. & Hamber, B. (1999) *Non-governmental organisations and the Truth and Reconciliation Commission: An impact assessment*. *Politikon*, 26(1), pp.55-79.

- (1) Für weitere Informationen über das Mandat der Wahrheitskommission siehe: Hamber & Kibble (1999). Siehe auch: <http://www.wits.ac.za/wits/csvr> für Artikel über die TRC im Internet sowie: ReconciliationNet : <http://www.reconciliation.org.za>
- (2) Die genaue Aufschlüsselung der Amnestieanträge ist recht kompliziert. Unter den Anträgen, die nicht eindeutig abgelehnt oder angenommen wurden, waren 32 Anträge, bei denen für einen Teil der Verbrechen Amnestie gewährt wurde, für andere jedoch nicht. 24 waren noch nicht geklärt, 32 lagen doppelt vor, bei 280 war die Anhörung bereits geplant, 204 wurden zurückgezogen, über 270 war noch keine Entscheidung getroffen worden, 220 standen zur nicht-öffentlichen und 67 zur öffentlichen Anhörung noch aus. Gesetzlich vorgeschrieben ist eine öffentliche Anhörung bei allen schweren Menschenrechtsverletzungen (z.B. Mord, versuchter Mord, Verschwinden lassen, Folter oder schwere Misshandlung. Bei weniger schweren Verbrechen kann ohne eine öffentliche Anhörung entschieden werden.
- (3) Das Centre for Study of Violence and Reconciliation (Forschungszentrum Gewalt & Versöhnung) ist eine 1988 gegründete Nichtregierungsorganisation, die Forschungs- und Beratungsarbeit anbietet und in den Bereichen Gewalt und Versöhnung nach Handlungsstrategien sucht. Darüber hinaus unterhält das CSVr eine »Traumaklinik« für Opfer von Gewalttaten sowie weitere Interventionsangebote im Gewaltbereich. Das Forschungszentrum ist eine der führenden Organisationen der Zivilgesellschaft (van der Merwe, Dewhirst & Hamber, 1999), die den TRC-Prozess mitgestalteten. Das Zentrum hat eine Reihe von Vergleichsstudien und Evaluierungsprojekten über den TRC- und Versöhnungsprozess durchgeführt.
- (4) Für eine ausführlichere Diskussion der CSVr-Workshops siehe: Hamber & Maepa (2000).
- (5) Siehe Presstext der NRO-Koalition unter: <http://www.wits.ac.za/csvr/press.htm>
- (6) Konzeption und Produktion des Theaterstücks: Bobby Rodwell, Regisseur: Robert Colman, Autor: Lesego Rampolokeng. Profischauspielerinnen: Ramolao Makhene, Dan Robertse und Kenneth Nkosi.
- (7) Die meisten Kommentare stammen aus Interviews mit Khulumani-Mitgliedern in: Hamber, O'Malley & Nageng, 2000.



nichts hinterläßt keine spur (1993)

Die vergessenen Jahre

Namibia wird als Modell des friedlichen Übergangs gepriesen, doch sein Versöhnungsmodell verschweigt und verdrängt die Verbrechen.

Namibia ist ein Präzedenzfall. Das Land hat Jahrzehnte der Gewalt und der Unterdrückung, der kolonialen Besetzung und des Befreiungskampfes hinter sich. Doch auch zehn Jahre nach dem Erreichen der Unabhängigkeit und der lang ersehnten Freiheit ist nur wenig geschehen, um die Wunden der Vergangenheit zu heilen. Es ist nicht gelungen, konstruktiv oder auch nur ehrlich mit den gesellschaftlichen Spaltungen umzugehen, die aus dieser Zeit herrühren.

Die lange Geschichte des Krieges

Die gegenwärtige Geschichte Namibias beginnt mit der deutschen Besetzung 1884. Die Deutschen rotteten mehr als die Hälfte der Bevölkerung des Herero- und Nama-Königreichs aus und raubten ihnen ihr Land. Dieser Prozess dauerte bis zum Ersten Weltkrieg, nach dessen Ende das Territorium als Mandatsgebiet des Völkerbunds an Südafrika übergeben wurde. 1948 führte Südafrika in dem damals als Südwestafrika bezeichneten Gebiet die Apartheid ein. Höhepunkt war die zwangsweise Vertreibung der Menschen aus den bis dahin als »schwarzes Wohngebiet« ausgewiesenen Gegenden in das neue township Katutura – den Ort, in dem wir niemals leben wollten. Den Widerstand gegen die Zwangsumsiedlungen führte die SWANU an, die erste politische Partei der Schwarzen. Während der Unruhen wurden 13 Menschen erschossen. Dies geschah 1959, ein Jahre vor dem infamen Sharpeville-Massaker in Südafrika. Jetzt begriffen die Leute, dass sie sich entweder der Apartheid unterwerfen oder für ihre Unabhängigkeit kämpfen mussten. Unausweichlich wurde die Entscheidung, als sich Südafrika weigerte, die Resolutionen der UN anzuerkennen, die Namibia den Weg in die Unabhängigkeit öffnen sollten.

Die 1960 gegründete South West African People's Organisation (SWAPO) wurde zur stärksten Kraft im bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit des Gebiets, das man jetzt Namibia nannte. Die SWAPO operierte zuerst von Sambia, später von Angola aus. Sie wurde militärisch von den sowjetisch dominierten Staaten des Ostblocks und logistisch von den meisten OAU-Staaten unterstützt. Moralische und finanzielle Unterstützung kam auch von den nordeuropäischen Staaten und natürlich von der internationalen Anti-Apartheid-Bewegung. Innerhalb des Landes engagierten sich die meisten Namibier in unterschiedlichen Formen des Widerstands und der Massenmobilisierung.

In den 70er Jahren verließen viele Namibier das Land, um sich im Exil den Reihen der Befreiungsbewegung anzuschließen. Zum Fokus der Kämpfe wurde das Ovamboland im Norden Namibias nahe der angolanischen Grenze. Die Südafrikaner begannen jetzt, immer mehr Namibier für ihren Kampf zu rekrutieren. Dies kulminierte in der Zwangsverpflichtung aller Schulabgänger zur sogenannten South West African Territory Force (SWATF). Viele Familien wurden zerrissen, Brüder mussten auf Brüder und Schwestern schießen, viele flohen ins Exil, um sich dem Kampf auf Seiten der Unterdrückten zu entziehen.

Der Norden Namibias wurde zum Kriegsgebiet, in dem die Zivilbevölkerung die Last der Gewalt zu tragen hatte. Hier wurde die Bevölkerung von den Soldaten beider Parteien angegriffen und litt all die Jahre unter einer ununterbrochenen nächtlichen Ausgangssperre. Furcht und Misstrauen breiteten sich aus. Der Rest des Landes war zwar sicherer, doch waren auch hier alle Gemeinden gespalten, weil Angehörige auf beiden Seiten der Front kämpften und sich die politische Repression überall ausgebreitet hatte. Die Apartheid sorgte dafür, dass die Weißen automatisch privilegiert waren, während die Schwarzen zu Menschen zweiter Klasse degradiert wurden. Andere Gruppen wie die sogenannten Farbigen und die Herero, die einst so mutig der deutschen Eroberung widerstanden, wurden als »Kollaborateure« oder »Verräter« abgestempelt, weil sie sich aus komplexen historischen Gründen weigerten, sich dem Kampf der SWAPO anzuschließen. Viele Geschäftsleute, Kirchenvertreter und traditionelle chiefs wurden von den Südafrikanern kooptiert. Namibia wurde zu einem geteilten Land.

Dieselben Widersprüche breiteten sich – im Inland weithin unbekannt – auch im Exil aus und führten auch hier zu wachsender Furcht, zu Misstrauen und Verdächtigungen. Es kam zu Massenverhaftungen, Folterungen und Morden seitens der SWAPO, dem sogenannten »Spy-Drama« (Spionagedrama). Aufgrund fehlender kritischer Solidarität wurde die Krise unlösbar. 1985 schlossen sich besorgte Verwandte im Parents Committee (Elternkomitee) zusammen und forderten die SWAPO-Führung, später auch die internationale Gemeinschaft auf, die Vorgänge aufzuklären und die Krise zu lösen. Nichts geschah.

Unabhängigkeit und »Versöhnung«

In den Waffenstillstandsverhandlungen des Jahres 1989 einigten sich die SWAPO, die fünf an den Verhandlungen beteiligten westlichen Länder sowie die Sowjetunion und Kuba auf einen Strafverzicht für alle während des Krieges begangenen Verbrechen. Damit sollte eine Eskalation von Vergeltungsschlägen vermieden werden. Nach den ersten freien Wahlen und seinem Regierungsantritt verkündete SWAPO-Führer und Präsident Sam Nujoma die »Politik der Nationalen Versöhnung«.

Namibia wurde als Modell für den ganzen afrikanischen Kontinent gehandelt, gepriesen wegen seiner demokratischen Verfassung und wegen des friedlichen Übergangs vom Krieg zum Frieden. Das namibische Versöhnungsmodell sollte zum Beispiel für alle

anderen Länder mit gewalttätiger Vergangenheit werden. Leider entspricht der Ruhm nicht der Wirklichkeit. Die namibische Versöhnung, von der SWAPO unter der Losung »Vergessen und vergeben!« propagiert, war leichter zu verkünden als zu verstehen oder gar umzusetzen. Führer der weißen Opposition bekennen sich noch heute stolz zu der Rolle, die sie im Kampf gegen den »SWAPO-Terrorismus« gespielt haben, die SWAPO-Führer ihrerseits beschuldigen vornehmlich die Buren noch immer der »Kollaboration mit dem Kolonialfeind«. Offizielle Verlautbarungen, die das Land zum Modell für Versöhnung erheben, vergrößern den Schmerz des größten Teils der Bevölkerung, die mit den Wunden der Vergangenheit leben muss, ohne dass die Täter ihre Verantwortung bekennen oder sich auch nur entschuldigen müssten. Mit Verbitterung müssen die Menschen zur Kenntnis nehmen, dass die Reichen und Mächtigen beider Seiten auch im neuen Regime hohe Posten und Ränge bekleiden.

Anlässlich der Unabhängigkeit entließ die SWAPO 200 der in Erdlöchern festgehaltenen Gefangenen aus dem Lager Lubango in Angola. Doch das Schicksal der Mehrheit der insgesamt etwa 2000 Gefangenen ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Vorwürfe, nach denen die meisten von ihnen erst nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands ermordet wurde, sind noch immer nicht ausgeräumt und machen die Forderung nach Aufklärung immer dringlicher. Ehemalige SWAPO-Kämpfer warten noch immer auf die versprochenen Pensionen und Erwerbsmöglichkeiten. Dorfbewohner des Nordens, die im Krieg Arme oder Beine verloren haben, deren Verwandte getötet und deren Lebensmöglichkeiten vernichtet wurden, haben weder Entschädigung noch Anerkennung erhalten.

Offiziell werden die physischen, psychischen und emotionalen Wunden, die die brutale Vergangenheit des Landes hinterlassen hat, verleugnet. Neben den wachsenden sozioökonomischen Ungleichheiten zwingt dies viele Namibier dazu, ihre Wut und ihren Schmerz zu unterdrücken. Dagegen steht die Erfahrung Südafrikas, das sich seit 1994 dem Prozess der Wahrheits- und Versöhnungskommission ausgesetzt hat, in dem viele der von allen Seiten begangenen Menschenrechtsverletzungen öffentlich anerkannt wurden. Die öffentliche und offizielle Anerkennung der Vergangenheit macht es den Opfern leichter, Hilfe für sich einzufordern. Institutionen wie das Trauma-Zentrum in Kapstadt oder das Centre for Study of Violence and Reconciliation (CSVR) in Johannesburg unterstützen die Betroffenen und kümmern sich um die Schrecken der Vergangenheit. Nichts davon in Namibia, auch 1999 nicht, dem Jahr der dritten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen seit der Unabhängigkeit.

Hinter der freundlichen Fassade der namibischen nationalen Psyche verbergen sich zahllose individuelle und kollektive Erfahrungen extremer Traumatisierung. Noch immer leben Menschen, die schon Opfer der deutschen Besatzung waren. Wer älter als zehn Jahre ist, hat sein Leben unter der Apartheid und dem südafrikanischen Kolonialismus begonnen. Wer das Land verließ, lebte unter den Unsicherheiten und Widersprüchen des Exils, die meisten davon haben Jahre an der Front gekämpft. Sie haben die Furcht und Verwirrung durchlebt, zu denen die Säuberungen in der Befreiungsbewe-

gung geführt haben, in denen Freunde und Verwandte »verschwanden«, unter dem Vorwurf der Spionage gefangen genommen und mit den übelsten Methoden gefoltert wurden. In einem privaten Gespräch gab ein SWAPO-Führer zu, dass »alle von uns Heilung brauchen. Jeder von uns wurde im Exil schwer verletzt. Es stimmt etwas nicht mit unseren Hirnen«. Nichts davon findet sich in der offiziellen Version von Realität, die die Führung verkündet und die Welt bewundert.

Schein und Sein

Die folgenden zwei Diagramme dokumentieren die unterschiedlichen Ursachen der Traumatisierungen, das ganze Spektrum organisierter Gewalt und Unterdrückung. Sie benennen zugleich die Opfer von Gewalt und Unterdrückung, denen das Breaking the Wall of Silence Movement (BWS) als Selbstorganisation der Ex-Gefangenen der SWAPO und die NGO People's Education, Assistance and Counselling for Empowerment Trust (PEACE) beizustehen versuchen. Die beiden Diagramme sind gleichsam übereinander zu lesen; Diagramm 1 nennt die in Namibia jetzt von akuter Gewalt Betroffenen, Diagramm 2 nennt »darunter« die Gewaltopfer aus der Zeit der Apartheid und des Befreiungskampfes. Nicht in jedem Fall war es uns möglich, die Anzahl der Opfer zu ermitteln; Immer aber müssen zu den Genannten die jeweils mitbetroffenen Verwandten und Freunde hinzugerechnet werden.

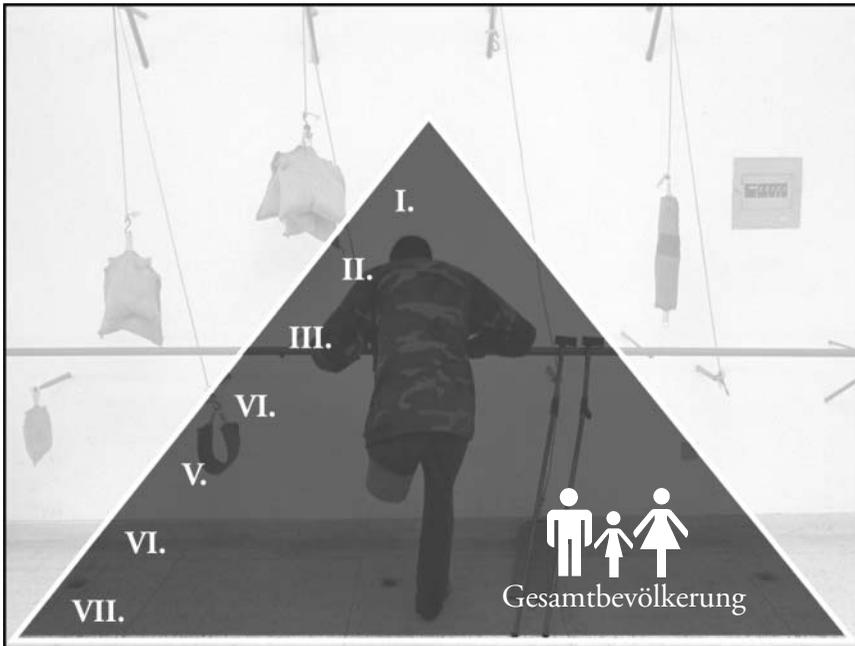
Diagramm 1:

Die Opfer von Krieg und Folter im gegenwärtigen Namibia



- I. Soldaten der regulären namibischen Armee, die aus dem Kriegseinsatz in der Demokratischen Republik Kongo zurückkehren.
- II. Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Folter während der Rebellion in der Caprivi-Provinz
- III. Flüchtlinge und Asylsuchende aus anderen afrikanischen Staaten, die sich gegenwärtig in Namibia in Lagern wie dem Osire Refugee Camp aufhalten. Geschätzte Anzahl: 4000 Personen.

Diagramm 2:
Gewaltopfer der Apartheidzeit und des Befreiungskampfes



- I. Ex-Gefangene der SWAPO. Geschätzte Anzahl: etwa 250 Personen.
- II. Folteropfer und politische Gefangene des Apartheidregimes. Geschätzte Anzahl: mehrere hundert Personen.
- III. Kriegsveteranen beider Seiten. Geschätzte Anzahl: mehrere tausend Personen.
- IV. Indigene Gemeinden wie die der San und der Himba, die während des Krieges auseinandergerissen und missbraucht wurden. Geschätzte Anzahl: mehrere tausend Personen.
- V. Personen, die nach wie vor im Exil leben, und zurückgekehrte exilierte Bevölkerungen. Geschätzte Anzahl: Zehntausende.
- VI. Zivilbevölkerung des einstigen unmittelbaren Kriegsgebietes im Norden Namibias. Geschätzte Anzahl: über 500.000 Personen.
- VII. Die Geschädigten des Apartheidregimes. Geschätzte Anzahl: Mehr oder minder die gesamte Bevölkerung. Natürlich ist diese nicht als solche Zielgruppe unserer Arbeit, doch erscheint es uns notwendig, daran zu erinnern, dass alle unsere Zielgruppen in der einen oder anderen Form Opfer der Apartheid waren und sind.

Die namibische Gesellschaft ist heute mit einem nie dagewesenen Anstieg verschiedenster Formen von Gewalt konfrontiert (Kleinkriminalität, bewaffneter Raub, häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch, Selbstmorde, Alkoholismus). Zu großer Sorge gibt darüber hinaus der kometenhafte Anstieg von AIDS-Kranken Anlass. Waren AIDS-Erkrankungen noch vor zehn Jahren unbekannt, gilt Namibia heute als das Land mit der dritthöchsten Infizierungsrate. Ohne dass exakte Statistiken vorlägen, wissen wir doch, dass in der Mehrheit unsere Zielgruppe PTSD-Symptome vorliegen.

Versuche der Heilung

Sowohl auf der individuellen wie auf der kollektiven Ebene hat jeder Heilungsprozess zwei Grundvoraussetzungen. Die eine wäre, Räume zu schaffen, in denen Menschen mit physischen und psychosozialen Problemen professionelle Hilfe zuteil werden kann. Die andere: die Erfahrungen der Opfer müssen öffentlich anerkannt werden. Sieht man von einigen wenigen, wenn auch bedeutenden Versuchen ab, gibt es im heutigen Namibia weder das eine noch das andere.

Hinsichtlich einer öffentlichen Anerkennung des erlittenen Schicksals lag die erste Initiative bei den Ex-Gefangenen der SWAPO, die den Namibian Council of Churches (NCC - Namibischer Kirchenrat) zur Vermittlung zwischen ihnen und der SWAPO aufforderten. Ein vom NCC arrangiertes Treffen endete abrupt, als der SWAPO-Führer Moses Garoeb den Raum verließ und den Anwesenden Konsequenzen drohte für den Fall, dass sie die ganze Affäre nicht auf sich beruhen ließen. Das NCC unternahm in der Folgezeit mehrere Versuche, die SWAPO zum Einlenken zu bewegen. Massive Einschüchterungen und Denunziationen waren die Folge und engen noch heute den Spielraum der Kirchen ein.

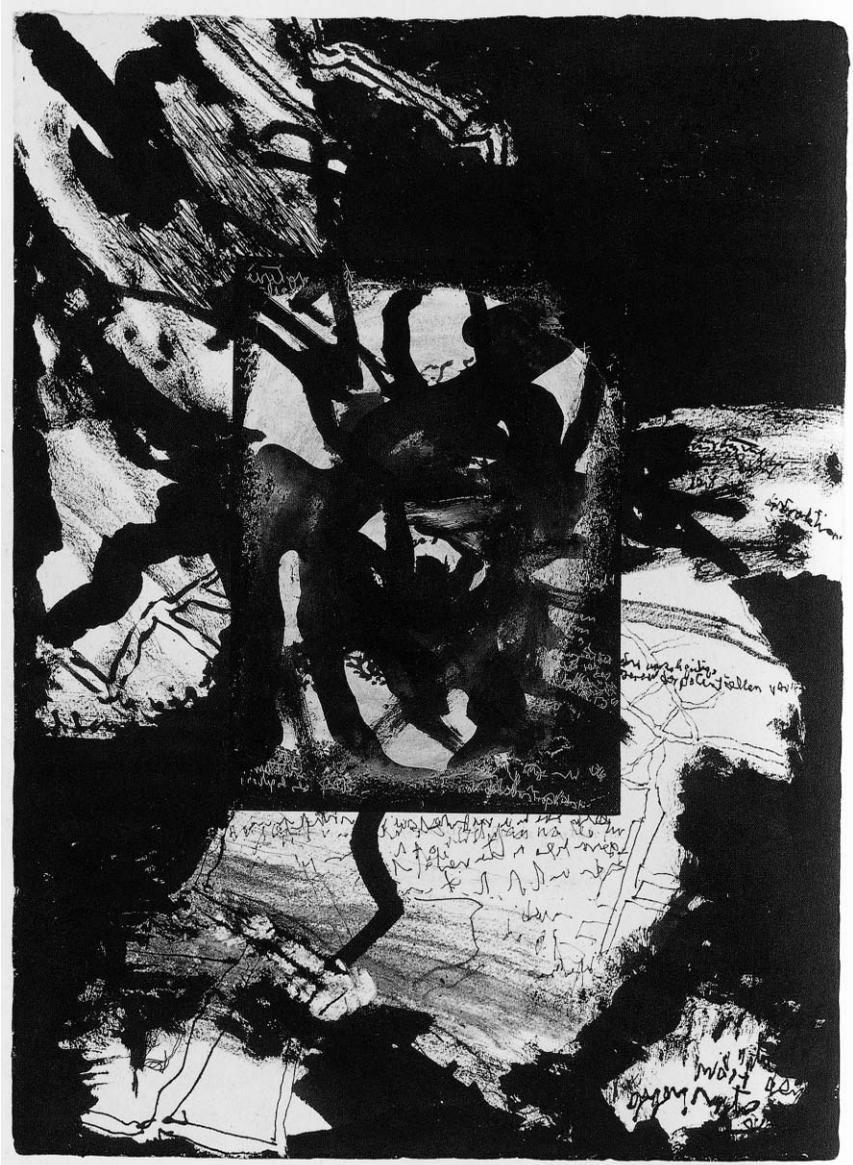
Während der Horror des namibischen Apartheidregimes vor der südafrikanischen Truth and Reconciliation Commission (TRC) wenigstens in Ansätzen zur Sprache kam, ist nur wenig von dem Unrecht enthüllt worden, das die SWAPO zu verantworten hat. Was wir davon wissen, findet sich in den Publikationen des Parents Committee, der National Society for Human Rights (NSHR) sowie den Büchern des Ex-Gefangenen Ben Motinga und der kanadischen Forscher Saul und Leys. Weitere Aufklärungen resultierten aus den parlamentarischen Interventionen der oppositionellen Abgeordneten Eric Biwa (ein Ex-Gefangener) und Moses Katjiongua, die das Internationale Komitee des Roten Kreuzes um Unterstützung baten.

1996 erschien das Buch *The Wall of Silence*, in dem der deutsche lutheranische Pastor Siegfried Groth seine persönlichen Erfahrungen mit dem Leiden der SWAPO-Opfer im Exil veröffentlichte. Die heftigen Auseinandersetzungen um das Buch und die gegen Groth gerichteten Denunziationen und Drohungen auch von Seiten des Präsidenten Nujoma führten zur Gründung des Breaking the Wall of Silence Movements (BWS), das sich seither für die Opfer einsetzt und die SWAPO unausgesetzt zur Anerkennung ihrer Verantwortung auffordert. Die SWAPO wies alle diese Forderungen zurück und denunziert das BWS als »unpatriotische« Organisation, die »Demokratie und Unabhängigkeit« unterminieren wolle.

Aus den Reihen des BWS wurde das Project for the Study of Violence and Reconciliation Trust (PSVRT) initiiert, das allen Opfern des Befreiungskampfes beistehen sollte. Das PSVRT publizierte eine ganze Reihe von Artikeln und stellte Verbindungen zu ähnlichen Einrichtungen in Südafrika her. Außerdem wurden erste Gruppenberatungssitzungen unter therapeutischer Assistenz initiiert. Mit der Unterstützung einer holländischen NGO entstand aus dem PSVRT der People's Education, Assistance

and Counselling for Empowerment Trust (PEACE). Dieser bemüht sich seither um die umfassende Dokumentation des Schicksals der Opfer des Befreiungskrieges, um deren Rehabilitation durch geeignete Formen therapeutischer Hilfe und um den Beginn eines konstruktiven öffentlichen Diskurses, dessen Ziel die Herausbildung einer Kultur der Menschenrechte und der wahrhaftigen Versöhnung ist. Dabei will PEACE sowohl den Opfern wie den Tätern in ihren Versuchen beistehen, sich der eigenen Traumatisierung und der der anderen zu stellen. Das von PEACE eingerichtete Behandlungszentrum in Windhoek ist das erste seiner Art in Namibia und bietet Basisgesundheitsdienste, therapeutische Beratung, Psycho- und Physiotherapien für Individuen, Familien und Gruppen an. In der Behandlung von SWAPO-Opfern wie SWAPO-Kämpfern ist schnell klar geworden, dass der erste Schritt im längeren Prozess der psychologischen Therapie zunächst einmal in der Garantie medizinischer Grundversorgung besteht, und zwar nicht zuletzt, um die drohende Stigmatisierung der Betroffenen als »Verrückte« abzuwehren und zu unterlaufen.

Übersetzung: Thomas Seibert



Leben in Illegalität: von unten: Wach-Situation, von oben: Schlaf-Situation (1991/92)

Ein fragmentiertes Leben

Bosnische Flüchtlinge in Deutschland: Arbeitsbericht, über eine retraumatisierende Behördenpraxis

Das Behandlungszentrum für Flüchtlinge des Frankfurter Arbeitskreises Trauma und Exil (FATRA) betreut und behandelt mit einem multiprofessionellen Team (Psychotherapeuten, Ärzte, Psychologen, Sozialarbeitern, Dolmetschern und Ethnologen) zur Zeit etwa 165 Flüchtlinge aus Bosnien. Zusätzlich haben wir im vergangenen Jahr mit aufsuchenden psychotherapeutischen Gesprächen in kosovarischen Flüchtlings-Familien und mit kunsttherapeutischen Gruppen-Angeboten für Kinder begonnen. Viele der von uns betreuten Menschen sind psychisch traumatisiert.

Bevor ich mit meinen Ausführungen zu Behandlungsmöglichkeiten für Flüchtlinge unter Abschiebungsandrohung beginne, bitte ich Sie, mir auf einen kurzen Umweg nach Lateinamerika zu folgen. Im Auftrag von medico international reiste ich 1983 zum ersten Mal nach Chile. Auf dieser Reise beeindruckte mich vor allem die Arbeit der Menschenrechtsorganisationen, die während der ganzen Zeit der Repression durch die herrschenden Militärs Öffentlichkeit herstellten und den Überlebenden der Folter und den Angehörigen von Verschwundenen und Ermordeten Unterstützung anboten.

Weder Therapeuten noch Patienten waren vor Verfolgung durch die staatlichen und parastaatlichen Organe der Diktatur geschützt. Bei meinen Besuchen und im Kontakt mit den Mitarbeitern versuchte ich zu verstehen, wie therapeutische Hilfe unter solchen Voraussetzungen trotzdem möglich ist. Ich lernte, dass es in dieser Situation notwendig war, neue Wege zu gehen, die nicht den üblichen psychotherapeutischen Konzepten entsprechen konnten. Damals hätte ich mir nicht vorstellen können, dass ich 10 Jahre später in Deutschland mit einer großen Zahl extremtraumatisierter Menschen in Kontakt kommen würde, Menschen, die am Ende des 20. Jahrhunderts mitten in Europa einer brutalen, ethnisch motivierten Vertreibung und Verfolgung entkommen waren.

Krieg, Vertreibung und Exil

Als zwischen 1992 und 1995 etwa 350.000 Flüchtlinge aus dem Krieg in Bosnien und Herzegowina in Deutschland Zuflucht suchten, fanden sich darunter viele, die Folterlager und extreme Misshandlungen überlebt hatten. Ihr Bild der Welt war völlig aus den Fugen geraten, denn es waren nicht nur unbekannte, feindliche Soldaten gewesen, die sie so gequält hatten, sondern auch ihnen bekannte Menschen, Nachbarn, manchmal sogar ehemalige Freunde.

Es hatte zunächst den Anschein, dass man in Deutschland den traumatisierten Flüchtlingen Schutz und ausreichend soziale und gesundheitliche Hilfe gewähren würde. Denn die Voraussetzungen dafür waren besser als bei vielen anderen Flüchtlingen, deren politische Verfolgung hier weder individuell noch als Gruppenverfolgung anerkannt wird und die als sog. Armutsfüchtlinge auf dem schnellsten Weg zurückgeschoben werden. Im Falle der bosnischen Flüchtlinge gab es dagegen in der deutschen Gesellschaft relativ viel Aufmerksamkeit, Verständnis und auch viel individuelle Hilfsbereitschaft. Dabei spielte die Berichterstattung der Medien eine große Rolle, die zeitweilig täglich Bilder über die Verbrechen zeigten, die sich auf dem Boden des ehemaligen Jugoslawien und insbesondere in Bosnien und Herzegowina abspielten. Darüber hinaus handelte es sich um Menschen aus einem Land, das fast jeder dritte Deutsche aus eigener Anschauung als Tourist kannte. Zudem gab es eine große Gruppe von (Arbeits-)Migranten aus dem früheren Jugoslawien in Deutschland, die Angehörige bei sich aufnehmen wollten und unterstützen konnten.

Dass man von Regierungsseite aus bereit war, für 350.000 Flüchtlinge die Grenzen zu öffnen, erscheint im Nachhinein als eine große humanitäre Geste, stellte möglicherweise aber auch nur einen Ausgleich für die unglücklichen politischen Interventionen der Europäischen Gemeinschaft und der UNO dar, die mit zu der Flüchtlingskatastrophe geführt hatten. Diese Geste war dann aber auch schon beinahe alles, was es positiv über den Umgang mit den bosnischen Flüchtlingen in Deutschland zu berichten gibt. Zwar waren die Betroffenen jetzt vor weiterer Verfolgung gerettet und mussten hier auch nicht um ihre materielle Existenz fürchten - ein Schicksal, das weitaus besser ist als das, was gleichermaßen traumatisierten Menschen beispielsweise in Angola, Mosambik oder auch in Guatemala täglich widerfährt. Doch wurden sie ausgerechnet in einem der wohlhabenden sog. »Geberländer« zu unliebsamen Objekten von Verwaltungsakten, ohne jede Sicherheit über ihre Zukunft und deshalb in einem permanenten Zustand von Angst gehalten, so dass man sagen kann, dass die Traumatisierung eigentlich bis heute nicht aufgehört hat.

In der neueren Traumaforschung wird die psychische Traumatisierung übereinstimmend nicht auf die Zeit der direkten Verfolgung beschränkt, sondern als Verlaufsprozess betrachtet, in dem nicht nur die Art und Dauer der traumatischen Situationen von Bedeutung sind, sondern auch die Bedingungen im Anschluss an die traumatisierenden Ereignisse. Je stabiler die Lebensbedingungen nach dem Ende der direkten Verfolgung sind, desto größer ist die Chance, dass die Betroffenen nicht unter chronischen und persönlichkeitsverändernden Formen fortgesetzter Traumatisierung leiden müssen.

Welchen Verlauf nehmen solche Traumatisierungen bei Menschen, die aufgrund eines über Jahre hinweg ungesicherten Rechtsstatus wiederholten Abschiebungsandrohungen durch die Behörden ausgesetzt werden? Was bedeutet die Drohung, in Verhältnisse zurückkehren zu müssen, in denen sie massiven physischen Verletzungen, Demütigungen, Quälereien und Todesängsten ausgesetzt waren und sich bis heute nicht sicher fühlen können vor den früheren Mördern?

Traumatisierung im Exil

Fast alle Patienten von FATRA kommen aus der heute so genannten Republika Srpska, einem Gebiet, in dem die ethnischen Vertreibungen besonders brutal waren, in dem fast alle Muslime vertrieben oder ermordet wurden und in das kein einziger muslimischer Flüchtling bislang für länger als ein, zwei Tage zurückkehren konnte. Die Feindseligkeit, die ihnen entgegenschlägt, auch die Furcht, als Zeuge von Menschenrechtsverbrechen von den Tätern wiedererkannt zu werden, lässt den Gedanken an eine Rückkehr in dieses Gebiet für die allermeisten zum Alptraum werden. Die vorgebliche Alternative, statt in die Republika Srpska in die Bosnische Föderation zurückzukehren, bedeutet nicht mehr, als das Heer der Flüchtlinge in Transit- und Übergangseinrichtungen zu vergrößern, in denen man als Rückkehrer aus Deutschland nicht erwünscht ist.

Schon kurz nach dem Dayton-Abkommen wurde kraft eines Regierungsbeschlusses mit der sogenannten »Rückführung« der Flüchtlinge begonnen - ein Begriff, der damals beschönigend von den Behörden in die Welt gesetzt wurde und seitdem auch gegenüber anderen Flüchtlinge als Ersatz für das hässliche Wort »Abschiebung« benutzt wird. Nach Protesten von Hilfswerken sollten traumatisierte Personen zunächst von der »Rückführung« ausgenommen werden, wenn sie sich nachweislich deswegen in ärztlicher und psychotherapeutischer Behandlung befinden würden.

Waren wir bis zu diesem Zeitpunkt einfach ein Behandlungszentrum für Flüchtlinge, wurden wir nun zu einer Instanz, die durch das Ausstellen von Attesten zur Sicherung des Aufenthaltes beitragen konnte. Seither findet die Behandlung unter Bedingungen statt, in denen nicht selten vierteljährlich der Aufenthalt des Flüchtlings durch die Ausländerbehörde in Frage gestellt wird, und Therapeut und Patient immer von neuem nachweisen müssen, dass die Traumatisierung wirklich stattgefunden hat und eine schwere gesundheitliche Störung entstanden ist. Damit nicht genug: Wir müssen ausführlich begründen, dass eine Behandlung erforderlich ist, wie lange sie noch dauern wird, bevor der Patient als gesund und damit auch rückkehrfähig zu betrachten ist, wie häufig Behandlungen stattfinden, welcher Art diese sind und warum statt der Psychotherapie nicht auch Medikamente eingesetzt werden können. Weigern wir uns, den Behörden solche weitgehenden und in die Behandlung eingreifenden Informationen zu geben, werden die Duldungen – die ohnehin gar keine »echten« Aufenthaltstitel sind, sondern lediglich der vorläufige Verzicht auf die unverzügliche Abschiebung – der Patienten nicht verlängert. Wir haben uns oft – und in einigen Punkten auch erfolgreich - dagegen zur Wehr gesetzt. Aber es bleibt natürlich die Frage, welches Missverhältnis in therapeutischen Prozessen entsteht, wenn die Patienten dermaßen vom »guten Werk« des Therapeuten abhängig sind, davon, wie stark und erfolgreich er oder sie sich gegenüber den Behörden einsetzt, wie »gut« seine, ihre Atteste sind. Dass die Behörden – einer merkwürdigen und für uns undurchschaubaren Logik folgend – bei einem ehemaligen Lagerhäftling problemlos eine Verlängerung aussprechen und sie einem anderen verweigern, der im gleichen Lager den gleichen Torturen ausgesetzt war, erklären sich manche

Flüchtlinge mit der Qualität der Atteste; mehrere Atteste von verschiedenen Ärzten scheinen da ein sicherer Garant für den weiteren Aufenthalt zu sein. Häufigere Therapiestunden müssen zwar therapeutisch nicht sinnvoll, können für die Verlängerung des Aufenthalts aber durchaus hilfreich sein.

Wussten die Flüchtlinge schon in den ersten 3 Jahren ihres Aufenthaltes nicht, was ihnen zustand und was nicht (etwa die Kostenübernahme für Psychotherapie), leben sie seit 1996 in einer Situation, in der sie aufgrund ihres völlig ungesicherten Status permanent von »Rückführung« bedroht sind. Die existenzielle Unsicherheit führt zu immer neuen Krisen. Ausschlaggebend können dabei Ereignisse in der Heimat, Gesundheitsüberprüfungen in den Ämtern, Abschiebeankündigungen oder der zeitweilige Entzug der Arbeitserlaubnis sein. Manche unserer Patienten mussten ihre Aufenthaltsgestattungen in all den Jahren bis zu 29 Mal verlängern lassen. Vielen von ihnen wurde währenddessen mehrfach mitgeteilt, dass sie demnächst zur Ausreise vorgesehen seien oder mit ihrer Festnahme durch die Polizei bzw. ihrer Abschiebung rechnen müssten, wenn sie das Land nicht »freiwillig« verlassen würden. Jedes Mal, wenn Post von der Ausländerbehörde kam oder ihre Visumsverlängerung anstand, lebten sie über Wochen in innerlichem Aufruhr. Zuletzt während des gesamten Frühjahres, nachdem die Behörden kurz vor den im März anstehenden Visaverlängerungen ankündigten, dass nun nochmals ein Teil der »zu wenig« (less) Traumatisierten das Land verlassen müsse, da es mittlerweile in Bosnien ausreichende Behandlungsmöglichkeiten für diese Gruppe gäbe: aus der Sicht aller Fachleute eine glatte Fehlinformation.

Zermürbungstaktik der deutschen Behörden

Ein Teil der Flüchtlinge hat auf Dauer – obwohl schwer traumatisiert – diesem Druck nicht standhalten können. Nur wenige sind in die Föderation zurückgegangen, eine größere Gruppe ist weitergewandert nach Amerika, Kanada und nach Australien. Die Familien sind dadurch weiter zerrissen worden, ein Teil lebt in Amerika, ein Teil bleibt in Deutschland und ein Teil lebt in Bosnien, andere Angehörige sind in Schweden, Österreich und Niederlanden. Die Flüchtlinge erleben diese Trennung als erneute Vertreibung.

Obwohl insgesamt 90% der hier aufgenommenen Bosnier aufgrund des hohen Drucks der Behörden Deutschland wieder verlassen haben, wird immer noch behauptet, dass die Anzahl der verbliebenen Menschen zu hoch sei, um ihnen den längst fälligen unbefristeten Aufenthalt zu ermöglichen. Zugleich wird behauptet, dass sich zu viele Personen wegen der Folgewirkungen eines psychischen Traumas in Behandlung seien - tatsächlich wusste bis zu Beginn diesen Jahres niemand genau, wie viele Personen sich in Behandlung begeben hatten. Inzwischen liegen Berichte von Pro Asyl vor, dass etwa 4000 Personen wegen eines behandlungsbedürftigen Traumas noch in der BRD seien. Bei FATRA können wir anhand der vielen Anfragen feststellen, dass der tatsächliche Behandlungsbedarf – zumal in der Muttersprache – viel höher ist und es kaum

adäquate Behandlungsmöglichkeiten gibt. Zugang zu psychosozialen oder psychotherapeutischen Hilfen erhielten bislang überhaupt nur die wenigen Flüchtlinge, die sich entschließen konnten, solche Hilfen aktiv aufzusuchen. Aber genau dies fällt den meisten Flüchtlingen und insbesondere den extremtraumatisierten enorm schwer. Statt dessen versuchen sie, irgendwie mit ihrer Situation zurechtzukommen und das Erlebte aus ihren Erinnerungen zu verbannen. Dabei erleben sie die Alpträume, die bedrängenden Nachhallerinnerungen und ihre Isoliertheit von anderen Menschen und vom sozialen Leben eher als individuelles Schicksal und empfinden den Gang zum Psychologen oder gar zum Psychiater als zusätzliche Beschämung.

Die drohende Abschiebung bringt viele der Flüchtlinge in eine massive Ambivalenz, einen kaum lösbaren Konflikt. Wenn sie weiter schweigen, müssen sie in das Land zurück, in dem sie Schreckliches erlebt haben und ihre Peiniger bis auf wenige Ausnahmen in Freiheit sind. Offenbaren sie ihre Erlebnisse, werden sie vielleicht weiterhin geschützt. Was geht angesichts solcher Androhung in einer Frau vor, die ihre Vergewaltiger mit Namen kennt und ihnen jederzeit wieder begegnen kann? Was in einer jungen Frau, die sich noch genau erinnert, wer ihren Vater in das Lager abgeholt hat, aus dem er nie zurückgekehrt ist, wenn man ihr lapidar mitteilt, dass nun der Krieg zu Ende sei und es für ihren Aufenthalt hier keinen Grund mehr gibt?

Den Flüchtlingen, die ihre Erlebnisse erst jetzt, in dieser zugespitzten Situation offenbaren, - will man keine Verlängerung ihrer Duldung mehr geben. Sie werden der Simulation bezichtigt oder es wird behauptet, dass sie zwar unter bestimmten Symptomen leiden, diese aber nichts mit der Verfolgungserfahrung zu tun hätten, weil »die Belastungsstörung nicht in enger zeitlicher Verbindung mit dem schädigenden Ereignis, sondern erst mehrere Jahre später und auch nur im Zusammenhang mit der drohenden Aufenthaltsbeendigung geltend gemacht wurde«. Die Beweislast liegt nun bei den behandelnden Ärzten und Psychotherapeuten. Ihre Atteste wurden und werden bis heute in Hessen von einem Gutachter im Dienste des Innenministeriums überprüft, der niemals einen der Flüchtlinge, über deren Schicksal er entscheiden muss, persönlich gesehen hat.

Besonders drastisch gehen die Behörden in Berlin vor, wo bosnische Flüchtlinge den polizeiärztlichen Diensten zur Untersuchung ihrer Traumatisierung seit längerem zum Teil zwangsvorgeführt werden. Das Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer hat 26 Untersuchungen bosnischer Flüchtlinge dokumentiert: In 25 Fällen erkannten die Polizeiarzte die Traumatisierung nicht als Abschiebehindernis an und attestierten Reisefähigkeit. Die Verfasser der Studie kommen zu dem Ergebnis, dass die gesamte Argumentation des polizeiärztlichen Dienstes allein den Zweck verfolgt, die Abschiebung durchzusetzen.

Was wir auch bei FATRA feststellen konnten und können, ist der permanente Zweifel der Behörden, ob es sich tatsächlich um traumatisierte Menschen handeln würde, ob sie denn tatsächlich krank seien. Immer wieder wird unseren Patienten gesagt, dass sie doch »nur« erlebt hatten, was im Krieg allgemein üblich ist. Die barsche Aufforderung,

nach Hause zu gehen und beim Wiederaufbau ihrer Heimat mitzuarbeiten, bringt viele unserer Patienten in Zustände größter Verzweiflung. Wir müssen immer wieder von vorn beginnen, sie in diesen Krisen zu stützen, den Suizid zu verhindern, der oftmals nur wegen der minderjährigen Kinder nicht ausgeführt wird.

Selbstverlust nach Extremtraumata

Ihre Verzweiflung ist oft auch deswegen so groß, weil sie einerseits dankbar sind gegenüber dem Land, das sie doch immerhin aufgenommen hat, aber bis heute nicht verstehen können, warum man sie gleichzeitig immer wieder so tief demütigt und ihnen die Anerkennung als Überlebende schwerer Menschenrechtsverletzungen verweigert. Es scheint ihnen so, als wäre ihr individuelles Leben aufgegangen im aufgezwungenen Kollektiv der Flüchtlinge. »Mit uns ist eine Verwandlung vorgegangen. Als wir ins Lager abgeholt wurden, hatten wir noch eine Identität, aber dort und später hier in Deutschland ging sie uns verloren«, sagte mir kürzlich ein bosnischer Patient.

In den Behandlungen erleben wir sehr deutlich das, was in der Fachliteratur als Selbstverlust nach Extremtraumata beschrieben wird. Die Biographie der Einzelnen ist fragmentiert in ein Leben vor der Katastrophe, in dem sie noch über soziale Anerkennung, einen festen Platz in der Gesellschaft, über Familie und Freunde und eine positive Selbsteinschätzung verfügten, den Bruch oder den Einschnitt, den die Verfolgung darstellt, und die Existenz im Exil, die vor allem durch den Verlust des Vertrauens in sich und andere Menschen geprägt ist. Dieses Vertrauen wieder zu stärken, ihnen als einfühlsamer Anderer bei der Erinnerung der traumatischen Erlebnisse mit allen dazu durchlebten Gefühlen zur Seite zu stehen, Trauerprozesse über die erlittenen Verluste zu ermöglichen, damit die Überlebenden sich eines Tages von den Toten verabschieden und einen neuen Lebensfaden aufnehmen können, sind Ziele in unserer Behandlung.

Ich glaube, Sie können sich aufgrund des hier Berichteten vorstellen, wie schwierig solche Prozesse unter den gegebenen Bedingungen sind. Eigentlich müsste Psychotherapie unter diesen Umständen unmöglich sein. Wenn wir unseren Patienten trotz allem Unterstützung geben können, dann vielleicht, weil wir versuchen, mit ihnen gemeinsam die komplexe und widersprüchliche Realität zu verstehen, der sie im Heimatland und hier in Deutschland ausgesetzt sind. Sie erleben, dass der Zusammenhang zwischen den historischen Ereignissen und ihrer persönlichen Geschichte immer wieder durchtrennt wird, dass ihre Erlebnisse bezweifelt und verleugnet werden, von deutschen Behörden, aber auch von der bosnischen Seite. Wir denken, es ist wichtig, das traumatische Element in einer widersprüchlichen Wirklichkeit, die auf Verleugnung und Verdrängung aufgebaut ist, zu erkennen und mit unseren Patienten zu bearbeiten. Von den chilenischen Kollegen haben wir gelernt, wie wichtig eine einlassende Bindung als therapeutische Haltung gegenüber den Patienten ist, und dass dies auch beinhaltet, keine neutrale Haltung den gesellschaftlichen Verhältnissen gegenüber zu haben, die weiter

traumatisierend wirken. Wir sind diesen Kollegen und Freunden aus Chile heute dankbar dafür, dass sie uns einen Weg aufgezeigt haben, wie unter schwierigen Bedingungen trotz allem Hilfe möglich ist.

Nachtrag

Die Überraschung im Herbst 2.000 war für uns fast ebenso groß wie für unsere Patienten. Nach vielen Jahren der Auseinandersetzung zeichnete sich eine Entscheidung der Bundesinnenminister ab, den traumatisierten Flüchtlingen aus Bosnien endlich einen dauerhaften und sicheren Aufenthalt in der Bundesrepublik zu gewähren. In diesen Jahren hatten wir uns wieder und wieder für ein Bleiberecht eingesetzt, mit öffentlichen Appellen, in vielen Briefen und in Gesprächen mit Politikern und Ministerien. Nachdem sich lange Zeit keine Veränderung der Situation erreichen ließ, hatten wir schließlich selbst keine große Hoffnung mehr, dass sich die Situation der Flüchtlinge je verbessern würde. Es schien, als ob sie nach all den Jahren, in denen sie ihr Leben nicht wirklich neu in die Hand nehmen konnten, immer verletzlicher, kränker und hoffnungsloser geworden seien. In den Psychotherapien versuchten wir, die Flüchtlinge so weit wie möglich zu stützen und zu stabilisieren. Der Einfluss der belastenden Lebensbedingungen sorgte jedoch immer wieder für akute Krisen und Stagnation. Nur wenige Tage nach der Innenminister-Konferenz konnten wir schwarz auf weiß nachlesen: „in Abkehr von der bisherigen Beschlusslage (wird) den bosnischen Kriegsflüchtlingen, die unter bürgerkriegsbedingt schweren posttraumatischen Belastungsstörungen leiden, nunmehr ein Bleiberecht auf der Grundlage des § 32 AuslG gewährt“.

Marie Rössel-Cunovic, April 2001

III.

Arbeitsansätze und Reflexionen

Gewalt über Generationen hinweg

KwaZulu Natal: Trauma-Arbeit mit Jugendlichen als Gewaltprävention in der konfliktreichsten Provinz Südafrikas

»Ereignisse, die vor langer Zeit geschehen sind, verändern uns – selbst wenn die Wunden geschlossen sind, wirkt der Schrecken fort, unheilbar, ein Leben lang«, so ein Mitglied der Mbovu-Jugendgruppe. Die Worte dieses Jugendlichen fassen sehr gut die Gefühle der Leute zusammen, die in der Mbovu-Community⁽¹⁾ im Distrikt Mbumbulu in der südafrikanischen Provinz KwaZulu-Natal leben. Im folgenden werden wir die Arbeit des *KwaZulu-Natal Programme for Survivors of Violence* (PSV) am Beispiel unserer Intervention auf diesem Gebiet beschreiben. Ausgangspunkt unserer Arbeit sind die physischen und emotionalen Auswirkungen des Apartheid-System und der Gewalt, die sich in dieser Zeit entwickelte.

Der historische und soziale Hintergrund der Konflikte

Sämtliche communities in KwaZulu-Natal sind hochgradig politisiert, zahllose Menschen wurden unmittelbar von politischer Gewalt betroffen. Die Mehrheit der neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohner wohnt in ländlichen Gebieten. Der größte Teil des Landes ist kaum entwickelt, viele Menschen sind erwerbslos und leben in extremer Armut.

Der rund 50 km von Durban entfernte Mbumbulu-Distrikt, in dem die Mbovu-community liegt, ist solch ein ländliches Gebiet. Die community wird sowohl durch *amakoshi* (traditionelle *chiefs*) als auch durch *izinduna* (gewählte Gemeinderäte) regiert, sie wurde in extremen Maß von gewalttätigen Ausschreitungen heimgesucht, die sowohl politischer wie sozialer.⁽²⁾ Natur waren. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe galt diese Gegend als eines der Zentren der Gewalt. Die Mbovu-community ist ein ausgesprochen traditionalistisches Gemeinwesen, dessen Angehörige sich hauptsächlich auf zwei untereinander verfeindete Familienclans verteilen. Mit der Zeit wurden sämtliche andere Familien in den Konflikt verwickelt und verbündeten sich mit jeweils einem der beiden großen Clans. Die community hat sich in ihren traditionellen Glaubenssystemen und Sitten gleichsam verschanzt, und obwohl die politische Gewalt nachgelassen hat, wird noch jede Festivität zum Anlass von Racheakten.

Mbovu verfügt über zwei Schulen, eine Klinik und eine Polizeistation, die noch für zwei weitere communities zuständig ist. Das Personal der Klinik, der Schulen, der Polizei

und die lokalen Priester gehören ebenfalls entweder dem einen oder dem anderen Clan an, deren untergründige Spannungen deshalb auch ihre alltäglichen Dienstleistungen bestimmen.

Die Haupteinnahmequellen der community stammen aus der Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen der Umgebung. Weil vor allem Männer den Kämpfen zum Opfer gefallen sind, werden die meisten Haushalte von Frauen geführt. Nach traditioneller Anschauung gelten trotzdem die Söhne als Oberhaupt der Familie. Sie sind für deren Verteidigung und Versorgung verantwortlich. Hatte der Vater zwei Frauen, muss der Sohn für zwei Haushalte aufkommen. Viele junge Männer ziehen deshalb als Wanderarbeiter nach Durban oder Johannesburg. Die allgemeine Armut der community wird durch diverse Konflikte um die Grenzen einzelner Ländereien noch verstärkt; das Grenzgebiet zwischen den Clans wird nicht bebaut, weil die Menschen Angst haben, getötet zu werden.

Der Konflikt der beiden Clans rührt noch aus der Zeit der Großeltern. Die eine Familie wurde der Hexerei bezichtigt, ihr wurde unterstellt, die andere mit einem Fluch belegt zu haben, der noch heute für alle Unfälle, Unglücks- und Sterbefälle, aber auch für die Erwerbslosigkeit der jungen Leute verantwortlich gemacht wird. Mittlerweile betrifft der Konflikt die Enkelkinder. Wir vom PSV arbeiten mit Angehörigen der zweiten und dritten Generation, die sich als Opfer des großelterlichen Fluches ansehen.

Annäherungsprozess an die Gemeinde

Interventionen des PSV in Gegenden wie Mbumbulu bedürfen zunächst eines vorsichtigen und gut durchdachten Annäherungsprozess an die community. In Mbovu wurden wir auf Anfrage einer Gruppe von Jugendlichen tätig, die von unserer Arbeit in anderen communities erfahren hatte. Die Jugendlichen vermittelten uns den Kontakt zu Schlüsselpersonen aus der Führung der community, mit denen wir uns berieten, bevor wir mit der eigentlichen Arbeit vor Ort begannen. Dies ist ein entscheidender Moment, kontrollieren die traditionellen *chiefs* in den ländlichen Gebieten doch sämtliche Aktivitäten.

Weil der Konflikt die community unübersehbar gespalten hatte, mussten wir uns entscheiden, ob wir zwei parallele Interventionen anbieten oder aber Angehörige beider Lager schon zu Beginn zusammenführen wollten. Wir erklärten den Leuten, dass wir aufgrund begrenzter Ressourcen erst beginnen könnten, wenn beide Seiten bereit wären zusammenzuarbeiten. Hätten wir mit einer der Gruppen begonnen, so hätte uns dies auf eine Seite des Konflikts gestellt, uns selbst gefährdet und uns um die Möglichkeit künftiger Zusammenarbeit gebracht. Deshalb stimmten die Jugendlichen unserem Vorschlag zu, auch Jugendliche des anderen Clans an der gemeinsamen Intervention zu beteiligen. Sie gingen von Tür zu Tür, erklärten das Vorhaben, warben um Beteiligung. Als genügend Jungen und Mädchen beider Lager beisammen waren, hielten wir ein gemeinsames Treffen ab, auf dem wir die Arbeit unserer Organisation erklärten, eine Liste der dringendsten Nöte und Wünsche aufstellten und weitere Beratungen verabredeten.

Im Verlauf dieses zeitaufwendigen Prozesses half das PSV den Jugendlichen bei der Bildung einer Gruppe, die sich wöchentlich in der Grundschule, d.h. an einem zentralen und neutralen Ort, traf. Unsere Mitarbeiterinnen nahmen an den wöchentlichen Sitzungen teil, stellten sich den Ansprüchen der jungen Leute und wiesen ihrerseits auf die Probleme hin, die als nächstes angegangen werden mussten. Dabei waren folgende Aspekte zu beachten:

Persönliche Entwicklung und Trauma-Arbeit

Die Idee des *personal development* fasst ein Junge aus der Mbovu-Jugendgruppe wie folgt: »Ich habe gemerkt, dass ich alle meine Gefühle blockiere, wenn ich den Schmerz blockiere, und dass mich dann nichts und niemand mehr erreicht«. Wir glauben, dass ein wesentliches Moment in der sozialen Wiederherstellung von Gemeinden, die von Gewalt betroffen sind, darin liegt, Gruppen, Familien und Individuen Räume zu öffnen, in denen sie sich ihren Gewalterfahrung stellen können. Dieser Genesungsprozess muss unabhängig von Versuchen stattfinden, die sogenannten Täter mit den sogenannten Opfern zu versöhnen, und er muss ihnen vorausgehen. Dabei gilt es, Vertrauensarbeit zu leisten, um die Wut, den Wunsch nach Rache und das Schuldgefühl zur Sprache bringen zu können.

Konfliktlösung und Friedensbildung

Ein Hauptmoment der Arbeit unserer Organisation ist die Verhinderung künftiger Gewalt durch eine gemeinwesenorientierte Konfliktlösung. Die Chance, in einer beruhigten und förderlichen Umgebung erzählen zu können, was einem widerfahren ist, dabei zu lernen, mit den eigenen Gefühlen umzugehen, trägt entscheidend zum *peace building* bei. Sobald den Beteiligten genügend Raum gewährt wird, um den entsprechende Genesungsprozess zu beginnen, können die verfeindeten Parteien in gemeinsamen Gruppen zusammengeführt werden. Wir haben festgestellt, dass nur der Einsatz für gemeinsame Ziele und eine Supervision, die die einzelnen ermutigt, über ihre Geschichte zu sprechen, der community Frieden bringen kann. Dies beginnt mit ganz praktischen und alltäglichen Situationen wie z.B. der Verwaltung einer gemeinsamen Kasse oder aber der Bereitung gemeinsamer Mahlzeiten, die den Gruppenmitgliedern die Möglichkeit geben, zueinander Vertrauen zu finden und die Sorge um den Frieden in der community zu übernehmen. Der Gruppenprozess ist Ziel und Weg zugleich und findet seine Vollendung in der Herausbildung demokratischer Formen wie z.B. einer rotierenden *leadership*.

Einkommenschaffende Projekte

Die Spannungen in der community werden durch die Not enorm verschärft: Armut heizt den Konflikt an. Die Förderung gemeinwesenorientierter einkommenschaffender Projekte fokussiert die Arbeit der Gruppe auf gemeinsame Nöte und erleichtert ein wenig die Armut, die den Konflikt verschärft. Außerdem ermutigen wir die einzelnen zum *fundraising* für die Gruppenkasse, fördern Maßnahmen zur Aus- und Weiterbildung und initiieren gemeinsame Unternehmungen, die unmittelbar Einkommen schaffen. Da aber erfolgreiche einkommenschaffende Projekte häufig dazu führen, den Teilnehmern nur die Mittel an die Hand zu geben, um aus der community fortzuziehen, konzentrieren wir uns auf Projekte zur Verbesserung der Umwelt und zur Entwicklung der community: die Abfallbeseitigung, die Verbesserung der kommunalen Wasserversorgung oder auch nur die Errichtung von Verkehrsampeln. Dieser Prozess nimmt insgesamt zwei bis drei Jahre in Anspruch. Wir unterstützen die Gruppen, bis sie ohne die ständige Begleitung durch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auskommen, dann ziehen wir uns langsam aus ihren Unternehmungen und Zusammenkünften zurück.

Trauma Workshops

Entscheidend zum Erfolg der Arbeit trägt ein viertägiger Trauma Workshop bei, den wir mit den Gruppen durchführen. Er findet an einem sicheren, neutralen Ort außerhalb der community statt. Daran nehmen etwa 20 Teilnehmer teil und er folgt einem relativ genau strukturierten Programm (siehe dazu den Original-Text in der beiliegenden CD-ROM). Der erste Abend dient dazu, Sicherheit und erstes Vertrauen zu schaffen. Die Teilnehmer bekommen Gelegenheit ihre eigene Geschichte zu erzählen. Der zweite Tag ist detaillierteren Darstellungen der traumatischen Erfahrung vorbehalten, am dritten Tag sollte der Umgang mit Wut und Rache, mit Schuld und Vergebung behandelt werden, der vierte Tag beinhaltet die Aussprache über persönliche Ziele und die Entwicklung von gemeinsamen Plänen sowie dem Austausch mit den PSV-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Trauma-Arbeit der Mbovu-Jugendgruppe

Die Jugendgruppe aus Mbovu entschloss sich, einen Trauma-Workshop durchzuführen, als wir feststellten, dass sich der Gruppenzusammenhalt nicht festigte. Die Gruppenmitglieder kamen nur in unserer Anwesenheit zusammen, niemand bereitete die Treffen vor, niemand sorgte für kleine Mahlzeiten und Erfrischungen, alles sollte von uns organisiert werden. Es kam zu keiner offenen Aussprache, die Jugendlichen sprachen in Rätseln. In einem Supervisions-Gespräch gelangten wir schließlich zu der Überzeugung, dass die Jugendlichen nur an einem sicheren Ort außerhalb der Gemeinde reden und sich gegenseitig zuhören würden. So trafen sich 25 Gruppenmitglieder aus den beiden

Clans und unterstützenden Familien. Nach dem zweiten Tag wurden die Teilnehmer aufgefordert, ihre Darstellung der eigenen Traumatisierung gemeinsam zu vertiefen. Doch die Teilnehmer weigerten sich, sich in Kleingruppen aufzuteilen. Sie konnten ihre Erfahrungen nicht miteinander teilen, weil Täter und Opfer in derselben Gruppe waren. Die Spannung war nicht zu übersehen, zuviel Schmerz, zuviel Wut war im Raum. So trennten wir die Leute zunächst doch nach ihrer Clanzugehörigkeit. Bald kamen Rachepläne zur Sprache, wir mussten erfahren, dass sich die Jugendlichen mit selbstgebastelten Gewehren, Speeren und Schlagstöcken bewaffnet hatten, und bereit waren, einander anzugreifen. Manch einer war der einzige männliche Überlebende seiner Familie, viele hatten so viel verloren, dass sie nur noch sterben wollten.

Nach diesen getrennten Sitzungen brachten wir die Leute im Plenum zusammen, damit sie ihre Befindlichkeit, ihre Stimmung vor einander artikulierten. Die beiden Lager saßen sich gegenüber ohne sich anzusehen. Sie waren erfüllt von Hass und Wut, doch zugleich bereits in der Lage, diese Gefühle zu kontrollieren. Wir sprachen das Thema von Schuld und Vergebung an. Sie antworteten, dass es unmöglich sei, jemandem zu vergeben, der einen fortgesetzt verletze. Alle aber fanden sich in einem Kreislauf der Gewalt gefangen, von dem sie jetzt verstanden, dass es dabei nicht um sie, wohl aber um ihre Eltern ging. Damit war der Anfang gemacht. Wir entschieden uns, individuelle Beratungen anzubieten, weil wir nun auch Spaltungen innerhalb der einzelnen Familien ausmachen konnten. Wir verabredeten, wöchentlich zusammenzukommen, um über Rache und Vergebung zu reden.

Die Beziehungen in der Gruppe verbesserten, das gemeinsame Gespräch vertiefte sich. Die jungen Leute begannen, gemeinsame Projekte zu organisieren und sich über ihre Eltern hinwegzusetzen, die ihnen vorwarfen, sie zu verraten. Ein Vater sagte zu seinem Sohn: »Du kannst versuchen, eine Schlange zu zähmen, aber du wirst nie ihr Herz verwandeln und sie vergessen lassen, einer Familie von Schlangen zu entstammen – sie wird stets eine Feindin der Menschen sein. Du bringst uns diese Feindin näher, damit sie uns leichter angreifen kann.« Ein paar Jugendliche hörten auf ihre Eltern und blieben der Gruppe fern, andere wiederum schlossen sich ihr enger an. Jetzt entwickelte sich das Interesse, die Eltern zu den Sitzungen einzuladen. Die Jugendlichen forderten uns auf, auch mit ihren Eltern zu arbeiten. Dies ist nun unser nächster Schritt. Wir haben bereits die Unterstützung von vier *leadern* gewonnen, einer sagte uns: »Wir begeben uns auf eine lange Reise und nichts wird uns aufhalten, unsere Bestimmung zu erfüllen, die community zusammenzubringen und die Probleme zu lösen, die uns davor zurückschrecken ließen.«

Aufgrund der Verwüstungen und Spaltungen der Apartheid-Ära und der politischen Gewalt, die KwaZulu-Natal heimsuchte, ist die Arbeit mit gewaltbetroffenen Familien notwendigerweise ein langer Prozess. Wir glauben, dass Versöhnungsinitiativen scheitern, wenn man nicht auf die verborgenen Geschichten der Vergangenheit hört, und wir glauben zugleich, dass man nicht im Schmerz steckenbleiben darf. Man muss die Verletzung, die Schuld und die Wut zügeln lernen, und dann wirklich gemeinsam

die Interessen der von der Gewalt Betroffenen herausarbeiten. Solche Interventionen dürfen die materielle Not der communities nicht ignorieren. Deshalb ist ein holistischer Ansatz unverzichtbar. Wir haben festgestellt, dass sich die Leute unserer Gegend, die verwüstender Gewalterfahrung ausgesetzt waren, jetzt mit Würde und Hoffnung erheben und dem Anderen mit Empathie begegnen können. Ist der Raum zur Genesung und zum Vorwärtstkommen gegeben, kann auch in Mbovu der Kreislauf der Gewalt unterbrochen werden. Wie einer aus unsere Gruppe neulich sagte: »Solange der Wunsch und die Inspiration zum Vorwärtstkommen nicht stärker ist als die Erinnerung an das Gewesene, wirst du nie die Macht erringen, dein Leben zu leben und deinen eigenen Zielen zu verfolgen.«

Übersetzung: Thomas Seibert

(1) Um die Bedeutungsvielfalt des 'community'-Begriffs zu erhalten, habe ich von einer Übersetzung abgesehen. 'community' meint zunächst nur die 'Gemeinde' im territorial-administrativen Sinn, dann aber auch die 'Gemeinde' im sozialen Sinn, als eine von anderen abgegrenzte besondere Gruppe, und schließlich das 'Gemeinwesen' im emphatischen, politisch-moralischen Sinn als ein der Möglichkeit nach freies und selbstbestimmtes soziales Verhältnis, das erst geschaffen, erkämpft, entwickelt werden muss. Im Gebrauch des 'community'-Begriffs und verwandter Begriffe wie 'community-work', 'community-development', 'community-organisation', 'community-based' etc. schwingen alle diese Bedeutungen mit, dasselbe gilt für den im Text deutsch verwendeten Ausdruck 'gemeinwesenorientiert'. Anm. d. Übers.

(2) Im englischen Original stehen hier die Ausdrücke 'political and factional', letzterer von 'faction', Partei- bzw. Splittergruppe, Parteienhader abgeleitet. Gemeint sind die Auseinandersetzungen zwischen den AnhängerInnen des African National Congress, denen der Inkatha Freedom Party und, natürlich, den Repressionskräften des Apartheid-Regimes. Der parteipolitische Kampf zwischen ANC und IFP entspringt zwar dem (begrenzten) Bündnis zwischen der IFP und dem Apartheid-Regime, ist jedoch zugleich durch clangesellschaftliche Strukturen bestimmt, nach denen sich die IFP zur 'Partei der Zulus' stilisierte. Die Unterschiede zwischen 'Zulus' und 'Nicht-Zulus' sind allerdings weniger ethnischer als sozialer Natur: Während der IFP im Anti-Apartheid-Kampf 'rechts' vom ANC stand, organisierte sie faktisch die Ärmsten der Armen, während der ANC tendenziell von der schwarzen Mittelklasse dominiert wird. Auf der community-Ebene führt dies bisweilen zu widersprüchlichen Fronten. Anm. d. Übers.

Chronik einer Wiederaneignung

Nicaragua: In einem Neuansiedlungsprojekt versuchen Überlebende der Mitch-Katastrophe auch die seelischen Schäden zu heilen

Wer heute nach Nicaragua fährt, reist schon längst nicht mehr ins Utopia einer möglichen Revolution in Freiheit. Nicaragua ist in fast jeder Hinsicht erschreckend normal und damit für die Öffentlichkeit weitgehend uninteressant geworden. Dürre Ziffern beschreiben diese Situation: In den vergangenen 20 Jahren hat sich die Lebenssituation der Bevölkerungsmehrheit kontinuierlich verschlechtert. Nicaraguanische Nichtregierungsorganisationen, die den Staat in vielen seiner sozialen Funktionen ersetzen, sprechen von 60 - 80 Prozent Armut im Land. Das deckt sich mit dem Platz Nicaraguas an vorletzter Stelle der lateinamerikanischen Wirtschaftsstatistik. Dahinter folgt nur noch Haiti.

Neben der strukturellen Gewalt, die aus Nicaragua ein lateinamerikanisches Armenhaus gemacht hat, ist das Land von Naturkatastrophen gebeutelt. Schon vor 500 Jahren schrieb Gonzalo Fernandez de Oviedo, Chronist der »Indien-Expedition«, die dann Amerika entdeckte: »All diese Erdbeben und Unwetter können eigentlich nur zu einer Schlussfolgerung führen: Wo die Berge, Verwerfungen und Krater zu solchen Unglücken neigen, sollten sich die Gründer neuer Siedlungen aus solcherlei Nachbarschaften entfernen.« Fernández de Oviedo konnte sich angesichts der über und über mit Nebelwald bedeckten Berge allerdings damals noch nicht vorstellen, dass schonungsloser Raubbau und Armut die Entwaldung und teilweise Versteppung riesiger Landstriche provozieren und die Wirkung der Naturunwetter um ein vielfaches potenzieren würden.

Die Nicaraguaner können ein Lied davon singen: Hurrikan »Mitch zum Beispiel«. Er löste am 30. Oktober 1998 eine der schwersten Katastrophen des 20. Jahrhunderts in Nicaragua aus, weil die Erosion durch Abholzung und die Ansiedlung von verarmten Menschen an den Berghängen die Folgen des Wirbelsturms erheblich verschärften. Infolge von »Mitch« brach am Vulkan »Casita« eine Lawine aus Schlamm und Geröll los, die an der Bergspitze nur wenige Meter breit war, aber am Fuße des Berges vier Kilometer umfasste. Sie vernichtete fünf nebeneinander liegende Dörfer. Auf kleinstem Raum starben 2.000 Menschen - Nachbarn, die sich wenigstens vom Sehen alle gegenseitig kannten. Die Überlebenden retteten sich mit nichts mehr als ihrer Kleidung auf ihrem Leib.

Die Geschichte des Casita, seiner Bewohner und seines Unglücks symbolisiert auf wenigen Quadratkilometern den Kreislauf aus Armut, struktureller Gewalt und Katastrophe, wie er nicht nur in Nicaragua alltäglich ist. Denn eigentlich stammen die Bauern aus der Ebene, die der Vulkankette vorgelagert ist. Sie ist eine der fruchtbarsten Regionen

Mittelamerikas, reich an guten Böden und ergiebigen Regenfällen. Dieser natürliche Reichtum - auch das kein Einzelfall - wurde für die meisten Bewohner zum Verhängnis. Als der Weltmarkt anfang die Geschicke Nicaraguas zu bestimmen, ließen Großgrundbesitzer mit Hilfe der Somoza-Diktatur in den 60er Jahren die Bauern der Ebene zwangsweise umsiedeln, um in riesigen Plantagen Baumwolle und später Erdnüsse anzubauen, bis der Boden fast nichts mehr hergab. So landeten viele der vertriebenen Kleinbauern an den Hängen des Casita, betrieben Subsistenzwirtschaft und schlugen Brennholz für den privaten Verbrauch dort, wo das Gelände für die Holzwirtschaft nicht zu bearbeiten war. Dabei erodierte der Hang und konnte die Lawine am 30. Oktober 1998 kein Halten mehr finden.

Die 45 jährige Psychagogin Josefina Ulloa ist Leiterin der Frauenorganisation »Maria Elena Cuadra« - kurz die Mecs genannt und kommt selbst vom Casita. Seit zwei Jahren leistet sie und ein Team der »Mecs« psychosoziale Arbeit mit Überlebenden der Katastrophe in einem Projekt von medico international. 180 Familien vom Casita haben sich dort nach einer Landbesetzung als Gemeinwesen reorganisiert und eine neue Existenz als Bauern aufgebaut. Wie die Menschen die Katastrophe erlebten, welche Traumatisierungen sie erlitten, wie sie die Ereignisse verarbeiteten und welche Rolle dabei die psychosoziale Arbeit der Mecs spielte, darum soll es in diesem Bericht gehen.

Eine Lawine und 2.000 Tote

Als Josefina Ulloa von der Lawine hörte, machte sie sich sofort zu Fuß auf, um nach ihren Angehörigen und Freunden zu sehen. Auch zwei Jahre danach erinnert sie sich daran, als wäre es gestern gewesen, wie sie die Überlebenden des Unglücks am Casita antraf: Menschen, die am ganzen Körper zitterten, viele von ihnen erstarrt und gelähmt vor Schreck, ihre Körper zerkratzt und verdreht vom Schlamm, die Kleidung zerrissen. »Sie waren zu nichts in der Lage, nicht einmal sich zu waschen«, erzählt Josefina. Ein Stück Seife habe sie hochgehalten, um damit die Überlebenden an den alltäglichen Vorgang der Körperpflege zu erinnern und sie zu den Waschräumen in den Notunterkünften zu führen. Josefina weiß, welche anderen Katastrophen die Menschen Revue passieren ließen, als sie sich mit Nichts in den Notunterkünften wiederfanden: die enttäuschten Hoffnungen in die Sandinisten, die an ihrer Armut doch nichts änderten, der Contra-Krieg, in dem manche Bauern vom Casita ihr Leben ließen, und nun dieses unvorstellbares Unglück. Die meisten verloren unzählige Angehörige und Freunde, ihr Haus, ihr kleines Stück Land. Der Erdbeben am Casita schien der Endpunkt einer Kette von Unglücken zu sein, nach denen man sich bislang immer wieder berappelt hatte. Nun aber schien das »Prinzip Anpassung« nicht mehr zu funktionieren. Die meisten Menschen, so Josefina, hatten sich und ihre Zukunft aufgegeben.

Im Angesicht des Erdrutsches

Was sich am des Tag Unglücks ereignete hat die 58jährige Mariana Gonzalez aus nächster Nähe beobachtet. In einem Kleinlaster fahren wir über holprige Wege zum früheren Dorf von Mariana, das den hoffnungsfrohen Namen »El Porvenir« (Die Zukunft) trug. Von El Porvenir ist nichts übrig geblieben. Mannshohe Büsche überwuchern das Gelände, auf dem die Häuser standen. Auch die Schlammlawine ist längst eine grüne Schneise. Die Landschaft ist seltsam bizarr, friedlich und unbewohnt. Marianas Bericht vom Schicksalstag am 30. Oktober 1998 läßt in der flirrenden Mittagshitze allerdings andere Bilder lebendig werden.

Ihr Augenzeugenbericht macht begreiflich, welche dramatischen Erfahrungen die Überlebenden bei diesem Unglück gemacht haben. Es hatte eine Ewigkeit lang geregnet. Tag und Nacht. Die Schotterwege in Porvenir am Fuß des Casita waren vollkommen aufgeweicht, dass man knöcheltief im Schlamm steckte. In solchen Zeiten verläßt ein nicaraguanischer Bauer seine Hütte nur, wenn er unbedingt muss. Auch wenn die qualvolle Enge in den mehr schlecht als recht zusammen gezimmerten Häusern aus Lehm, Palmblättern und Stöcken nicht gerade die Stimmung hebt. Aber an diesem 30. Oktober ging der Familie Gonzalez das Essen aus. Mariana weiß bis heute nicht, was sie veranlasste, acht Kinder - darunter auch Enkel Manuelito - und ihren Mann mit zum Acker auf der anderen Seite der Brücke zu nehmen, um Bananen zu holen. Die gläubigen Nicaraguaner würden es wohl als Fingerzeig Gottes interpretieren. Denn diese zehn Personen sind die einzigen der Familie Gonzalez, die den 30. Oktober überlebten.

»Als wir auf unserem Acker ankamen, hörten wir plötzlich ein seltsames Geräusch. Ein Brummen. Als käme ein ganzes Geschwader Hubschrauber, um die eingeschlossenen Menschen zu retten. Mein Mann lief zurück auf die Straße und rief uns. Die Erde bebte und die Bäume schwankten hin und her. Er hielt es für das jüngste Gericht. Mein Mann und die Kinder versteckten sich unter den Bananenstauden. Ich blieb auf der Straße. Eine Schlammlawine kam auf mich zu, die Stöcke und Steine mit sich trug. Sie war riesig, vielleicht zehn oder elf Meter hoch. Die Lawine erreichte die Brücke, über die wir kurz zuvor gegangen waren, und riß sie aus ihrer Verankerung. Es war ein seltsamer Anblick, wie die Brücke oben auf der Lawine hin und her schaukelte wie ein Wellenreiter. Ich schloß die Augen, betete zu Gott und wartete darauf, dass jeden Moment die Lawine über mir zusammenschlagen würde.« Mariana rückt ihre Baseballkappe zurecht, wirft einen Blick auf ihren Enkel Manuelito, der auf der Ladefläche des Kleinlasters sitzt und fährt fort. »Nach einigen Minuten öffnete ich die Augen, weil nichts passierte. Wenige Meter von mir entfernt bewegte sich der Schlamm hin und zurück, bis er schließlich zum Stillstand kam.« Mariana Gonzalez, ihr Mann und die acht Kinder machten sich auf, nach ihren Angehörigen zu suchen, sobald die Lawine zum Stillstand kam. Zu fliehen, die eigenen Haut zu retten, weil doch niemand wissen konnte, ob sich der Berg gleich wieder in Bewegung setzen würde, kam ihnen nicht in den Sinn. Das Bild, das sich ihnen bot, kann sich keiner vorstellen, der nicht dabei war. Kinder, Frauen,

Freunde klammerten sich an Baumstämmen und Hausresten fest. »Ungefähr 50 Menschen zogen wir aus dem Schlamm«, erzählt Mariana, ohne die Fassung zu verlieren. »Viele waren schwer verletzt, manche starben noch dort, andere im Krankenhaus. Von unserer Familie haben wir niemanden gefunden.« Mariana Gonzalez verlor drei ihrer Kinder, Nichten, Neffen, Enkel. Insgesamt 76 Familienangehörige.

In Nicaragua ist man an Katastrophen gewöhnt, sagt man. Die meisten Leute wußten, dass sie immer wieder in ihrem Leben gezwungen seien, ganz von vorn anzufangen. Dieser nonchalante Umgang mit Katastrophen und dem Schicksal des Individuums prägte die ignorante Haltung der nicaraguanische Regierung gegenüber den Mitchell-Opfern. Als sich zwei Wochen nach der Katastrophe endlich ein Regierungsvertreter in der Region blicken ließ, brachte er *einen* Sarg mit. Darin spiegelte sich die zynische Haltung der »Oberen, sagen die Überlebenden: »Einen Sarg für 2.000 Tote.« Versteckte Ignoranz verbirgt sich auch in der Haltung der Geber-Länder und ihrer Öffentlichkeiten. Denn hat man nicht den Eindruck, dass Menschen von Schicksalsschlägen nicht so schwer getroffen werden, wenn sie an derartige Unglücke gewöhnt sind? Dass der Verlust von Angehörigen dort weniger zählt, weil man mehr davon hat? Dass Kategorien von Traumatisierungen wie sie in den individualisierten westlichen Gesellschaften entwickelt wurden, auf die Folgen struktureller Gewalt und Armut dort nicht passen, wo diese Gewalt alltäglich ist? Nicht nur in Nicaragua hat man eine schicksalsergebene Art sich diese Abfolge von Katastrophen kleinzureden. Sie korrespondiert mit der Reaktion des Nordens, der diesen Ländern im Katastrophenfall zwar eine Mindestmaß an materielle Hilfe zugesteht, aber ein scharfes zwei-Klassen-System errichtet hat, wenn es um den Blick auf das Individuum und dessen Stärkung geht.

Voyeurismus im Helfergewand

Dabei kann man der internationalen Hilfe nicht vorwerfen, sie habe nicht die Zeichen der Zeit erkannt und gewähre den Menschen keinen seelischen Beistand. Sie bietet an, was der Markt hergibt: Schnelle Interventionen. Dass dabei psychologische Hilfsmaßnahmen Gefahr laufen, die Geschichte entwicklungspolitischer Fehlentwicklungen noch einmal zu wiederholen, ist die Erfahrung von Josefina Ulloa: »Nachdem das Ausmaß der Katastrophe weltweit bekannt wurde, erlebten wir in den Notunterkünften eine Invasion von Delegationen. Am einen Tag kam ein Kleinbus von UNICEF mit Karussellen und Big Macs für die Kinder. Dann wieder Busladungen von Psychologen aus Nordamerika.« Josefina Ulloa musste mitansehen, wie die Streitmacht ausländischer Helfer auf die örtlichen Gegebenheiten, auf ihre Arbeit und die ihrer Kolleginnen keinerlei Rücksicht nahm. In ihren Augen war das Voyeurismus im Helfergewand: »Es kamen viele Psychologen. Ein und diesselbe Person wurde mehrmals interviewt. Die Gespräche verfolgten keinerlei therapeutischen Zweck, sondern dienten nur dazu, die Geschichte der Überlebenden zu erfahren. Manche, die am Anfang noch einigermaßen stabil waren, wurden durch diese sinnlosen Interventionen vollkommen aufgewühlt.« Die ständige

Bewegung in den Notunterkünften erhöhte die Spannung auf ein fast unerträgliches Maß. Josefina: »Die Menschen versuchten verzweifelt, etwas über das Schicksal ihrer Angehörigen in Erfahrung zu bringen. Sie suchten in den Krankenhäusern, sie fuhren zum Berg, sie belagerten Einrichtungen von Nonnen, in denen sie ihre Kinder vermuteten. Kaum waren sie in die Unterkunft zurückgekehrt, kamen wieder fremde Spezialisten, die glaubten, dass die Menschen sich ihren Schmerz von der Seele reden mußten. Das führte zu schweren psychologischen Spannungen bei den Menschen, die doch ohnehin schon schwer traumatisiert waren.«

Wohin mit den Überlebenden

Irgendwann war der Schwarm ausländischer Helfer wieder abgezogen. Auch die dagebliebenen Hilfsorganisationen hatten sich schlußendlich darauf geeinigt, wem welche Hilfspfänger »gehörten«. Das anvisierte Hilfskonzept lautete: Landkauf, Häuserbau, Urbanisierung. Eine Rückkehr in die Katastrophenregion hatte die Regierung per Dekret verboten. Mit dem Angebot der Hilfsorganisationen könnte man, das wussten die Bauern, das »Unterkunftsproblem« lösen, aber keine Existenzperspektive aufbauen. Deshalb besetzten 250 Familien aus den Notunterkünften das Land von El Tanque, einer Finca in der Ebene, aus der ihr Großeltern einst vertrieben wurden. Unterstützt wurden sie dabei von medico international, dem Verband der Kleinbauern (UNAG) und von den nicaraguanischen Basischristen. Alle anderen Hilfsorganisationen hielten das Unterfangen für zu gefährlich und kauften lieber zu überhöhten Preisen Land, auf dem die Überlebenden zwar Häuser errichten, aber keine Landwirtschaft betreiben können.

Nüchtern betrachtet, war diese Aktion in El Tanque eigentlich zum Scheitern verurteilt. Wie sollten sich diese seelisch zutiefst erschütterte Menschen gegen alle Widerstände und Gefahren behaupten? Woher sollten sie die Kraft zum Durchhalten nehmen? Wie sollten sie Lösungen finden in einer Lage, die doch eigentlich ausweglos war? Josefina Ulloa, die mit ihrem Team, dem auch eine Psychologin angehört, zu dieser Zeit täglich auf dem besetzten Gelände war, schildert die Anfangswochen: »Die Menschen waren emotional sehr in Mitleidenschaft gezogen. Sie hatten viele psychosomatische Symptome: Schlaflosigkeit, permanenten Brechreiz, Asthma, Rückenbeschwerden. Sie lebten in Hütten aus Plastikplanen und es fehlte an allem. Vor allen Dingen an Wasser. Die Erde war ausgeblutet von den Monokulturen, die hier seit den 60er Jahren angebaut worden waren: von Baumwolle, Soja und Erdnüssen. Manche dachten, hier würde nie mehr etwas wachsen. Das fehlende Wasser brachte die Bewohner schier zum Verzweifeln. Es gab keine Bäume, nur Staub, Wind. Und Sonne. Sie schien unablässig und raubte jedem die letzte Energie. Hinzu kam die Unsicherheit, ob man ihnen das Land zugestehen oder sie doch mit Gewalt vertreiben würde. Das Selbstbewusstsein lag vollkommen danieder. Die Lebenslust schien endgültig abhanden gekommen zu sein. Keiner konnte sich vorstellen, dass er eines Tages nur irgendetwas besitzen würde. Sie fühlten sich noch schutzloser, als sie es tatsächlich waren.«

Zwei Jahre danach gibt der Ort ein ganz anderes Bild ab. Der Schlagbaum am Dorfeingang ist eigentlich immer oben. Trotzdem signalisiert er eine Grenze. Wenigstens eine imaginäre: Als bräuchte man ihn nur herunterzulassen - und schon hätte man die nicaraguanische Realität aus Armut, Neid, Korruption und Übervorteilung ausgesperrt. In El Tanque kann man Dinge beobachten, von denen einem erst langsam und später klar wird, dass sie sich von dem, was gewöhnlicher Alltag hierzulande ist, unterscheiden. Das fängt bei Äußerlichkeiten an. Die neuen Häuser mit Garten vorne und Feldern dahinter schimmern zwischen den Bananplantagen in mattem Gelb oder vorsichtigem Rot. In den Veranden hängen improvisierte Blumentöpfe aus Konservenbüchsen des Welternährungsprogramms. Und viele der Nutzgärten erinnern an die deutscher Bauernfrauen. Zwischen Gemüse und Salat wachsen Lilien und Chrysanthemen in einer Farbenpracht, wie sie nur die Subtropen gedeihen lassen. El Tanque ist ein aufgeräumtes Dorf, selbst die Gräben für die Wasserleitung, die sich entlang der beiden Straßen des Dorfes ziehen, sind so fein säuberlich ausgehoben, dass sie nichts anderes als den Eindruck von Fortschritt und Betriebsamkeit vermitteln. Die Verheißung nämlich, dass es für alle Häuser bald fließendes Wasser geben wird. Das Dorf strahlt eine Behaustheit aus, die sich wohl erklärt aus dem radikalen Verlust, den seine Bewohner erlebten. Die Gärten und Blumenbeete, der steinerne Eingang zum Rancho - dem großen überdachten Dorfplatz aus traditionellen nicaraguanischen Flechtarbeiten aus Palmblättern - all das sind Zeichen für die Rückkehr ins Leben, für einen respektvollen Umgang mit der eigenen Umwelt und mit sich selbst.

Dass gerade das sichtbar Gemeinsame so liebevoll gepflegt wird, hat mit der Überlebensgemeinschaft zu tun, die die Dorfbewohner bilden. Das hohe Maß an Selbstorganisation, wie sie El Tanque von Anbeginn an aufweist, ist Überlebenstechnik und Bewältigungsstrategie für das Unglück. Anamarín Lopez, eine Mutter von sieben Kindern, die die Landbesetzung anführte und zu den Aktivistinnen des Dorfes gehört, setzt ihren eigenen Einsatz in direkte Verbindung mit der Katastrophe. Sie habe, so sagt sie, ihr Leben geändert als sie von einem Hügel aus beobachten musste, wie ihr Dorf zerstört wurde und Freunde und Angehörige starben: »Vorher habe ich mich eigentlich nur um meine Familie gekümmert. Aber schon in der Notunterkunft habe ich mich für die eingesetzte, denen es schlechter ging als mir.«

Psychosoziale Arbeit als Wiederaufbaumaßnahme

Der Erfolg von El Tanque, das mittlerweile zum Vorzeige-Projekt der Post-Mitch-Maßnahmen avanciert ist, verdankt sich dem integralen Zusammenspiel aus Wiederaufbaumaßnahmen und psychosozialer Arbeit. Die »Mecs« waren unter der Leitung von Josefina Ulloa von Beginn an mit einem Team aus einer Psychologin, einer Ärztin und Sozialarbeiterin im Dorf tätig. Sie organisierten Workshops, in denen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vermittelt wurde, wie sie mit akuten psychischen Krisen bei sich und ihren Angehörigen umgehen können. Sie initiierten Selbsthilfegruppen, die sich zum Teil bis

heute treffen. Regelmäßig besuchten und besuchen sie die Familien des Dorfes, erst Zelt für Zelt, dann Haus für Haus. Eine Psychologin steht seit Beginn der Besiedlung von El Tanque für Einzelgespräche zur Verfügung und baut das Netz psychosozialer Promotoren auf. Diese Promotoren sollen durch die Ausbildung in die Lage versetzt werden, bei akuten psychischen Krisen einzelner Gemeindemitglieder rechtzeitig zu reagieren, aber auch Umgang und Zugang zu Problemen innerfamiliärer Gewalt zu finden.

Im Gegensatz zu anderen Post-Mitch-Projekten, in denen es zwar psychosoziale Komponenten gab, die aber selten über Erste-Hilfe-Maßnahmen für die Psyche hinausgingen, hat sich in El Tanque durchgesetzt, dass die Menschen über einen langen Zeitraum emotional gestärkt und stabilisiert werden müssen. »Nach der Landbesetzung regnete es Seminare und Fortbildungsveranstaltungen. Jeder hätte den ganzen Tag Sitzung haben können - Pro Person drei Veranstaltungen täglich«, erzählt Josefina Ulloa. Es ging darum, über Fortbildungsmaßnahmen das Selbstbewusstsein der Bewohnerinnen und Bewohner zu stärken und den Aufbau zu organisieren. Der Seminarplan sah eine Vielzahl von Themen vor. Darunter: Wie bauen wir eine funktionierende Kooperative auf? Wie lassen sich katastrophensichere Häuser bauen? Wie betreibt man auf drei Manzanas gutem Ackerboden eine intensive Landwirtschaft, die eine sechsköpfige Familie ernährt? Wie lebt und arbeitet man umweltschonend, um neuen Erosionsschäden vorzubeugen? Wie sorgt man und frau für eine Gemeindeentwicklung, in der auch für die nachfolgende Generationen z. B. durch Bildung und Gesundheit gesorgt ist? Zu diesem Reigen aus Fortbildungen und Treffen zur Selbstverständigung darüber, wie man miteinander leben möchte, gehörten auch psychosoziale Arbeitsgruppen. medico, die Vetreterung der Bewohner und die Mecs verständigten sich darauf, dass die psychosozialen Gruppen mit den anderen Seminaren gleichgesetzt werden müssten. In einer desolaten Situation der Unbehaustheit, in der man glaubte, dass man sich dringend mit überlebensnotwendigen *materiellen* Dingen beschäftigen müsste, gab man sich einem scheinbaren Luxus hin - der Auseinandersetzung mit der emotionalen Belastung und Traumatisierung durch die Katastrophe.

Durch diese ungewöhnliche Gleichrangigkeit von psychosozialen und materiellen Aufbaumaßnahmen wurden Blockaden abgebaut, die in einer durch und durch machistischen Gesellschaft gegenüber der Beschäftigung mit den offenen und verdeckten Emotionen und Rollenverständnissen zweifellos vorhanden sind. Möglicherweise war man sich über die Tragweite dieser Entscheidung nicht bewusst. Aber aus der Beschäftigung mit der Traumatisierung durch die Katastrophe entstand zunächst in vielen Familien ein anderer Umgang mit Gefühlen. In einer männlich geprägten Kultur, in der Gefühle den Küchenliedern, hysterischen Frauen und Liebesschwüren vorbehalten sind, ist die in den workshops vermittelte Erfahrung, dass man lernen muss Gefühle zu erkennen, auszusprechen und zu zeigen, bevor man mit ihnen umgehen kann, schon ein kleiner Tabubruch. In El Tanque haben manche Männer mit den Notablen des Dorfes gelernt, dass man den Verlust der Angehörigen betrauern muss und dies auch zeigen kann, wenn man einen Weg finden will, den Schmerz zu bewältigen. Wie ein Lauffeuer

verbreitete sich die Mitteilung, dass auch die Lehrerin im workshop über den Verlust ihrer Angehörigen geweint hatte. Dies war dann auch für andere die Möglichkeit, den Schmerz zu zeigen. Zugleich versuchten die Mecs in den Seminaren »Techniken des aktiven Zuhörens« zu vermitteln, die einen respektvolleren Umgang miteinander trainieren sollten. Auch hier machten viele in den Seminaren und später den Selbsthilfegruppen eine andere Erfahrung des respektvolleren Umgangs miteinander, der in »goldenen Regeln« bei jedem Seminar an die Wand geschrieben wurde. Sie bestehen in gegenseitigem *Respekt*; im *Ausredenlassen*, in der *Anwesenheitspflicht*, bis der letzte der gesprochen hat, im *Recht auf Trauer*, und im *Verbot, akute Krisen zu vertuschen* - jeder darf seine Krise ausagieren und die Gruppe hilft dem Betroffenen, sie zu bewältigen. Diese Leitsätze gelten schließlich nicht nur im Fall einer Katastrophe. »Viele hatten Hemmungen«, sagt Josefina Ulloa, »die psychosozialen Arbeitsgruppen zu besuchen.« Es schien ihnen sicherer in die anderen Veranstaltungen zu gehen, weil dort nicht über Gefühle gesprochen wurde. »Wir mussten uns deshalb sehr anstrengen, um den Menschen Sicherheit zu vermitteln und ihnen deutlich zu machen, dass wir ihren Schmerz respektierten.«

Evaluierung der psychosozialen Arbeit

Zwei Jahre nach der Katastrophe zieht eine Umfrage der Mecs über die psychosoziale Situation der Bewohner und Bewohnerinnen von El Tanque eine erste Bilanz. Danach haben die meisten mit der Errichtung des Dorfes, mit der Fertigstellung der Häuser und der ersten Ernte wieder im Leben Fuß gefasst. Das Zugehörigkeitsgefühl zur Überlebensgemeinschaft von El Tanque ist groß. Ein Zeichen nicht nur für ein funktionierendes Gemeinwesen, sondern auch dafür, dass die Katastrophe nach wie vor präsent ist. »Immer wenn es regnet, muss ich daran denken und geht es mir schlecht«, ist ein Satz, den man in El Tanque fast von jedem hören kann. In der Umfrage geben manche zu Protokoll, dass sie häufig unter Alpträumen litten. Andere wiederum erklärten, dass sie sich auf diese Träume freuten, weil sie die einzige Möglichkeit seien, ihren Familienmitgliedern wieder zu begegnen. 58 Prozent der Befragten sagen, dass sie vermeiden, Aktivitäten, Orte oder Personen zu besuchen, die sie an das Unglück erinnern. 72 Prozent der befragten Kinder geben zu Protokoll, dass sie sich häufig und ungewollt an die Ereignisse erinnern. »Es gibt«, heißt es in der Zwischenbilanz der Mecs, »eine äußerst positive Veränderung in den materiellen Lebensbedingungen der Menschen. Deshalb vergessen die Menschen nicht die Tragödie, die sich in ihrem Leben ereignet hat, aber sie können unter diesen Umständen besser mit den Folgen umgehen.« Dennoch zeigen die Zahlen, dass die Menschen nach wie vor sehr stark unter den Folgen des Unglücks leiden.

Das Dorf in der Krise

1. Der Landkonflikt

Zwei Krisen machen deutlich, wie labil die Gemeinschaft von El Tanque immer noch ist. Die erste Krise traf das Dorf zu einem Zeitpunkt, als alle noch in den selbstgezimmerten Zelten lebten. Damals verließ ein Drittel der Besetzerinnen und Besetzer El Tanque, weil sie fürchteten, die unsichere Situation nicht durchhalten zu können und jeden Anspruch auf Wohnraum und andere Hilfsleistungen zu verlieren. Das hatte die Gemeindeverwaltung von Posoltega, denen sie formal unterstellt waren, immer wieder angedroht, um die Landbesetzung zu beenden. Sie zogen wenige hundert Meter weiter in der Neuansiedlung »Santa Maria«, die ebenfalls Überlebende des Casita beherbergt. Hier werden die Kleinbauern und -bäuerinnen jedoch im Gegensatz zum Konzept in El Tanque urbanisiert. Es gibt bis auf wenige Manzanas kein Land zum Bearbeiten, und die einfachen Häuser reihen sich dicht an dicht, mit allen sozialen Folgen, die das bei bäuerlichen Großfamilien hat. Ein Jahr, nachdem Leute El Tanque verlassen hatten, riefen genau diese Nachteile erneute Streitigkeiten hervor. In El Tanque haben sich die Bewohner eine neue Existenz als Bauern aufgebaut. Nebenan in Santa Maria mussten viele illegal auf den Berg zurückkehren, um auf den Äckern, die noch zu bewirtschaften sind, wieder anzubauen. Sie leben dort unter schlechten und gefährlichen Bedingungen und haben ihr Haus in der Ebene für den »Katastrophenfall« gesichert. Eine Infrastruktur wie Verkehrsanbindung, Schulen und medizinische Versorgung wie sie zuvor wenigstens rudimentär vorhanden war, gibt es nicht mehr, seit das Land enteignet wurde. Viele leben so fast als outlaws. Demgegenüber erscheint das Leben im benachbarten El Tanque wie das Paradies. Gerade die ehemaligen Landbesetzer, die auf äußeren Druck nach Santa Maria zogen, haben nun das Gefühl, dass auch sie ein Anrecht auf einen Teil des Kuchens haben. Sie halten ein Teil des Landes von El Tanque besetzt. Dass Neid und Missgunst zwischen Armen und noch Ärmeren manch gutes, den Bedingungen angepasstes Überlebenskonzept zerstören kann, wissen auch die Bewohner von El Tanque. Ein Umgang mit diesen Konflikten haben sie bislang nicht gefunden. Hier eine Art »zivile Konfliktbearbeitung« zu betreiben wird auch Aufgabe einer psychosozialen und gemeinwesenorientierten Arbeit sein. Langfristig muss es dabei sicherlich um Konzepte gehen, durch die auch die Nachbargemeinde, deren Bewohner das Schicksal mit den Tanqueros teilen, von dem Erfolg des Dorfes profitieren können.

2. Häuserkampf

Sind Lösungsansätze im Konflikt mit den Nachbarn und Leidensgenossen (und vielfach den Verwandten) noch denkbar, so ist das zweite Krisenthema ungleich schwieriger. Die Frage des Geschlechterverhältnisses nämlich - darin spiegelt sich die fragile Lebenssituation der meisten, in der allein das Gefühl der Existenzbedrohung sehr schnell dazu führt, dass alle mühsam erarbeiteten sozialen Normen über den Haufen

geworfen werden. In El Tanque entzündete sich der Geschlechterkampf an der Frage, wer die Haustitel erhalten würde. Die Ausgangslage schien klar: die Haustitel werden auf Frau und Mann gemeinsam übertragen. Sollten Paare, die ursprünglich als Familie das Haus gebaut hatten, auseinandergehen, sollte das Haus auf die Kinder überschrieben werden. Wer die Kinder betreute, würde in dem Haus wohnen - also in der übergroßen Mehrheit der Fälle die Frauen. Bevor die Haustitel in einem feierlichen Akt übergeben wurde, entbrannte der Häuserkampf in El Tanque. Denn an den wenigen Streitfällen, die es im Dorf gab, entzündeten sich die Ängste der Männer, entbrannte ein Machtkampf, der den Frauen im Dorf zu verstehen geben sollte, dass diese Regelung das Papier nicht wert war, auf dem sie geschrieben stand. Im Laufe dieser Auseinandersetzung drohte die gesamte psychosoziale Arbeit zu scheitern, und bestand die Gefahr, dass die Mecs das Projekt verlassen müssten. Unter den Männern kursierte das Gerücht, dass die Frauenorganisation nun alle Mittel nutzen würde, um die Häuser den Frauen »zuzuschancen«. Es wurde mit Unterschriftenaktionen gegen die Mecs gedroht und die Männermacht im Dorf verhinderte, dass die Kommission tagte, die eigentlich die Problemfälle pragmatisch lösen sollte.

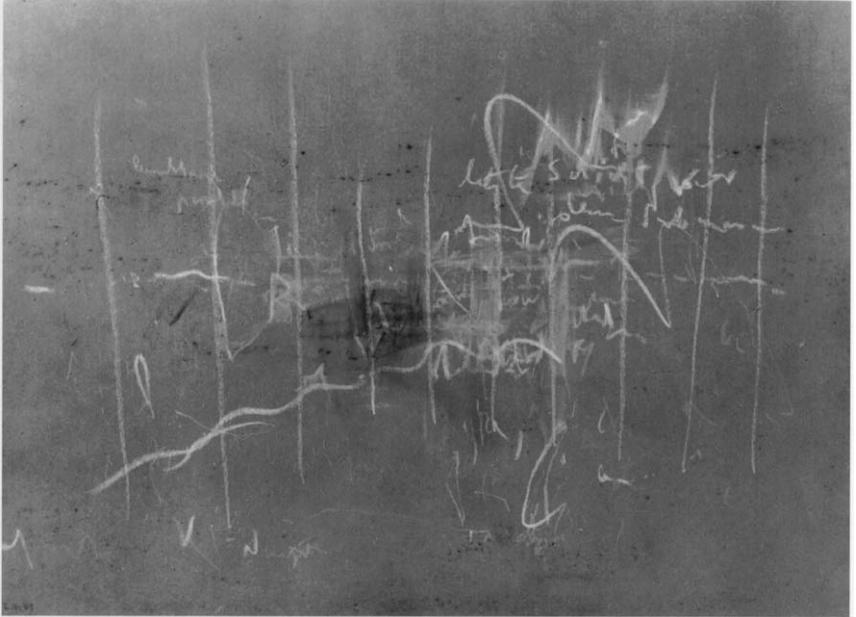
In diesem sich hinziehenden Zeitraum eskalierte der Konflikt, brodelten die Gerüchte. Erst als der Tag der Hausübergabe nahte, tagte eine neue von der Kooperative ins Leben gerufene Kommission. Unter Beobachtung aller Dorfbewohner, die sich am Zaun versammelt hatten, um alles genau zu verfolgen - »Big Brother« in Nicaragua. Auch Josefina Ulloa gehörte dieser Kommission an und hatte das Gefühl »als werde dieser Tag nie zu Ende gehen«. Alle schienen sich gegen die Frauen verschworen zu haben, auch die anderen Frauen, die sich nicht trautes für ihre Geschlechtsgenossinnen einzutreten, weil sie fürchteten, denselben Hass auf sich zu ziehen. Sie verbargen sich hinter dem Satz: »Die Mehrheit bestimmt die Meinung und ich bin mit der Mehrheit.« Niemand außer Josefina war bereit die Auflage, dass das Haus an denjenigen geht, der die Kinder betreut, zu erfüllen. »Ich hatte das Gefühl, dass alles, was wir zu Thema Geschlechterverhältnis in den workshops und Selbsthilfegruppen besprochen hatten, fruchtlos geblieben war«, so Josefina Ulloa, der heute noch die Knie zittern, wenn sie an diese Auseinandersetzungen denkt. Letztlich entschied die Kommission die Fälle, immer mit einer negativen Konnotation gegen die Frauen. Sie erhielten zwar meistens die Häuser, aber nur unter der absurden Auflage, dass sie dort nie wieder mit einem anderen Mann leben dürften. Die Realitätstüchtigkeit dieser Auflage sei dahingestellt. Der männliche Besitzanspruch blieb gewahrt. Für die psychosoziale Arbeit der MECs war dies ein einschneidendes Erlebnis. »Wir zogen uns aus diesem Konfliktfeld zurück«, so Josefina Ulloa. »Wir mussten deutlich machen, dass wir uns nicht in die private Lebensführung der Dorfbewohner einmischen wollten.«

Ein Teil dieser Konflikte erklärt sich aus der besonderen Situation der Tanqueros. Sind die Partnerschaften in den armen Familien ohnehin nicht stabil, so waren sie es hier um so weniger. In den Notunterkünften waren viele Paare aus der Not entstanden. Wer seinen Partner beim Unglück verloren hatte, suchte Trost und Beistand in neuen Be-

ziehungen. Auch in den miserablen Wohnverhältnissen nach der Landbesetzungen zerbrachen Beziehungen und entstanden neue. Der Konflikt zeigt, dass die Lebensumstände der Menschen in El Tanque nach wie vor schwierig und die Beziehungen fragil sind. Die Männermacht ist ungebrochen. Die Wogen der Aufregung haben sich mittlerweile geglättet, für die meisten Problemfälle wurden Regelungen gefunden. Doch es ist klar, dass der tiefer liegende Konflikt, die patriarchalen Strukturen und Herrschaftsansprüche, ein zentrales Thema der psychosozialen Arbeit bleiben werden.

Die Zukunft der psychosozialen Arbeit in El Tanque

Die beiden Krisen genauso wie die Umfragen über das psychische Befinden der Menschen haben deutlich gemacht, dass eine psychosoziale Begleitung im Dorf nach wie vor von zentraler Bedeutung ist, um die Gemeinschaft und die Einzelnen zu stabilisieren. Nach der großen Aufbauleistung, die die Menschen erbracht haben, kommen nun die Mühen der Ebene. Die Selbstorganisation, wie sie zum Beispiel die beiden vergangenen Jahren funktionierte, wird sich verändern. Jetzt hat jeder Besitz und beginnt, einen persönlichen Plan für sein Leben zu entwickeln mit Hilfe der Angebote, die in El Tanque gemacht werden. Aus der Überlebensgemeinschaft wird ein Gemeinwesen werden. Das wird auch die psychosoziale Arbeit verändern. In Deutschland würde man es wohl heute als »Quartiersmanagement« bezeichnen, was die Mecs nun verstärkt machen werden. Auch in den Vergangenheit haben sie immer wieder Veranstaltungen und Gespräche »events« organisiert, die die Gemeinde entwickeln und zusammenhalten sollten. Da gab es den ersten Jahrestag von Mitch, der eine denkwürdige Veranstaltung war, oder »la noche de las brujas« (die Nacht der Hexen), in der die Frauen des Dorfes das Fest zur Hausübergabe vorbereiteten, aber auch die Einsätze der Jugendlichen für den Umweltschutz, die sich immer zu kleine Ereignissen entwickelten. Nun wird sich ihre gemeinwesenorientierte psychosoziale Arbeit verstärkt um die Entwicklung eines Netzes psychosozialer Promotoren für jugendliche Erwachsene kümmern, aber auch um den nächsten großen Plan - die Alphabetisierung der Erwachsenen, von denen über 50 Prozent nicht lesen und nicht schreiben können. Diese Stärkung der einzelnen Gemeindeglieder sei, so glaubt, Josefina, der einzige Weg, um auf Dauer ein demokratisches und partizipatives Gemeinwesen zu sichern und um Instrumente zu entwickeln, mit denen Konflikte erkannt und bearbeitet werden können, bevor sie das fragile Gemeinwesen in seiner Existenz bedrohen.



Letzte Schicht vor dem Submarinen (Blatt 1, 1979)

António Eduardo

Vom Überleben im Land eines vierzigjährigen Krieges

Seit 1961 herrscht Krieg in Angola. In der Stadt Luena eingeschlossen, versuchen Menschen trotzdem einen Neuanfang.

Im folgenden werde ich zuerst auf den Krieg in Angola und seine verschiedenen Phasen Bezug nehmen. Anschließend spreche ich von den Auswirkungen des bereits seit 39 Jahren andauernden Krieges in Hinblick auf psycho-soziale Arbeit. Zum dritten werde ich von der praktischen psycho-sozialen Arbeit in Luena berichten und abschließend fragen, welche tatsächlichen und möglichen Beschränkungen der Krieg unserer sozialen Intervention auferlegt.

Der Krieg in Angola, seine verschiedenen Phasen, seine Folgen

Der erste Krieg (1961-1974) richtete sich gegen die portugiesische Kolonialmacht und führte zur Unabhängigkeit Angolas. Der zweite Krieg in der Zeit nach der Unabhängigkeit (1975-1990) war die Folge eines Streits um die Verteilung der Macht. Der dritte Krieg (1992-1994) begann nach den ersten freien Wahlen, der vierte Krieg (1998-heute) wurde durch das Scheitern des Friedensvertrages von Lusaka verursacht.

Seit 39 Jahre herrscht in Angola der Schrecken: Bomben, Minen, Waffen, Tote, Verstümmlungen, Vergewaltigungen, Zerstörungen, Beschuss von Ortschaften, Flucht und gewaltsame Vertreibung, die Trennung von Familien, Zwangsrekrutierungen, Zwangsarbeit, Folter, und in Luanda die Jagd auf Nordangolaner (am 22. Januar 1994), die mit Kongolesen aus der RDC (Ex-Zaire) verwechselt wurden. Die psychischen Spuren und Traumata sind deutlich sichtbar. Der Krieg scheint praktisch schon zur angolanschen Kultur zu gehören und auch die ständigen durch Gewalt hervorgerufenen Fluchtbewegungen der Menschen von einem Wohnort zum anderen rufen starke psychische Störungen hervor.

Die 39 Kriegsjahre haben in Angola mindestens so viel Horror und Schrecken hervorgerufen, wie Europa während der beiden Weltkriege erlebte: Verben wie »ausrotten«, »vernichten«, die in der feindlichen Propaganda so oft verwendet werden, erinnern an den Begriff des »Ausmerzens«, der in Europa verwendet wurde. Die Konzentrationslager in Europa entsprechen den Lagern in Njamba. Wie viele Massengräber gibt es im ganzen Land! Und von wie vielen wissen wir noch gar nichts.

Wir alle in Angola sind direkt oder indirekt gezeichnet. Wir bemühen uns, stark und gut gelaunt zu erscheinen. Aber wenn wir nach innen blicken, sehen wir auf dem Grund unserer Seele nur allzu genau, wie viel wir verloren und gelitten haben. Oft wissen wir

nicht wie es weitergehen soll. Wir haben das Gefühl, in einem Boot zu sitzen, dessen Zielhafen nur die Politiker kennen. Angola ist heute eines der am schlimmsten verminnten Länder der Welt und hat eine extrem hohe Anzahl von Menschen, die von Minen oder Gewehrkugeln verstümmelt wurden. Trotz seiner fruchtbaren Böden und seiner mineralischen Rohstoffe ist es von humanitärer Hilfe abhängig. Eine Vielzahl von Menschen ist in die Nachbarländer geflüchtet oder wurde innerhalb des Landes vertrieben. All diese Probleme verletzen die Seele. Wir Angolaner fühlen uns beschämt angesichts anderer Länder, deren natürliche Ressourcen nicht ein Viertel dessen betragen, was Angola besitzt.

Nach 4 Jahrzehnten Krieg ist der soziale Kontext in Angola nicht nur vom Krieg geprägt, sondern auch von den psychologischen Konflikten und Ressentiments, die für das Zusammenleben so schädlich sind. Mit anderen Worten, der Konflikt spaltet die Nation. Die Menschen haben heutzutage ein ambivalentes, konflikträchtiges Verhalten. Und der Krieg bringt Reiche und Bettler hervor, Mächtige und Bedürftige, Aggressive und Passive, Menschen mit Behinderungen und Psychopathen. Mit den Worten eines für Misereor tätigen deutschen Paters: »Angola ist ein Land, in dem einige im Luxus und andere im Müll leben.« Dazu passt dann, dass wohl situierte Regierungsmitglieder soziale Organisationen gründen, die den Armen helfen sollen, deren Elend sie zu allererst produziert haben. Kurz, der soziale Kontext ist düster und kaum beschreibbar.

Aufgrund der Intensität des Krieges, der sich vor allem im südlichen zentralen Hochland, im Süden, Südosten und Osten des Landes abspielt, und seiner Auswirkungen auf die Menschen kann man für die Nachkriegszeit jetzt schon einen inter-regionalen Konflikt voraussehen. Der aufgestaute Hass, der kein Ventil findet, die Kriegererlebnisse, die nicht verarbeitet werden können, die latente Gewaltbereitschaft, die sich im Laufe der Jahre entwickelt hat, weisen auf weitere Probleme hin, auf die sich Angola selbst nach dem Ende des Krieges einstellen muss.

Die praktische psychosoziale Arbeit in Luena, Provinz Moxico

Angesichts der Dimensionen des Problems und der traumatischen Umgebung, in der die Leute leben, muss man feststellen, dass es in Angola nur sehr wenige Menschen gibt, die sich mit der Thematik beschäftigen und etwas tun. Zu den Pionieren gehören der Christian Children's Fund (CCF) und medico international. Beide NRO werden von Spezialisten des ILAS aus Chile unterstützt, die hier ebenfalls vertreten sind.

medico international und CAPDC arbeiten in der Provinz Moxico, der größten, im Osten gelegenen angolanischen Provinz. Allein diese Provinz ist viermal so groß wie Portugal.

Moxico war die Wiege des bewaffneten Kampfes der MPLA gegen den portugiesischen Kolonialismus. Auch die UNITA wurde 1966 in dieser Provinz gegründet. Das Projekt von medico international besteht seit März 1996 und arbeitet mit »direk-

ten« (behinderten) und »indirekten« (nichtbehinderten) Kriegs- und Minenopfern. Zum Projekt gehören drei Sozialarbeiterteams, die sich besonders um die Wiedereingliederungen der Kriegsopfer in die Gemeinde kümmern. Die NRO Vietnam Veterans of America Foundation (VVAFA) leistet die physische Rehabilitation.

Seit 1. Januar 2000 ist CAPDC die implementierende NRO für das von medico initiierte Gemeinderehabilitierungsprogramm. Die Minenopfer sind die wichtigste Zielgruppe, aber aufgrund der Dynamik der Sozialarbeit mit und für die Behinderten werden auch die Familienangehörigen, Nachbarn und die ganze Gemeinde einbezogen.

Im August und September 1996 wurde eine Umfrage über die Situation der Behinderten durchgeführt. Auf der Grundlage der Ergebnisse wurde eine Datenbank erstellt, die jetzt das Gemeindezentrum für Rehabilitation (CRC) benutzt. Bis zum 25. März dieses Jahres waren 738 Amputierte registriert worden, von denen 179 (24,3%) Frauen und 559 (75,7%) Männer waren. 430 Personen (79 Frauen und 352 Männern) wurde der Unterschenkel amputiert, 267 Personen (90 Frauen und 177 Männern) wurde das Bein über dem Knie abgenommen. Bei 14 Personen (6 Frauen, 8 Männer) mussten beide Beine amputiert werden. 11 Personen (2 Frauen, 9 Männer) verloren einen Arm. Außerdem gibt es noch Menschen, deren Fuß oder Zunge verletzt wurde.

Für die zielgerichtete Arbeit mit den Amputierten wurde das Team »Njango« gegründet. Traditionell ist der Njango eine an den Seiten offene Rundhütte, in der die traditionellen Chefs zusammenkommen, um die Gemeindeangelegenheiten zu besprechen. Allerdings versammeln sich dort nur die Männer, die Frauen müssen in der Umgebung Platz nehmen, auch dann, wenn sie selbst Autorität ausüben. In unserer Arbeit kommt dem Njango die Rolle eines sozialen Treffpunkts zu, in dem die Menschen die Möglichkeiten haben, in Gesprächen, Vorträgen, zu selbst gewählten Gesprächsthemen oder in Einzelsitzungen ihre Gefühle auszudrücken und loszuwerden. Im Unterschied zum traditionellen Njango sind die Geschlechter bei uns gleichberechtigt, weil Frauen und Männer in gleicher Weise die Chance haben, sich auszusprechen und ihre Erfahrungen austauschen.

Im Zentrum hat das »Njango«-Team die Aufgabe, die Minenopfer zu registrieren, sie bei der Physiotherapie einzuführen und die Prothesenherstellung in der Prothesenwerkstatt einzuleiten. Dazu kommen Krankenhausbesuche bei Menschen, die gerade Opfer von Minenunfällen wurden und die gemeindegestützte Begleitung nach der Herstellung der Prothese.

Die Sozialarbeiter beschreiben die Phasen, die ein Minenopfer in seiner Therapie durchläuft, als Abfolge von Schock, Unglauben, Wut, Trauer, Abkehr, Reorganisation und Akzeptanz.

Jeder, der mit einer fürchterlichen Situation konfrontiert wird, bekommt einen mehr oder weniger starken Schock. Wenn wir Minenopfer im Krankenhaus besuchen, verstehen wir, wie durcheinander sie sind, dass sie es nicht glauben können, einen Unfall gehabt zu haben, von nun an körperlich behindert zu sein. Wir verstehen, dass sie verzweifelt sind und am liebsten sterben wollten.

Es ist schwierig, Aussagen über die Dauer dieser Phase zu machen, aber wir haben festgestellt, dass die ersten drei Monate nach dem Unfall eine extrem wichtige Zeit für das »neue« Opfer sind. In dieser Zeit wechseln ihre Gefühle von der Verstörtheit, den Selbstzweifeln zu Ärger, Schuldgefühlen oder Schuldzuweisungen, Unsicherheitsgefühlen und Desorientierungen.

Auf diese Gefühle folgt die Phase des Trübsinns, der Schwermut. Wir arbeiten mit Menschen, die uns sagen, sie fühlten sich innerhalb der Familie »wie ein Nichts«, wie jemand, der schon nicht mehr lebt und jede Selbstachtung verloren hat. Andere, vor allem diejenigen, die in der Armee gedient haben, fühlen sich missbraucht, als Objekt eines anderen, dessen Ziele und Interessen sie nicht kennen. Wieder andere fühlen sich als »Mitleidsobjekt der Gesellschaft, als ob wir von einem anderen Stern kämen«, fühlen sich beobachtet, genau gemustert von fremden Leuten, die die Behinderung sehen wollen. Wieder andere fühlen sich als »Objekt der Veränderungen«, weil ihr Leben gewaltsam auf den Kopf gestellt wird, damit sie sich physisch und mental wieder an die Gesellschaft anpassen.

Oft führen diese Gefühle zur Abkehr, zum Rückzug aus dem gewöhnlichen mitmenschlichen Zusammensein, und die Menschen suchen dann oft Zuflucht im Alkohol, Tabak oder Drogenkonsum. Oft trennen sich Ehepaare wegen der Behinderung, der behinderte Mensch wird zurückgewiesen oder marginalisiert. Im nationalen angolanischen Radio wurde Ende März zum Beispiel der folgende Fall berichtet: ein sehbehinderter Mann hatte sich verlobt und die Hochzeit festgesetzt. Alles war vorbereitet, aber am Hochzeitstag kamen weder die Standesbeamtin noch die Familie der Braut.

Wir fördern die gesellschaftliche Integration der Behinderten, indem wir Treffen mit den lokalen Autoritäten organisieren, Hausbesuche machen, sportliche Aktivitäten initiieren und den Leuten durch Kleinstprojekte helfen. Wir unterstützen sie z.B. beim Hausbau, helfen bei der Kleintierzucht oder durch konkrete Einzelmaßnahmen, mit denen ein spezifischer Bedarf gedeckt werden kann.

Das »Njango«-Team arbeitet in den Gemeinden mit zwei weiteren Teams zusammen. Wir nutzen Gemeindearbeitstechniken, um die Familien, die Nachbarschaft und die Gemeinde als ganze in Aktivitäten einzubinden, die lokal zu konkreten Verbesserungen führen. Die Diskussionen über die Probleme der Menschen und die gemeinsame Suche nach Lösungen sind angesichts eines sehr instabilen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Kontexts eine mühevollen Aufgaben.

Die Arbeit mit den Menschen auf dem Land ist einfacher als die in der Stadt. Wir beobachten einen beträchtlichen Unterschied zwischen den Menschen, die in der Stadt leben und denen, die auf dem Land leben. In der Stadt haben die Menschen eine ausgeprägte Erwartungshaltung, stellen Ansprüche an die Hilfe. Die Menschen auf dem Land sind selber viel aktiver.

Innerhalb der Gemeinden sind die psychischen Narben der Leute sehr deutlich. Die Mehrheit der Menschen leben von der Landwirtschaft, aber die Felder sind vermint. Wenn sie einfach zu Hause bleiben und nichts tun, verhungern sie. Wenn sie aufs Feld

gehen gibt es zwei Möglichkeiten: entweder sie kommen heil nach Hause oder sie verlieren eine Gliedmaß oder sterben sogar. Die Mehrheit entscheidet sich für den Hunger, der dann auch ihre Kinder trifft. Diejenigen, die keine andere Wahl haben, um sich über Wasser zu halten, riskieren immer, Beine oder Arme zu verlieren oder bei einem Minenunfall zu sterben.

Die Teams versuchen, die Menschen auf der Basis der lokalen Realität zu unterstützen und zwar nicht nur die Behinderten (die direkten Minenopfer), sondern auch die Nichtbehinderten (indirekte Minenopfer). Alternative Überlebensemöglichkeiten sollen durch die Förderung einkommensschaffender Mikroprojekte gewonnen werden. Auch wenn die sichtbaren Auswirkungen auf das Familieneinkommen angesichts der hohen Lebenshaltungskosten begrenzt sind, spielen diese Aktivitäten eine wichtige Rolle für die Steigerung des Selbstwertgefühls des Einzelnen und seiner Familie. Zusammen mit Nichtbehinderten treiben die Minenopfer Sport, was ebenfalls zur Steigerung des Selbstwertgefühls beiträgt. Es entstehen lokale Initiativen, die zwar im Moment die vielfältigen wirtschaftlichen Probleme der Bevölkerung nicht überwinden können, aber für die Veränderungen im Bewusstsein der Leute sehr wichtig sind. Die Menschen fangen an zu begreifen, dass sie selbst, die Familien, die Gemeinde Einkommen erwirtschaften können und müssen.

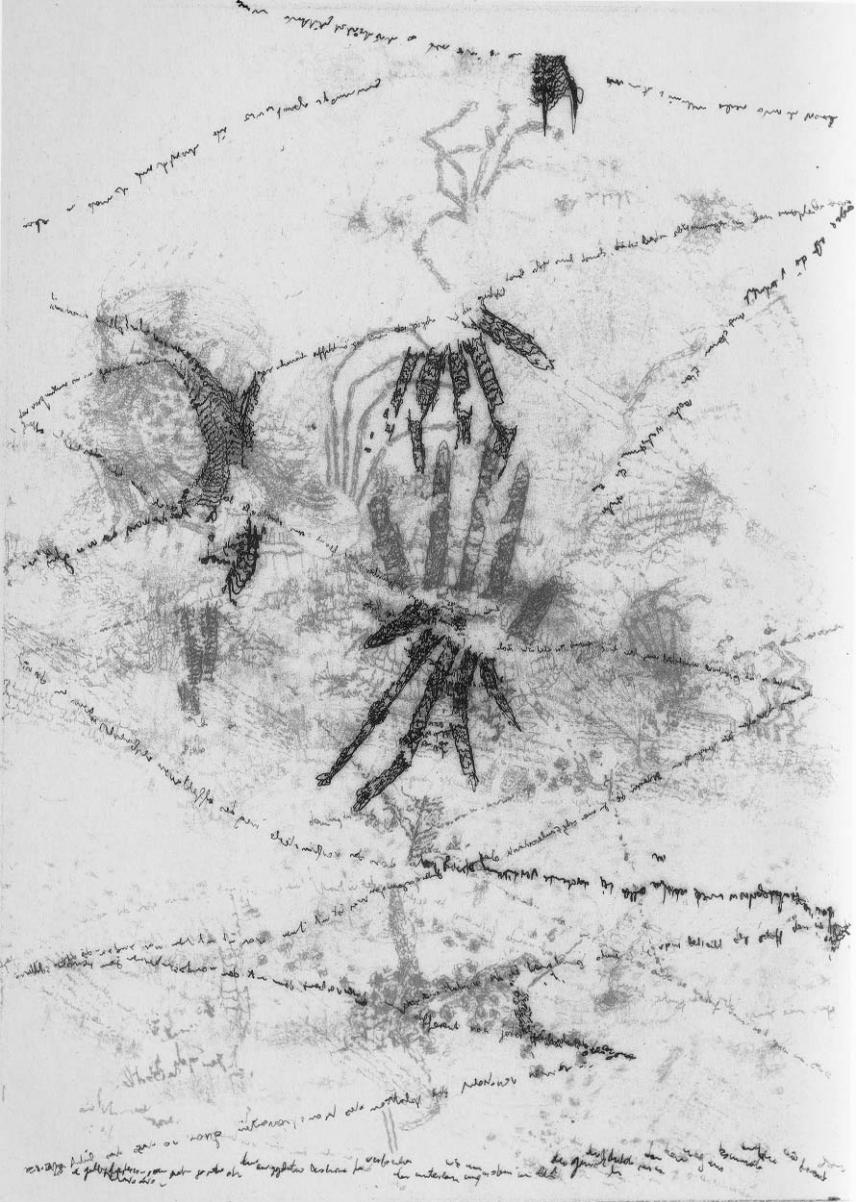
Die Aufgabe der Gemeindeteams ist es, lokale Initiativen zu stimulieren bzw. zu unterstützen und zwar so, dass diese Aktivitäten innerhalb der Gemeinde nachhaltig sind. Das Zugehörigkeitsgefühl zu stärken ist die eigentliche Gemeindeentwicklung, das, was wir »Empowerment« nennen.

Abschließende Fragen

Die wichtigsten Probleme Angolas in psychosozialer Hinsicht habe ich schon aufgezeigt: Es herrschen Krieg und Armut, Entminung ist zur Zeit keine Priorität für die Konfliktbeteiligten, ständig steigt die Zahl der Minenopfer, niemand stellt sich gegen das Regime, um diejenigen zu verteidigen, die am meisten unter ihm leiden.

Deshalb ist die psychosoziale Arbeit, die nachhaltige Entwicklung will, immer wieder in Frage gestellt

Übersetzung: Corinna Kreidler



*Vorversuche des Mikro-Kontaktkombinats.
Im Bereich des Problemfeldes Natur - Subjekt - Triebgefühlfühler - Sprache (1964)*

Vor den Augen der anderen

Ein Integrationsprogramm für Behinderte stellt die traditionellen Geschlechterverhältnisse einer palästinensischen Gemeinde infrage.

Vor elf Jahren begann die Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMCR) mit der Entwicklung eines Programms für gemeinwesenorientierte Rehabilitation. Seit her wurde vielen behinderten Menschen geholfen: Sie konnten in Schulen integriert werden, manchen wurde gar eine Arbeit vermittelt. Allerdings war Rehabilitation als solche nicht unser einziges Ziel; wir haben vielmehr nach einem Ansatzpunkt gesucht, um psychosoziale Probleme auf der Gemeindeebene angehen zu können. Über die Jahre hinweg sind so lokale Komitees entstanden, denen Frauen-, Männer, Jugend- und Lehrergruppen angehören. Diese Komitees haben sich als ein außerordentlich wertvolles Mittel zur Unterstützung psychisch gefährdeter Personen erwiesen. Sie zu schaffen, erforderte viel Arbeit und die Überwindung einer ganzen Reihe sozialer und kultureller Schranken. Mit Geduld und Verständnis aber gelang es, zwischen den psychosozialen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter und den Gemeinden selbst das Vertrauen zu schaffen, auf dem die Arbeit der Komitees aufbaut.

Wer mit wem (nicht) sprechen darf und was verborgen bleiben muss

Gemeinwesenorientierte Rehabilitation will die Familien und die Gemeinde in die psychosoziale Arbeit einbinden. Deshalb versuchten wir zunächst, eine enge Beziehung zwischen den Sozialarbeitern, den Familien der Behinderten und der Gemeinde aufzubauen. Dieser Prozess gestaltete sich für viele der Rehabilitationsteams schwieriger als erwartet. Zwar nannten uns die Gemeinden die Haushalte, in denen Behinderte leben, doch waren nur wenige Familien willens, die Helfer vielmehr Helferinnen ins Haus zu lassen, um mit den Betroffenen zu arbeiten. Die Familien fürchteten das öffentliche Aufsehen, und die männlichen Familienoberhäupter waren nicht bereit, Fremden Zutritt zur Wohnung zu gewähren, während sie selbst zur Arbeit mussten – und zwar auch dann, wenn es sich um Helferinnen handelte.

Wir lernten, uns mehr Zeit zu nehmen. Statt unmittelbar mit der Arbeit bei den Familien zu Hause zu beginnen, eröffneten wir zunächst einen allgemeinen Dialog über das Problem von Behinderung und über unsere Arbeit. Dabei vermittelten wir unser Verständnis für die Schwierigkeiten, denen sich die Familien Behinderter ausgesetzt sehen. In unserer Gesellschaft gelten Behinderungen als ein Zeichen von Schwäche. Behinderte werden als unfähig angesehen, für sich selbst zu denken, Rehabilitation gilt als unmöglich. Deshalb versucht man, Behinderte vor den Augen der anderen zu verbergen. Im Extremfall isoliert man sie sogar von der eigenen Familie und sperrt sie in eine

Hütte. Folglich mußten wir den Familien erst einmal versichern, dass wir diskret vorgehen würden. Dann versuchten wir, ihnen klarzumachen, dass Rehabilitation möglich ist und dass sie nicht allein das Leben des Betroffenen, sondern der ganzen Familie positiv verändern würde. Gleichzeitig sprachen wir mit anderen Gemeindegliedern über Rehabilitation und versuchten so, die Behinderten in ihren Augen zu »humanisieren«. Mit der Zeit wurden wir akzeptiert und fanden sogar offene Ohren.

Allerdings hatten wir die wesentliche Herausforderung noch nicht bewältigt – uns freien Zutritt zu den Familien zu verschaffen. Wir mussten mehrere Jahre beharrlich arbeiten, um die männlichen Familienoberhäupter dazu zu bringen, uns zu Hause mit weiblichen Familienangehörigen arbeiten zu lassen. In unserer Gesellschaft ist das Haus das Reich des Vaters. Es mag sein, dass es ihm auf der Arbeit oder in der Gesellschaft an Autorität mangelt – doch zu Hause übt er die Kontrolle aus. Es ist deshalb nicht üblich, dass jemand in seiner Abwesenheit das Haus betritt. Doch die Helferinnen müssen unter Tage mit den Betroffenen arbeiten, wenn der Mann auf der Arbeit ist. Als Personen von außerhalb, die obendrein über ein besonderes Wissen verfügen und einer bestimmten Absicht folgen, sind sie für ihn eine Bedrohung, weil sie die häusliche Hierarchie in Frage stellen. Deshalb mussten wir die Männer davon überzeugen, dass die Rehabilitation des Kindes unser einziges Ziel war. Wir machten ihnen klar, dass alle unsere Tätigkeiten allein diesem Ziel dienten, dass wir die ganze Familie am Rehabilitationsprozess beteiligen würden und dabei auch auf ihre Unterstützung angewiesen waren. Wir versicherten ihnen, dass sie unsere Arbeit jederzeit kontrollieren könnten. Der Erfolg stellte sich nicht über Nacht ein. Wir gewannen die Akzeptanz dieser oder jener Familie, doch die Anerkennung aller oder der meisten erforderte weitere Anstrengungen.

Ungeahnte Folgen eines Flugblatts von Männern für Männer

Fortschritte machten wir schließlich nach einem Versuch, Interesse für unsere Arbeit zu wecken, der beinahe katastrophal gescheitert wäre. Wir hatten einige Mütter behinderter Kinder zu einem Ausflug eingeladen. Ohne unser Wissen verteilten Leute aus der Gemeinde Flugblätter, in denen uns die subversive Absicht unterstellt wurde, die Frauen gegen ihre Lebensweise aufwiegeln zu wollen. Als wir dies erfuhren, gingen wir von Tür zu Tür, um dieses Gerücht zu zerstreuen. Wir fanden heraus, wer das Flugblatt geschrieben hatte, und sprachen direkt mit den Verantwortlichen. Trotz des Flugblatts nahmen zwanzig Frauen an dem Ausflug teil. Im nächsten Jahr schon bekamen wir zwei volle Busse zusammen.

Ironischerweise erlaubte uns dieser Zwischenfall, die wirklichen Ursachen der Furcht vor unserer Arbeit direkt zu thematisieren. Er half uns außerdem, mit den besonders besorgten Menschen in der Gemeinde in Kontakt zu kommen. Als sich dann die positiven Berichte über unseren Ausflug überall verbreiteten, wussten wir, dass uns der erste große Durchbruch gelungen war. Von nun an wuchsen das Vertrauen und die Anerkennung von Jahr zu Jahr.

Gewonnenes Vertrauen aber muss bewahrt werden. Nachdem wir richtig mit unserer Arbeit begonnen hatten, eröffneten sich uns stetig neue Möglichkeiten, sie in andere Bereiche auszuweiten. Während wir uns in den Häusern um die Kinder kümmerten, erzählten uns die Mütter von ihren Problemen. Nicht nur von den Problemen mit ihren Kindern, sondern mit ihrem Leben überhaupt. Manche brauchten einfach jemanden, mit dem sie reden und dem sie ihre Gefühle mitteilen konnten. Andere hatten ernste Konflikte mit ihren Angehörigen, einige litten an schweren Depressionen.

Frauenselbsthilfe

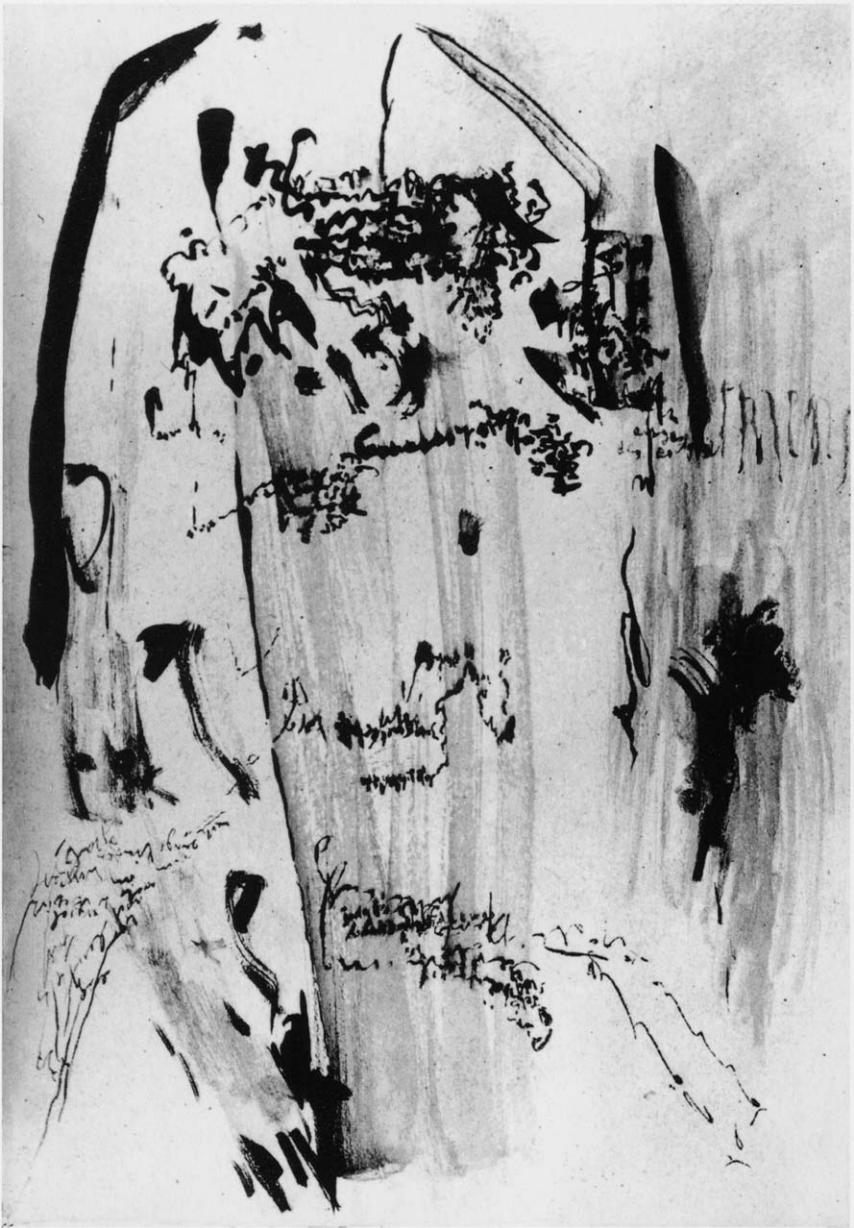
Wir konnten ihnen zuhören und zu ihnen sprechen, doch wir wussten, dass das nicht genug war. In einigen Fällen war die Einmischung der ganzen Gemeinde vonnöten, in anderen Fällen mussten wir Spezialisten zu Rate ziehen. Manchmal reichte es, wenn wir die Betroffene für eine Woche außer Haus brachten. In den meisten Fällen aber sorgten wir dafür, dass die Frauen selbst zusammenkamen, um sich gegenseitig zu unterstützen. Weil solche Zusammenkünfte von Frauen aber gesellschaftlich nicht akzeptiert wurden, mussten wir das Thema offen ansprechen. Zum Ausgangspunkt nahmen wir den Rehabilitationsprozess. Wir ermutigten die Mütter behinderter Kinder, sich gegenseitig zu besuchen und sich über den Verlauf der Rehabilitation auszutauschen. Das wurde ein durchschlagender Erfolg. Besuche dieser Art wurden allgemein akzeptiert, und die Frauen lernten, dass sie nicht alleine waren. Oft war es das erste Mal, dass sich Frauen begegneten, die dieselben Probleme hatten. Sie konnten endlich frei miteinander reden, sich Geschichten erzählen, ihren Schmerz teilen und sich über mögliche Auswege verständigen. Bald begannen ganze Gruppen von Müttern, sich gegenseitig zu Hause zu besuchen; für uns wurde es zu einer erhebenden Erfahrung, wie diese Frauen es schafften, sich in Eigeninitiative selbst zu helfen. Wir unterstützten diese Initiative, indem wir solche Zusammenkünfte durch workshops, durch gemeinsame Ausflüge und Hilfestellungen aller Art förderten. Umgekehrt wurden die Bindungen zwischen den Frauen für uns zu einer wichtigen Ressource in der auf einzelne Frauen ausgerichteten therapeutischen Praxis.

In anrührender Weise läßt sich dies am Fall einer Frau schildern, die einen Schlaganfall erlitten hat. Sie ist Witwe und lebt bei ihrer Schwiegermutter. Der Schlaganfall war so schwer, dass sie seitdem nicht mehr gehen, sondern nur noch kriechen kann. Das fesselt sie ans Haus. Ihre Schwiegermutter hilft ihr nur wenig. Deshalb sprachen wir mit einer anderen Frau aus ihrem Dorf über die Möglichkeit, ihr einen Rollstuhl zu kaufen. Diese Frau begann von sich aus, ihr das Sticken beizubringen. Sie verkauft die fertigen Stücke in ihrem Laden und hilft ihr so, Geld für den Rollstuhl zusammenzubringen. Am Schluß bekam die Frau einen Rollstuhl vom UPMRC. Die Hilfe aber, die ihr von der anderen Frau zuteil wurde, hat ihr ganzes Leben verändert. Sie ist jetzt nicht nur endlich in der Lage, ihr Haus zu verlassen, um den Sonnenuntergang zu sehen – seit Jahren ihr

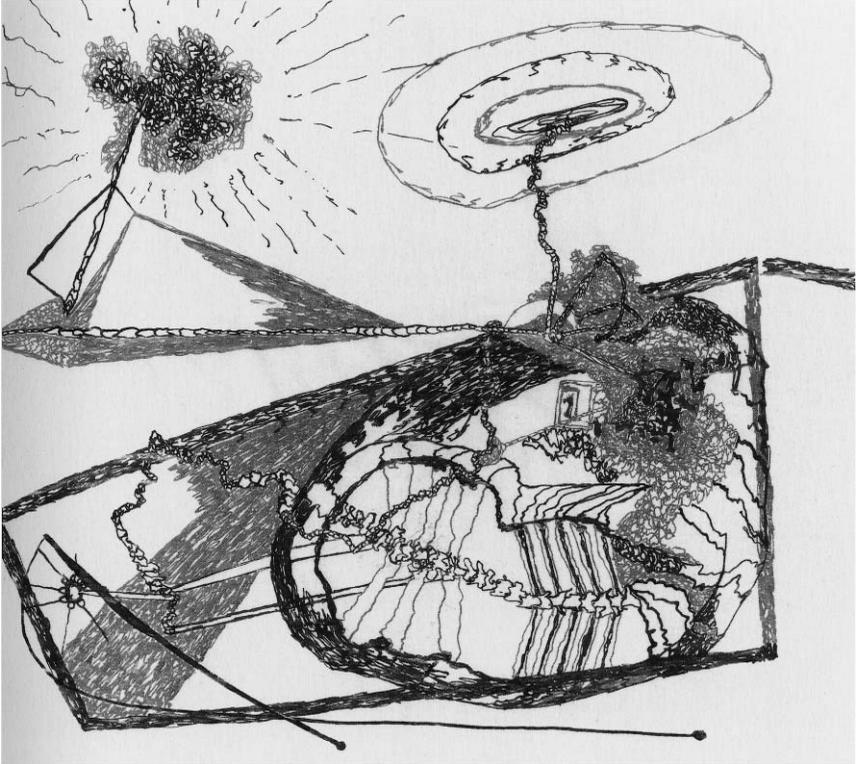
größter Traum –, sondern hat sich ein Ziel gegeben: zu sticken und sich ihr Einkommen selbst zu verdienen. Das wichtigste von allem aber ist, dass sie jetzt in dem Gefühl lebt, umsorgt und unterstützt zu werden.

Das ist nur eine von vielen Geschichten, die belegen, wie wichtig die Beziehungen zwischen den Frauen sind. Unsere Arbeit aber hat nicht nur zur Bildung von Frauengruppen, sondern auch zur Bildung von Jugend-, Männer- und Lehrerkomitees geführt. Alle diese Gruppen nehmen an verschiedenen Aktivitäten teil. Momentan haben wir in der Westbank dreissig, in Gaza fünfzehn solcher Gruppen. Indem sie in ihren Gemeinden psychisch gefährdeten Menschen beistehen, sind sie nicht nur für unser Rehabilitationsprogramm, sondern für unsere ganze psychosoziale Arbeit von wesentlicher Bedeutung. Sie sind die wichtigste Unterstützung, auf die wir zählen können, wenn wir nicht nur im Einzelfall helfen, sondern darüber hinaus die Individuen ermächtigen wollen, in Eigeninitiative sich selbst und anderen zu helfen. Insofern ist das vom UPMRC entwickelte Programm einer gemeinwesenorientierten Rehabilitation zugleich der Ausgangspunkt, von dem aus wir sämtliche psychosozialen Probleme angehen.

Übersetzung: Thomas Seibert



Obno Titel (1959)



Erkenntnispsychologische Erwägung, III: Bio-informationeller Sender (1972)

Ralf Syring

Vom Umgang mit Geistern und Göttern

Protokoll der Arbeitsgruppe »Psychosoziale Arbeit und kultureller Kontext«

Die Arbeit der Gruppe ging von Beispielen aus, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Mosambik und Angola vorgetragen wurden.

Isabel Soares, Mitarbeiterin des mosambikanischen Gesundheitsministeriums, berichtete von den Erfahrungen während der Überschwemmungskatastrophe im Frühjahr 2000. Viele Menschen, die vor den Fluten fliehen mussten, betrachteten die Überschwemmung als eine »schwarze Flut«, mit der sie bestraft wurden. Das hatte eine lähmende Auswirkung auf von außen als möglich angesehene Aktivitäten und auf die Planung der Rückkehr. Es verursachte auch eine erhebliche Angst vor Wiederholung. Die Arbeit mit den durch die Flut Vertriebenen musste daher diese Interpretation zunächst ernst nehmen und darauf eingehen.

Victor Igrejas von der mosambikanischen NGO Esperança para todos berichtete von der Arbeit in einer durch den Krieg stark betroffenen Region im Zentrum des Landes (Gorongozo). Er und seine Gruppe, die mit den durch den Krieg traumatisierten Menschen arbeiteten, mussten lernen, dass dort Gebiete, in denen Menschen zu Tode gekommen waren und zu einem großen Teil nicht begraben werden konnten, nicht betreten werden durften. Sie galten als Zonen der Geister der Toten, die durch das Eindringen von Lebenden gestört werden und dann Unheil über die Menschen bringen würden. Eine andere wichtige Erfahrung war die Begegnung mit Frauen, die in Angst und Schuldgefühl lebten und jede auftretende Schwierigkeit als Strafe interpretierten, was zunächst nicht verständlich war. Erst allmählich wurde deutlich, dass Mütter nach der Geburt mit ihren neugeborenen Kindern eine Zeit des Schutzes und der Schonung genießen bzw. einhalten müssen. In dieser Zeit leben sie relativ isoliert vom normalen gesellschaftlichen Leben und dürfen insbesondere keinen Kontakt mit ihren Ehemännern haben. Diese Regel wurde im Krieg in vielfältiger Weise durchbrochen. Dafür erwarteten die Frauen eine Strafe.

Julia António vom Christian Children's Fund (CCF) aus Angola berichtete anhand von zwei Beispielen über die Bedeutung der kulturelle geprägten Interpretation der Kriegserfahrung, aber auch über Umgangsweisen mit der traumatischen Erfahrung.

Im Rahmen ihrer Arbeit mit kriegstraumatisierten Kindern hatten CCF-Mitarbeiter in einer Dorfgemeinde im Osten von Angola einer Bitte der traditionellen Gemeindeführer (Sobas) entsprochen und den Bau eines Djangos unterstützt. Ein Djangó ist ein Rundbau mit einem grasgedeckten Dach, der an den Seiten nur niedrige Wände hat

und darüber offen ist. Er ist der traditionelle Versammlungsraum der Gemeinden und gilt als ein Ort, in dem Gewichtiges besprochen und entschieden wird. Da die Gruppe vorwiegend mit Kindern arbeitete, hatte sie den Sobas gesagt, dass sie den Bau des Djangos unterstützen werde, dass er dann aber auch als Spielplatz für die Kinder genutzt werden solle. Die Gruppe spürte, dass von da an ein Unbehagen über die Zusage vorhanden war, konnte sich das aber lange nicht erklären. Schließlich erklärten die Sobas, dass es ihrer Vorstellung vom Gewicht des Djangos widerspreche, wenn dort die Kinder spielten. So musste und konnte für die Kinder ein anderer Spielplatz vorgesehen werden.

In der vom Krieg besonders hart betroffenen Provinz Bié im zentralen Hochland Angolas traf die Gruppe auf eine Dorfgemeinde, in der die Menschen sich zu bestimmten Zeiten trafen und Nahrung zubereiteten, wie sie sie in der Notzeit während des Krieges essen mussten. Während des Essens dieser kargen Speisen erzählten sie einander ihre Kriegserfahrungen. Die Gruppe änderte daraufhin ihr Konzept der Bildung von Gruppen zum Sprechen über die Erfahrungen des Krieges.

Im Anschluss an die Berichte versuchte die Arbeitsgruppe, in einem Rollenspiel die Bedeutung kultureller Konzepte zu erfahren. Eine Person spielte eine Blinde, eine andere führte diese um eine Reihe von Hindernissen herum. Anschließend beschrieben beide ihre Empfindungen während des Spiels. Es wurde deutlich, dass einerseits die geführte blinde Person unsicher darüber war, was mit ihr geschehen würde. Die größere Unsicherheit aber lag bei der führenden Person, die freundlich und hilfsbereit sein wollte, dabei aber nicht recht wusste, wie stark sie eingreifen, führen sollte und wie weit sie der geführten Person eigenen Freiraum lassen konnte. Eine besondere Unsicherheit ergab sich daraus, dass die führende Person nicht wusste, ob sie die andere berühren durfte, wie intensiv das geschehen solle und von wo an es als Übergriff gewertet werden würde.

Die anschließende Diskussion versuchte, die verschiedenen Elemente, die in den Beispielen und im Rollenspiel zum Ausdruck kamen, zu formulieren.

1. Kultur wird oftmals eng gefasst als ein Ausdruck von Menschen in künstlerischen Darstellungsformen. Wenn wir in unserer Arbeit von Kultur sprechen, meinen wir aber einen weiteren Begriff, der überlieferte Werte, Interpretationen von Wirklichkeit, rituellen Umgang mit Wirklichkeit, Vorstellungen von Scham und Selbstwert einschließt. Alle diese Kategorien haben Einfluss auf die Weise, in der Menschen mit Erfahrungen und insbesondere mit traumatischen Erfahrungen umgehen. Eine Arbeit, die diese kulturellen Kategorien außer Acht lässt, kann die Menschen nur schwer erreichen und verschlimmert möglicherweise ihre Lage.

2. In der Begegnung zwischen Menschen, die eine psychosoziale Arbeit tun und denen, denen diese Arbeit zugutekommen soll, treffen oftmals unterschiedliche kulturelle Konzepte aufeinander, die besonders von den psychosozialen Arbeiterinnen und Arbeitern einen hohen Grad an Sensibilität für den kulturellen Kontext der Menschen,

mit denen sie arbeiten, verlangen. Wieviel von dieser Sensibilität kann gelernt werden und auf welche Weise kann das geschehen? Welches Maß an Koexistenz oder gar Integration von traditionellen und sogenannten wissenschaftlichen Konzepten ist dabei möglich? Welcher Anteil der »wissenschaftlichen« Konzepte ist selbst Ausdruck eines bestimmten kulturellen Zusammenhangs?

3. Die Bereitschaft auf kulturelle Zusammenhänge einzugehen bleibt oftmals in romantischen Vorstellungen und Verhaltensweisen stecken, die jede Besonderheit, insbesondere die, welche nicht verstanden wird, idealisiert und zu konservieren versucht. So wurde aus Uganda anhand von Beispielen berichtet, wie eine Art von Respekt vor traditionellen Strukturen auch dazu führen kann, Machtverhältnisse zu stabilisieren, gegen die vielleicht von anderen revoltiert wird. Ein kultureller Kontext ist kein statisches Gebilde, sondern lebendig und in Bewegung.

Die Diskussion warf eher Fragen auf, als dass sie Antworten finden konnte. Dass der kulturelle Kontext zu berücksichtigen sei, stand außer Frage. Wie das aber zu geschehen hat und wie es geschehen kann, da ja alle Beteiligten in einem je eigenen kulturellen Zusammenhang agieren, bedarf noch vielen Nachdenkens und Erfahrens. Angemerkt wurde, dass kaum Teilnehmerinnen oder Teilnehmer aus Lateinamerika diese Arbeitsgruppe gewählt hatten. Leider war es nicht möglich, der Bedeutung dieser Beobachtung nachzugehen.

IV.

Ökonomische Situation der Projekte

Fünf Thesen zur psychosozialen Arbeit

1. Traumaarbeit als Anerkennung und Verleugnung eines Problems

Die Tatsache, dass weltweit die Begriffe »Psychosoziale Arbeit« und »Trauma« in der humanitären Hilfe und in der Entwicklungszusammenarbeit bedeutsam geworden sind, deutet einerseits auf einen Fortschritt und andererseits auf eine Krise hin. Der Fortschritt besteht darin, dass man endlich anerkannt zu haben scheint, dass es in Kriegs- und Krisenregionen nicht nur um die Lösung ökonomischer oder politischer Probleme durch technisches Know-how geht, sondern dass es letztendlich um Menschen geht, um konkrete Subjekte, die in ihrer spezifischen Geschichtlichkeit den jeweiligen sozialen Prozess gestalten, bestimmen und erleiden. Offensichtlich kann man sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, dass man Menschen und ihre Kulturen nicht auf technische Probleme reduzieren kann. Gleichzeitig besteht aber die Gefahr einer neuen Entkontextualisierung, besser gesagt der unlauteren Psychologisierung von politischen und sozialen Problemen.

Es ist positiv, dass heutzutage die Realität von komplexen Traumatisierungsprozessen in Kriegs- und Krisenregionen sowie in Ländern, wo Diktaturen herrschen, als unvermeidliche Folge massiver Menschenrechtsverletzungen anerkannt worden ist. Wenn daraus aber dann der Schluss gezogen wird, man müsse ganze Länder mit Behandlungszentren überziehen, wofür natürlich dann entsprechende Fachkräfte ausgebildet werden müssen, was wiederum nur durch entsprechend vorgebildete Experten geschehen kann, die in der Regel aus den reichen Industrienationen kommen, dann muss man sich sehr bald fragen, ob hier nicht am eigentlichen Problem vorbei gearbeitet wird. Stellt man dann noch zusätzlich fest, dass der weitverbreitetste Ansatz zur Traumabehandlung das Konzept des Post Traumatic Stress Disorder (PTSD) ist, eines Konzeptes also, das sozialpolitische Traumatisierungsprozesse individualisiert, akulturell und entkontextualisiert definiert und sie schließlich auf einen im Bereich der psychischen Krankheiten angesiedelten (übrigens auch da unzureichenden) Symptomkatalog reduziert, dann wird schnell deutlich, dass es in Wirklichkeit eben nicht um eine Anerkennung des Leidens der Subjekte in Bezug auf ihren jeweiligen gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Kontext geht. Ganz im Gegenteil geht es um die neuerliche Dissoziation zwischen politischen Verhältnissen und subjektivem Leid. Dabei wird dann fast unmerklich Traumaarbeit zu einer Art Wissenschaftsimperialismus, d.h. zu einem Geschäft an dem die Wissenschaftszentren der modernen Industrienationen verdienen, über das sich die notleidenden Menschen in den Krisenregionen freuen sollen und das sich als besonders perverse Marketingstrategie mit dem Parfum von Humanismus und der angeblichen

Verteidigung der Menschenrechte schmückt. Der Fortschritt verwandelt sich in Krise: »Psychosozial« und »Trauma« werden zu Schlagwörtern, die niemand versteht und die nicht produktiv in die Entwicklungszusammenarbeit integriert werden. Der künstliche Graben zwischen politischen und ökonomischen Problemen auf der einen Seite, und subjektivem Leid, sprich Gesundheitsproblemen auf der anderen Seite wird nicht nur bestätigt sondern gegebenenfalls sogar noch vertieft.

2. Kontext und Prozess:

Psychosoziale Arbeit ist Methode, Orientierung und Möglichkeit

Grundsätzlich kann man weder den Geldgebern noch den Empfängern in den Krisenregionen von vorne herein unterstellen, das Falsche zu wollen. Allerdings gilt, dass die Geldgeber der Entwicklungszusammenarbeit bisher nur ungenügend über den Begriff »psychosozial« nachgedacht haben, während die Empfänger aus Unsicherheit, Unwissen und empfängertypischen Unterwerfungshaltungen dazu neigen, nicht kritisch genug zu hinterfragen, wofür sie Geld bekommen, bzw. zu formulieren, was sie brauchen und wollen. Im Sinne einer positiven Definition scheint es sinnvoll, »psychosoziale Arbeit«

- als Methode zu verstehen und nicht als Ziel in sich, also als eine spezifische Herangehensweise zur Lösung existierender Probleme;
- als die Verpflichtung anzunehmen, sich einerseits für die einzelnen Menschen und ihre subjektiven Lebenswirklichkeiten zu interessieren, d.h. unter anderem sich mit ihren Emotionen und ihrer historisch gewachsenen psychischen Verfasstheit zu beschäftigen, und andererseits sich immer auch mit dem umgebenden soziokulturellen Kontext auseinanderzusetzen, d.h. den spezifischen ökonomischen, kulturellen, politischen Bedingungen immer mit Rechnung zu tragen; in diesem Sinne geht es also nie um entweder psychologisch oder ökonomisch sondern immer um sowohl als auch;
- als die Notwendigkeit zu verstehen, prozessorientiert zu wirken und zwar im individuellen als auch im gesamtgesellschaftlichen Bezug;
- nie im Sinne einer Defizit-Theorie zu verstehen, sondern immer auch nach den existierenden Potentialen der beteiligten Subjekte zu fragen;
- als Möglichkeit zu verstehen, immer neu unsere Einschränkungen auf bestimmte »Zielgruppen« zu hinterfragen und unsere Arbeit grundsätzlich auf die Community hin zu orientieren.

Es scheint sinnvoll, existierende Projekte immer wieder dahingehend zu überprüfen, ob sie den Kriterien einer so verstandenen »psychozialen Orientierung« entsprechen, denn es ist wirklich schwer, diese konsequent durchzuhalten. Viele neigen sicherlich immer wieder dazu in die eine (z.B. nur psychologisch) oder andere (z.B. nur ökonomisch) Eindimensionalität zu verfallen. Auch ist es schwierig, immer prozess- und kontextorientiert zu bleiben und sich immer wieder gegen die in der Wissenschaft bis heute sehr verbreiteten defizit-theoretischen Ansätze konsequent zur Wehr zu setzen. Der Begriff »Psychosozial« ist kein magisches Wort, mit dem man alles erklären kann, sondern eine

immer wieder mit konkretem Inhalt zu füllende Orientierung, die in der Projektplanung, Projektdurchführung und im Monitoring zu benutzen und auszufüllen ist. Von typischen »psychozialen« Projekten ist zu fordern, dass sie die ökonomische Lebensrealität ihrer Klientel angemessener berücksichtigen. Von typischen »ökonomischen« Projekten der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit ist zu fordern, dass endlich in jedem Projekt eine psychoziale Dimension anerkannt und berücksichtigt wird.

3. Es gibt kein Trauma – es gibt nur Traumatisierung

Wenn man sich gegen einen entkontextualisierten Traumabegriff wehrt, muss man gleichzeitig auch positiv definieren, worum es hier geht. Das Trauma betrifft nicht nur die Menschen, mit denen man arbeitet, sondern alle, die in der jeweiligen Region leben, d.h. auch die Helfer. Das Wort »Trauma« kommt aus dem Griechischen und bedeutet zunächst einmal »Wunde«. In der Psychologie ist es dann metaphorisch verwendet worden, um den Zusammenbruch einer psychischen Struktur auf Grund eines diese Struktur überfordernden Ereignisses zu beschreiben. Ein psychosoziales Trauma, also ein Trauma, das auf Grund von politischen und sozialen Verhältnissen zustande kommt, ist etwas sehr anderes als ein Trauma auf Grund eines Unfalls oder z.B. einer Naturkatastrophe. Bei einem psychosozialen Trauma handelt es sich um ein »man made disaster«. Es bezieht sich immer auf die Individuen und die gesamte Gesellschaft, es hat Prozesscharakter, bleibt also nicht auf ein Einzelereignis beschränkt und ist immer nur in Bezug auf einen spezifischen soziokulturellen Kontext zu verstehen. Trauma in Chile ist also nicht das gleiche wie Trauma in Angola oder im ehemaligen Jugoslawien. Es müssen also lokal immer wieder eigene Traumadefinitionen erarbeitet werden, die das beschreiben, was wirklich passiert und nicht das, was irgendwelche Medizinbücher vorschreiben. Es scheint sinnvoll, dass von Hans Keilson stammende Konzept der »sequentiellen Traumatisierung« zu verwenden. Es ist dies das einzig existierende Konzept, das den Prozesscharakter von psychosozialen Traumatisierungen richtig erfasst, ohne deshalb eine spezifische Struktur (wie z.B. einen feststehenden Symptomkatalog) vorzugeben, die eine kontextorientierte Definition verhindern würde. Das Konzept von Keilson erlaubt, verschiedene Sequenzen zu unterscheiden, z.B. die Traumatisierung im Krieg, die in der Nachkriegssituation, im Frieden, oder auch die im Krieg, die im Exil, die nach der Rückkehr. Wie immer man auch diese Sequenzen definiert, sie dienen als Rahmen, mittels dem man sehr genau den aktuellen Stand der Arbeit erfassen kann. So wird dann auch verständlich, weshalb in der Traumarbeit nicht die Konsequenzen eines zurückliegenden, abgeschlossenen Traumas bearbeitet werden, sondern versucht wird, mitten in einer traumatischen Situation, von der alle betroffen sind, zu helfen. Entsprechend geht es bei Traumabehandlungen nicht nur um die Vergangenheit, sondern selbstverständlich auch um die Gegenwart. Teil des Trauma ist also nicht nur z.B. die Vergewaltigung im Lager, sondern auch die aktuelle Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit

etc. Auch die Symptome chronischer Angst, wie Passivität, Gefühle von Nutzlosigkeit und Abhängigkeit können so besser verstanden werden. Auch wenn der Verzicht auch eine weltweit gültige Traumadefinition schwerfällt, scheint es sinnvoll, eine solche Unmöglichkeit anzuerkennen, um lokal und kontextspezifisch immer wieder neu, die tatsächliche Leidensrealität beschreiben zu können und die jeweiligen Behandlungsformen an dieser Realität zu orientieren. Behandlung ist dann auch nicht mehr eine ausschließliche psychotherapeutische Spezialaktivität, sondern umfasst ein breites Spektrum, dass psychologische, pädagogische ökonomische und politische Aktivitäten umfasst.

4. Psychosoziale und ökonomische Projektarbeit sind nicht zu trennen

Nicht nur den ökonomischen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit ist vorzuwerfen, dass sie die psychosozialen Dimensionen nicht angemessen berücksichtigen, sondern auch umgekehrt muss man fragen, wie denn ökonomische Probleme in psychosozialen Projekten integriert und behandelt werden. Die Frage nach der Ökonomie ist zentral und stellt sich permanent auf drei verschiedenen Ebenen:

Zunächst einmal geht es konzeptionell, also inhaltlich darum, wie man die ökonomischen Dimensionen in psychosozialen Projekten berücksichtigt. Psychologische und pädagogische Projekte, insbesondere solche, die bedürftigen Menschen helfen wollen, neigen zunächst einmal dazu, die Ökonomie auszuklammern bzw. als Hauptfeind zu betrachten, obwohl es eigentlich unumgänglich sein sollte, die ökonomische Frage von Anfang an zu integrieren. In diesem Sinne kann es also beispielsweise nicht darum gehen zu sagen, die Menschen bräuchten zwar eigentlich Wohnungen, aber die habe man ja nicht und deshalb böte man ihnen Beratung oder Gespräche an; sondern man muss sich fragen, was nutzt diese oder jene Beratung, damit die Leute eine Wohnung finden. Auch muss man sich fragen, ob manche Menschen nicht rascher selbstständig würden, wenn man nicht immer etwas »für« sie täte, sondern »mit« ihnen, dass heißt ihnen im Sinne der Selbsthilfe auch die Kontrolle über das, was man im psychosozialen Bereich aufbaut, überlassen würde.

Eine zweite Ebene sind die konkreten Maßnahmen oder Interventionen, die mit den Menschen unternommen werden, um ihre ökonomische Unabhängigkeit sicherzustellen. Weltweit sind z.Z. Computerkurse, Strickausbildungen und Friseurlehrgänge sehr beliebt. Aber das ist natürlich keine wirkliche Form von Einkommenshaftungen, sondern ein antiökonomisches Feigenblatt, das man besser mit psychiatrischer Beschäftigungstherapie vergleichen sollte. Sehr viel sinnvoller, obwohl auch mühsamer ist es, den jeweiligen Menschen und ihrem Umfeld angepasste Aktivitäten zu entwickeln, d.h. die Menschen in ihrer jeweiligen Geschichtlichkeit anzuerkennen und mit ihnen im Rahmen ihres spezifischen kulturellen Bezuges Überlebenschancen zu erarbeiten. Dabei geht es dann eben nicht um tausende neuer Kleinunternehmer, sondern um den schwer

traumatisierten ehemaligen Soldaten in Bosnien, der vor dem Krieg in einem Stahlunternehmen gearbeitet hat und jetzt mit Freunden eine kleine aber erfolgreiche Schmiede aufmacht und sich weigert ein gut finanziertes Landwirtschaftsprojekt zu beginnen. Oder es geht um eine junge Frau in El Salvador, die nie eine Ausbildung gemacht hat, aber im Bürgerkrieg eine hohe Verantwortung für viele Menschen hatte und jetzt als Lehrerin tätig werden will. Oder es geht um die Flüchtlingsiedlung am Rande eines Dorfes, wo zwischen Dorf und Flüchtlingsiedlung gemeinsame Entwicklungsperspektiven ausgehandelt werden müssen, z.B. zu besserer Nutzung der auch kulturell bedeutsamen Wasserquelle (Bosnien).

Eine dritte Ebene, ist die Frage nach der ökonomischen Unabhängigkeit der Institutionen, der NGOs, die lokal die Projekte durchführen. In diesem Zusammenhang ist es wichtig festzuhalten, dass psychosoziale Arbeit in sehr vielen Fällen zwar nicht im ökonomischen Sinne Gewinn einbringen kann, dass das einen aber trotzdem nicht daran hindern muss, eine ökonomische Selbständigkeit zu erreichen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. Einige Möglichkeiten sind:

- Senkung der Infrastrukturkosten z.B. durch Erwerb eines Hauses oder durch Verhandlungen mit dem Staat, um eine Entlastung von Steuern oder Wasserkosten zu erreichen.
- Ausgleich von nicht-gewinnbringenden Aktivitäten durch solche, die es sind. Z.B. kann die Vermietung eines halben Hauses die Beratungsstelle in der anderen Haushälfte finanzieren; eine gewinnbringende Schwangerschaftsberatung kann das Geld einbringen, das mit psychologischer Beratung, die kostenfrei bleiben muss, nicht verdient werden kann.
- Verkauf von Dienstleistungen in der Versorgung, wie in der Aus- und Fortbildung. Der Staat wird zwar nie alle Dienstleistung der NGOs übernehmen und bezahlen, aber einige Dinge, die er sowieso durchführen muss, bekommt er über die NGOs billiger, z.B. in der Altenversorgung. Auch Gesundheit und Sozialarbeit ist letztendlich ein Markt, auf dem die guten NGOs den staatlichen Angeboten bzw. Möglichkeiten immer überlegen sind. Auch in der Aus- und Fortbildung gilt es nach und nach die zahllosen ausländischen Experten zu ersetzen und selbst daran Geld zu verdienen. Niemand kennt den lokalen Kontext so gut wie die Menschen, die dort leben.
- Insgesamt gilt es die psychologische Fixierung auf Abhängigkeit und Unselbstständigkeit zu überwinden und in der eigenen Institution kreative Ideen freizusetzen, die eine wirkliche Selbständigkeit ermöglichen.

5. Förderung muss langfristig sein

All die hier kurz skizzierten Ideen setzen ein weitgehendes Umdenken der Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe voraus. Projektplanung, -durchführung und -monitoring müssen sich auf einen integrierten Ansatz einlassen. Es ist wichtig, den psychosozialen Bereich nicht länger als unverständliches Feld zu be-

trachten, dem man einerseits nichts zutraut, während man gleichzeitig zu viel von ihm erwartet. So wie jedes x-beliebige Landwirtschaftsprojekt heutzutage im Rahmen einer klaren Fachkompetenz entwickelt und durchgeführt wird, muss man sich trauen, auch im psychosozialen Bereich die entsprechenden Kompetenzen zu erwerben. Das bedeutet ein hohes Fortbildungsbedürfnis bei Deskofficern und jenen, die im Namen der Entwicklungszusammenarbeit in die entsprechenden Länder reisen. Es bedeutet angemessene Betreuungsstrukturen vor Ort. Grundsätzlich muss man sich hier auf langfristige Hilfen einlassen, die aber gerade deshalb effektiver sind als kurzfristige Illusionen. Das Ziel der Selbständigkeit für die Empfänger darf nicht nach ein paar Jahren über diese hereinbrechen wie eine Umweltkatastrophe, sondern muss von Anfang an Bestandteil der Arbeit und dem Modus der Geldvergabe sein.

Wir stehen bei diesem Thema am Anfang

Zur Unterstützung psychosozialer Arbeit durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ich freue mich, dass diese Tagung, die medico international konzipiert hat und zusammen mit dem Zivilen Friedensdienst durchführt, auch mit Hilfe unserer finanziellen Unterstützung möglich geworden ist.

Im BMZ stehen wir bei dieser gesamten Thematik am Anfang. Ich will das hier nüchtern unterstreichen: Die Arbeitseinheit, für die ich verantwortlich bin, besteht erst seit ein paar Monaten und hat für den Gesamtbereich Krisenprävention zur Zeit zwei Mitarbeiter. Die Projekte, die Gegenstand der Tagung sind, sind bislang im Ministerium verstreut in verschiedenen Regionalreferaten oder Instrumentenbereichen aufgegriffen worden. Wir sind dabei, die verschiedenen Fäden zusammenzuführen und in eine längerfristige Konzeption einzubinden.

Psychosoziale Arbeit ist für uns keine neue »Zauberformel«, wie manche Beiträge im Umfeld der Tagung annehmen. Es ist bisher eher ein bescheidenes Element unseres Engagements. Im Vergleich zu den 100 Mrd. US\$, die die Gebergemeinschaft insgesamt in den 90er Jahren in 36 post-conflict Länder investiert hat, sind in diesen Bereich wenig Gelder geflossen. Das heißt, an einer »Überschwemmung« von psychosozialen Projekten können wir von Seiten des Ministeriums nicht beteiligt gewesen sein.

»Kontextorientierung«, um einen zweiten wichtigen Begriff von David Becker aufzugreifen, ergibt sich bei uns aus der Tatsache, dass wir bislang psychosoziale Projekte meist als zusätzliche Projektkomponente oder Programmkomponente im Rahmen laufender Entwicklungsvorhaben fördern. Der Vorwurf, es würde nur isoliert die psychische Dimension, die Traumaseite, angesprochen und der psychosoziale Kontext vernachlässigt, ist im Bereich unserer Arbeit vom Ansatz her nicht gerechtfertigt. Wichtig finde ich, dass wir auch im Bereich der psychosozialen Traumaarbeit nicht nur von Opfern sprechen sollten, sondern immer sehen müssen, dass diese Opfer auch Menschen sind, die ihr Leben aktiv gestalten, und dass wir sie in dieser Gestaltung unterstützen und ernstnehmen sollten. Wir neigen in der entwicklungspolitischen Arbeit dazu, die Probleme riesig und dramatisch zu zeichnen, um Geld im Parlament und in der Öffentlichkeit zu mobilisieren. Dabei geht dann oft unter, dass die, um die es geht, ja sehr viel selber auf den Weg gebracht haben. Wir müssen in dieser Hinsicht in der Öffentlichkeit den Mut haben, gerade auch erfolgreiche Arbeit der Menschen aus den Partnerländern darzustellen.

Wichtig ist auch der Hinweis, dass wir im Rahmen von Entwicklungsprogrammen viel stärker auf das psychosoziale Umfeld achten sollten, auf die psychosozialen Wirkungen. Das ist eine nützliche Anregung, die die Debatte um ein 'conflict-impact-assessment' ergänzt. Bei diesem Begriff geht es bekanntlich darum, die Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit in einem konfliktiven Umfeld im Hinblick auf ihre Wirkungen in der Konfliktodynamik zu überprüfen. Wir sind hier zwar methodisch noch am Anfang, aber dies ist sicher ein Element, das in die Konzeptentwicklung einfließen sollte.

Die Anregungen von David Becker müssen in erster Linie von denen aufgegriffen werden, die die Projekte entwickeln und durchführen. Das Ministerium ist in der nicht-staatlichen Entwicklungszusammenarbeit vor allem eine letzte Finanzierungsinstanz, die dort fördert, wo Eigenmittel und Partnerleistung nicht ausreichen. Die Verantwortung für die Durchführung haben die, die hier auf der Tagung sind, die Partnerorganisationen vor Ort und die Mittlerorganisationen im Inland. Als Ministerium werden wir nicht die fachliche Konzeption für diese Programme in die Hand nehmen können.

Unser Beitrag wird erstens sein, psychosoziale Projekte im Rahmen der jeweiligen Programme und Instrumente zu fördern. Dabei gibt es keine speziellen Haushaltslinien für die Förderung psychosozialer Vorhaben, dies geschieht im Rahmen der üblichen Instrumente, die Mittel für politischen Stiftungen, kirchliche Träger, staatliche Zusammenarbeit, den Friedensdienst und natürlich auch für private Träger zur Verfügung stellen. Diese Mittel werden nicht dadurch größer, dass wir uns dieses Themas annehmen, die Träger müssen im Grunde selbst im Rahmen ihres Budgets umschichten.

Zweitens sind wir zum 'Pre-Investment' bereit. Wir finanzieren Konzeptentwicklung, die die Partnererfahrung miteinbezieht und Qualifizierung fördert. Das versuchen wir mit dieser Tagung und mit anderen Maßnahmen.

Drittens wollen wir dazu beitragen, dass die Kooperation der Akteure verbessert wird. Wir haben beim Ministerium einen Arbeitskreis »Entwicklungspolitische Krisenprävention« eingerichtet, der sich mit verschiedenen Fachthemen befasst. Eines davon wird psychosoziale Traumaarbeit sein.

Ein fortlaufender Lernprozess

Zur Unterstützung psychosozialer Arbeit durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA).

Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gibt es auch in der Schweiz eine staatliche Stelle, die für Entwicklungszusammenarbeit zuständig ist, nämlich die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA). Ich bin eine der Mitarbeiterinnen dort und zuständig für Bosnien, Herzegowina, Kroatien und die Bundesrepublik Jugoslawien.

Ähnlich wie im BMZ ist auch innerhalb der DEZA die Förderung von psychosozialen Projekten kein Schwerpunkt. Es gibt nur ganz wenig Erfahrung, die vor allem nicht in aufgearbeiteter Form vorliegt, zum Beispiel über Projekte, die man vor 10 Jahren angefangen hat.

In den wenigsten Fällen bringen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen die Fachkompetenz dafür mit und es gibt im Haus keine spezielle Fachstelle für psychosoziale Arbeit.

In letzter Zeit können wir auf eine breitere Erfahrung in Bosnien-Herzegowina zurückgreifen, die etwas aufgearbeitet ist. Das war eine sehr spezifische Situation. Wir hatten in der Schweiz in kurzer Zeit relativ viele Flüchtlinge erhalten, wir waren nahe am Konfliktort und die Flüchtlinge bauten eine relativ enge, persönliche Beziehung mit der Bevölkerung auf. Schliesslich hat sich die Schweiz stärker als in einem anderen Krisengebiet engagiert.

Den Anfang bildete die Initiative der Schweizer NGOs, die die DEZA um Mitwirkung im psychosozialen Bereich baten. Wir haben damals mit den uns vorliegenden Kriterien gearbeitet. Wir haben verlangt, dass die Projektanträge über die Ziele Auskunft geben sollen, darüber, was man mit diesen Projekten will, wie man diese Ziele in Resultate umzusetzen gedenkt, wie diese gemessen werden sollen, wie das Monitoring dieser Projekte laufen soll, wie man sich die längerfristige Perspektive bzw. den Ausstieg aus der Förderung vorstellt und was der Eigenanteil ist, weil wir von Anfang an nur mit Beiträgen operieren wollten.

Das sind die üblichen Projektkriterien, die wir auch dort angewendet haben. Wie David Becker vorhin anmerkte, hat man sich wahrscheinlich auch die üblichen Lügen vorgemacht. Gleichzeitig war das für beide Seiten der Beginn eines Lernprozesses. Wenn ich die Dokumente aus dieser Zeit anschau, dann bekommt man den Eindruck, als ob man mit Kleinstprojekten ganz Bosnien therapieren könne und in 6 Monaten sei alles gut. Es gab wohl von uns aus die Forderung nach solchen Informationen und man hat sie erhalten, aber beide Seiten wissen, dass es wahrscheinlich nicht so sein kann.

Dieser Lernprozess dauert nun schon 4 Jahre und alle Beteiligten haben dazugelernt. Für uns auf der Seite der Förderer ist es wichtig, einen längerfristigen zeitlichen Horizont

anbieten zu können. Durch externe Evaluierung haben wir gemerkt, wo wir verstärkt unterstützen können: z.B. indem wir weiterhin die Gesamtkosten der Projekte über einen Zeitraum von 4-5 Jahren bis zur Hälfte mitfinanzieren oder bei Weiterbildungsmaßnahmen vor Ort über lokale Strukturen, im methodischen Bereich, im fach- und projekt-spezifischen Bereich. Sehr punktuell setzen wir auch Experten aus anderen Ländern ein.

Wir haben gemerkt, dass es wichtig ist, sowohl vor Ort als auch in der Zentrale eine motivierte Person zu haben, die bereit ist, einen ständigen Dialog mit den lokalen NGOs und Schweizer Vertretern zu führen und prinzipiell für alle Fragen offen ist. Darüber konnten wir sehr viele anstehende Probleme lösen. Wir haben gemerkt, dass oft erst einzelne Fragen auftauchen und eine gewisse Zeit später ist es ein Gesamtproblem.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Erstellung von sorgfältigen Grundlagendokumenten. Wir achten sehr darauf, dass wir realistische Ziele formulieren, dass wir den Kontext beschreiben, nicht nur sagen, das Projekt ist kontextbezogen, sondern wirklich in einem Abschnitt erklären, was der spezifische Kontext ist. Wie situiert man sich dort, worauf bezieht man sich und worauf kann man sich auch nicht beziehen, welche Abgrenzungen muss man vornehmen, die realistisch sind und nicht so tun, als ob man alles erreichen will.

Wir haben versucht, diese Lernschritte im Hinblick auf ein Engagement im Kosovo zu bündeln und in das Gesamtprogramm zu integrieren. Ein Fortschritt war, dass wir uns zu Beginn des Engagements mit den Hilfswerken zusammengesetzt haben und uns auf gewisse grundlegende Kriterien einigen konnten. Zu diesen grundlegenden Kriterien kann ich folgendes kurz aufführen:

Alle Projekte sollten eine Komponente Existenzsicherung und Ausbildung haben. Wir haben versucht, die verwendete Begriffe wie Kontextorientierung, psychosozial, etc. gemeinsam zu definieren, und verlangt, dass die Projektdokumente wirklich Aussagen machen, was man unter der Kontextorientierung versteht, wie man die Prozessorientierung sieht und wie man das Monitoring und die Supervision gestaltet. Diese Aussagen können am Anfang eines Prozesses nicht abschließend definiert werden, aber es muss klar sein, was geplant ist und wie man sich die Umsetzung vorstellt, so dass wir nachher auch darüber sprechen können, wie es sich entwickelt hat, und was man warum gemacht hat.

Als Geber ist uns vor allem folgendes wichtig: Unsere Rolle ist, den Rahmen klar zu definieren und auch klar zu kommunizieren. Wir müssen deutlich machen, was ist der zeitliche, was der finanzielle Horizont, den wir vorgeben können (und der nicht von Individuen abhängt), was sind unsere Werte und Ziele. Wichtig ist eine pragmatische Flexibilität, wenn dieser Rahmen definiert ist, damit der Raum zur Ausgestaltung den Partnern überlassen werden kann. Wir sollten die Projekte nicht übersteuern, nicht ins Mikromanagement eingreifen und projektimmanente Dinge anfangen zu diskutieren. Und ganz wichtig, wir oder Hilfswerksvertreter aus der Schweiz sollten die Dynamik, die vor Ort entsteht, nicht selber bremsen. Nur dann ist aus unserer Sicht wirklich ein 'Ownership' des Projekts durch die lokalen Vertreter möglich, der von Anfang an beginnen muss und nicht irgendwann aufgepfropft werden kann.

Schließlich scheint mir eine permanente Selbstkritik wichtig. Wir müssen uns immer fragen, tun wir das Richtige und tun wir es auf die richtige Weise. In Bezug auf psychosoziale Projektarbeit ist unser nächster wichtiger Schritt im Ministerium, die gemachten Erfahrungen systematisch aufzuarbeiten und festzuhalten.



Antikontemplative Meditation (1969)

Splitter einer Tagung

Eine Gesprächsrunde

Josefina Ulloa, Psychagogin aus Nicaragua und Mitstreiterin des Movimiento de Mujeres Trabajadoras 'Maria Elena Cuadra', hätte dieser Vorstellungsrunde ein Stück Seife mitbringen sollen. Denn die Seife symbolisiert in ihrer Geschichte den Neuanfang. Die Seife in der Hand schritt Josefina durch die Notunterkunft, in der Überlebende der Hurrikan-Katastrophe von 1998 untergebracht waren. Mit der Seife forderte sie die Menschen auf, sich zu waschen und sich selbst überhaupt wieder als Menschen wahrzunehmen. Die meisten waren, so beschreibt es Josefina, vollkommen paralysiert vom Erdbeben, vom Verlust ihrer Familien, ihrer Häuser, ihres Ackerlandes. Ihre Körper waren vom herabstürzenden Geröll zerkratzt und ihre Kleider zerfetzt. Das Waschen war der erste Schritt zurück ins Leben. Dass diese Menschen zwei Monate später Land besetzten, um sich neu anzusiedeln und nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein, ist nicht der Seifenmethode zu verdanken. Das Geheimnis liegt darin, dass psychosoziale Arbeit von Menschen wie Josefina geleistet wurde. Von Leuten aus der Gegend, die die Familien kannten, die ihr Vertrauen besaßen und noch blieben, nachdem das große Interesse lange vererbt war.

Félix Mulhanga, Psychologe aus Mosambik, sitzt in dieser Vorstellungsrunde während der von medico organisierten Mainzer Tagung »Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur« neben Josefina Ulloa. Er arbeitet mit Kindern und Jugendlichen, die im Krieg als Kindersoldaten missbraucht oder Opfer sexueller Gewalt wurden. In Mosambik, so Mulhanga, gibt es fast nichts im Überfluss, außer einer Vielzahl traumatisierender Ereignisse: der Krieg, die Armut, familiäre Gewalt, Naturkatastrophen wie die Überschwemmung im Frühjahr 2000. »Wir wissen nicht, welche wir zuerst bearbeiten sollen«, sagt Félix. Er arbeitet mit ehemaligen Kindersoldaten, die während des Bürgerkriegs zum Teil unter Drogeneinfluss gezwungen wurden, extreme Grausamkeiten zu verüben. »Unsere Hauptaufgabe ist es, die Jugendlichen zu finden, und dazu zu bewegen, die Schule zu besuchen.« Westliche psychotherapeutische Behandlungsmethoden seien häufig keine passenden Modelle, um mit den Kindern und Jugendlichen in ländlichen Gebieten zu arbeiten. In seiner Arbeit ginge es deshalb unter anderem darum, »Methoden lokaler Intervention« zu stärken. Félix Mulhanga aus Mosambik verbindet eine Erfahrung mit Josefina Ulloa aus Nicaragua – dass nämlich westliche Trauma-Experten, die für Kurzinterventionen in Krisenregionen reisen, mehr Schaden als Nutzen anrichten können.

Ilhan Kizilhan lebt als Kurde in Deutschland und ist ebenfalls Psychologe. Er hat eine Studie über die Folgen von Krieg und Repression für kurdische Kinder verfasst. Auf den Tisch in der Runde legt er einen Stein. »Mit einem Stein«, sagt er, »kann man etwas

aufbauen oder etwas zerstören.« Es gibt Häuser in kurdischen Dörfern, die bestehen aus 2000 Jahre alten Steinen. Manche dieser Häuser zerstörten türkische Militärs in einer Nacht. Es gibt, sagt İlhan, Kinder, die deswegen Steine werfen. Aber es gibt dort auch Kinder, die so traumatisiert sind, dass sie nicht einmal in der Lage sind, einen Stein aufzuheben. »Wir müssten dort Zentren aufbauen, um diese Kinder zu behandeln«, träumt Kizilhan. Bislang hat der Kriegszustand in der Region und vor allen Dingen die türkische Regierung solche Überlegungen von vornherein zunichte gemacht.

Zum Schluss der Vorstellungsrunde spricht die Psychologin Karin Mlodoch aus Berlin und berichtet vom Schicksal der »Anfal-Witwen« im Irak. Sie heißen so, weil ihre Männer während der sog. »Anfal-Offensive« verschleppt wurden. Man geht von 100.000 Verschwundenen aus: eine unvorstellbare Zahl. Ihr Schicksal ist bis heute nicht aufgeklärt. Die Witwen leiden an der Ungewissheit über das Schicksal der Männer und an ihrer nicht definierten sozialen Rolle innerhalb der patriarchalisch organisierten kurdischen Gemeinschaft. Das eine hängt mit dem anderen zusammen: eben weil das Schicksal ihrer Männer ungewiss ist, sind sie weder Gattin noch Witwe: »Ihre dramatische soziale und psychische Situation wird vollkommen negiert. Sie sind vollkommen abhängig von Almosen.«

Von den Mitch-Überlebenden, den Kindersoldaten bis zu den Anfal-Witwen – in knapp einer Stunde wird nicht nur das Spektrum psychosozialer Arbeit deutlich, sondern auch deren Grenzen. Alle in der Runde beschäftigen sich mit dem Wechselverhältnis von individuell erfahrenem Leid und dessen gesellschaftlicher Verursachung wie gesellschaftlicher Anerkennung. Um so deutlicher ist bei allen Beteiligten Entsetzen darüber zu spüren, dass auch in diesem Expertenkreis vom kurdischen Drama so gut wie nichts bekannt ist.

Worte, Bilder, Gesten

Was in den Vorträgen im Plenum, den Diskussionen der Arbeitsgruppen und den zahllosen Gesprächen am Rande der Tagung zur Sprache kam, hätte auch in literarischer Form dargestellt werden können: im Roman, im Drama, in der Tragödie. Was im Wort nicht zu fassen ist, kann dann vielleicht im Bild »gesagt« werden – wenn die Leute und die Orte sichtbar werden, über die gesprochen wird.

Am Rande des dichtgedrängten Tagungsprogramms wurden deshalb auch Dias und ein Film gezeigt. Die Dias hatte José Felipe Sarti aus Guatemala mitgebracht. Als Mitarbeiter des Equipo de Estudios Comunitarios y Accion Psicosocial (ECAP) kümmert sich Felipe um die Überlebenden der Massaker von Rabinal. In der Gegend von Rabinal hat das guatemaltekkische Militär während des Bürgerkrieges 5000 Menschen ermordet, Einwohnerinnen und Einwohner der ländlichen Gemeinden des fruchtbaren Hügellands. Wer dort lebt hat oft nicht nur Verwandte und Freunde verloren, sondern ist auch zum Zeugen von jahrelanger Folter und Verfolgung geworden. Nach dem Friedensschluss, der an den Verhältnissen wenig zu ändern vermochte, verurteilten die im Amt verbliebe-

nen Täter ihre Opfer zum Schweigen: was geschehen war, sollte vergessen, sollte vor allem ungestraft bleiben. Felipe und das kleine Team von ECAP helfen den Betroffenen in der Aufarbeitung der traumatischen Erfahrung, die nicht nur das Selbstverhältnis der Einzelnen, sondern alle zwischenmenschlichen und kommunitären Beziehungen erschüttert hat. Neben der unerlässlichen Hilfe im Einzelfall leistet die Aufarbeitung des Traumas zugleich einen wesentlichen Beitrag im Kampf um die Vergangenheit und um die Erinnerung, einen Kampf, der allein die Chance eröffnet, den brüchigen Waffenstillstand zu einem Frieden werden zu lassen, in dem Versöhnung und Gerechtigkeit zusammenkommen können. Während er den anderen im Saal erläutert, was auf den Bildern zu sehen ist, teilen sich auch die Leidenschaft und der Ernst mit, die sein tägliches Engagement möglich machen; alle verstehen, warum Felipe das blühende Tal, das auf der Leinwand zu sehen ist, als »Wüste« bezeichnet. Doch gerade in diesem Augenblick ertönt ein Zwischenruf aus der hinteren Ecke des Saales: »This is not a desert at all!«. Alle Köpfe wenden sich um, und ein befreiendes, schallendes Gelächter kommt auf, in das nach einem kurzen Augenblick der Überraschung auch Felipe einstimmt. Der Zwischenruf stammt von Danie Botha von der NGO People's Education, Assistance and Counseling for Empowerment (PEACE). Danie verrichtet seine Arbeit in einem Land, das im wörtlichen Sinn ein Wüstenland ist: Namibia, zum allergrößten Teil vom Sand und dem Geröll der Namib- und der Kalahari-Wüste bedeckt.

Dass freilich auch Danie Botha genau versteht*, warum Felipe das grüne Hochland von Rabinal als Wüste bezeichnen kann, wird deutlich, als er und Pauline Dempers den Film ‚I have seen‘ vorführen. Der von dem namibischen Dokumentarfilmer Richard Pakleppa gedrehte Film handelt vom Schicksal der Ex-Gefangenen der namibischen Befreiungsorganisation Southwest African People's Organisation (SWAPO). Bei diesen Gefangenen handelt es sich nicht etwa um »Kriegsgefangene«, d.h. um Soldaten der südafrikanischen Besatzungsarmee und ihrer namibischen Hilfstruppen. Die »Ex-Detainees« waren vielmehr selbst Kämpferinnen und Kämpfer der SWAPO; unter dem Vorwurf der Spionage für Südafrika wurden sie von ihren eigenen Leuten in Erdlöchern gefangengehalten, sie wurden gefoltert, das Schicksal von etwa 2000 »Verschwundenen« ist noch heute ungeklärt. Der Spionagevorwurf war willkürlich, Gefangennahme, Folter und tausendfacher Mord Teil einer »Säuberung«, mit der die SWAPO-Führung um Sam Nujoma die Befreiungsbewegung unter ihre Kontrolle brachte. Nujoma ist heute Präsident des unabhängigen Namibia; im Film kommen die Opfer seines Terrors zu Wort, Frauen und Männer, die oft noch heute nicht verstehen können, was ihnen widerfuhr. Danie Botha und Pauline Dempers setzen sich für die öffentliche Aufarbeitung der Vergangenheit ein, für die Anerkennung des Unrechts und die Entschädigung der Opfer. Pauline koordiniert das Breaking the Wall of Silence Movement, in dem sich die »Ex-Detainees« selbst organisieren, und Danie arbeitet für die NGO PEACE, die sie mit psychosozialer Arbeit begleiten. Als der Film zuende ist und es im Saal wieder hell wird, bleibt es still, klingen die Worte der Frau nach, die in der Schlusszene Präsident Nujoma an sein zynisches Versprechen erinnert, die »Vorfälle« aus der Zeit des Kampfes

gerichtlich aufklären zu lassen. »Ja«, hatte die Frau gesagt, »wir wollen diesen Prozess, wir wollen, dass alle erfahren, was geschehen ist – yes, Mr. President, let us go to the Court, we want to go the Court!«

Wieder ist es Josefina Ulloa, die den Bann bricht, in dem sie quer durch den Raum zu Pauline geht, sie umarmt, sich dem Nächststehenden zuwendet und auch ihn umarmt, eine Bewegung, die von den anderen aufgegriffen wird und sich im ganzen Saal fortsetzt. Pauline Dempers wendet sich schließlich an Julia António aus Angola, die dort für den Christian Children's Fund (CCF) arbeitet. Eines der im Film gezeigten Gefangenenlager der SWAPO lag in der Nähe der angolanischen Stadt Lubango, Pauline hatte eindringlich geschildert, was sich dort zugetragen hatte. In einer ausserordentlich feinfühligem Geste entschuldigt sie sich dafür, vor Gästen aus Lateinamerika und Europa so schlecht von Lubango, von Angola gesprochen zu haben; beide umarmen sich, einander nicht nur deshalb nahe, weil sie für ein anderes Namibia, ein anderes Angola arbeiten. Der CCF ist übrigens auch in Lubango aktiv, wo er ein Child Survival Project unterhält, das Kindern und ihren Müttern beisteht, die der angolanische Bürgerkrieg in diese Stadt verschlagen hat.

Grenzen des Verstehens

Der Empathie und der Spontaneität des Aufeinanderzugehens waren allerdings wie in der psychosozialen Arbeit vor Ort, so auch in Mainz Grenzen gesetzt, die sich nicht unmittelbar und intentional überschreiten ließen. Zum Thema wurden diese Grenzen in doppelter Weise: einmal als Gegenstand der Diskussion, dann aber auch als Grenze der Diskussion selbst.

Ersteres war beispielsweise in einer Arbeitsgruppe der Fall, in der es um die Übertragbarkeit von Erfahrungen psychosozialer Projektarbeit ging – schwierig schon alleine deshalb, weil hier wie anderswo jeder Beitrag simultan übersetzt werden musste, aus dem Portugiesischen, Spanischen und dem Englischen. Boia Efraime, in der früheren DDR ausgebildeter Psychologe aus Mosambik, brachte die besondere Situation akademisch geschulter Therapeuten treffend auf den Punkt, als er einräumte: »Ich habe manchmal das Gefühl, den Fachleuten aus dem Norden näher zu stehen als der Landbevölkerung, mit der ich arbeite«. Als Koordinator der NGO Reconstruindo e Esperanza (RE) vertritt Boia ein Projekt zur sozialen Reintegration früherer Kindersoldaten. Dabei arbeitet er mit traditionellen Heilerinnen und Heilern zusammen – eine Kooperation, die von allen Beteiligten, den traditionellen Heilerinnen und Heilern wie dem psychologisch geschulten Sozialteam, viel Einfühlungsvermögen und großen gegenseitigen Respekt verlangt. Trotz der beidseitigen Anstrengung kommt es oft genug zu schweren Missverständnissen, die sich um so stärker auswirken, als es nicht nur zwischen den beiden Therapeuten-Gruppen, sondern – weitreichender noch – auch zwischen ihnen und ihren »Klienten«, den ehemaligen Kindersoldaten, zu Missverständnissen, ja zu gegenseitigem Unverständnis kommt. Den Therapeuten erschließt sich so, wenn auch nur in negativer Weise,

die Einsamkeit, zu der die jungen Menschen durch die Nichtkommunizierbarkeit ihrer Grenzerfahrung verurteilt sind.

Wie solche Nichtkommunizierbarkeit nicht nur den Austausch von Grenzerfahrungen, sondern schon den alltäglichen Dialog begrenzt, führte Ralf Syring aus, ein langjähriger Mitarbeiter *medicos*, der zuletzt in Angola tätig war: »Wenn man die Leute bittet zu beschreiben, wie sie sich ihr neues Haus vorstellen, dann zeichnen sie nicht den Grundriss des Wohnhauses, sondern zuerst den Lagerraum für Getreide auf. Sie beginnen nicht mit Dingen, die für uns im Vordergrund stehen. Das Problem ist, dass wir ihr System nicht kennen. Es gibt nicht nur eine einzige Kultur in einem Land, und entsprechend gibt es eine Vielzahl kultureller Erfahrungen. Es kommt darauf an, neue Bilder zu schaffen, die für alle verständlich sind und Gemeinsamkeit herstellen könnten.« Wie groß die kulturelle Differenz empfunden wird und wie sie überbrückt oder auch ausgetauscht werden kann, hängt stets von der jeweiligen Situation ab: »Möglicherweise lässt sich die Problematik der Kindersoldaten in Mosambik sehr gut anhand der Verhältnisse in Angola beschreiben. Kommt man als weißer Westler dagegen in eine angolansische Kleinstadt, um dort psychologische Arbeit zu leisten, wird die kulturelle Differenz möglicherweise sehr viel spürbarer sein«.

Neben den Differenzen der sozialen Herkunft und der Bildung spielt auch deren politischer und ökonomischer Rahmen eine große Rolle. Jede Form der Entwicklungszusammenarbeit und darin eben der psychosozialen Arbeit ist immer auch eine Intervention, die von außen kommt. Für Boia Efraime ist sie deshalb Teil der Lösung und Teil des Problems zugleich. »Das hängt davon ab«, konterte sein angolansischer Kollege António Eduardo: »Wir sind diejenigen, die ihnen erlauben zu helfen. Und zwar nicht als Objekte, sondern als Subjekte unserer eigenen Entwicklung. Die Frage ist, ob das Wissen unserer eigenen Fachleute akzeptiert und als solches anerkannt wird. Why do I have to go to university, before I have a voice?«

Wie sehr solche durch politische und ökonomische* Bedingungen gesetzten Grenzen des Verstehens auch die Mainzer Tagung beeinträchtigten, zeigte sich in der Debatte um die Finanzierung und Finanzierbarkeit psychosozialer Arbeit. *medico* hatte dieses Thema ausdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt und dazu den heute in Berlin, doch zuvor lange Jahre in Chile arbeitenden Psychologen David Becker um einen Vortrag gebeten. Wie auch immer die Zuhörerinnen und Zuhörer zu seinen Vorschlägen standen: dem Verständnis waren schon dadurch Grenzen gezogen, dass einige hinter der Ansetzung des Themas selbst den Versuch vermuteten, in indirekter Weise Änderungen in der Förderpolitik *medicos* »mitzuteilen«.

Unvermeidliches Missverständnis und verständliches Misstrauen prägten dann auch die Arbeitsgruppe, in der die Erweiterung und Unterstützung psychosozialer Arbeit durch eigenständige ökonomische Aktivitäten im Rahmen der jeweiligen Projekte diskutiert wurden. Während die Integration von Konsumvereinen, von Näherinnen- und Müllbeseitigungsgenossenschaften für Zandile Nhlengetwu und Berenice Meintjes vom KwaZulu Natal Programme for Survivors of Violence (PSV) aus Südafrika eine Selbstver-

ständigkeit darstellen – »die ersten Probleme, die an uns herangetragen werden, sind Erwerbs- und Obdachlosigkeit, da müssen wir Lösungen finden, wenn wir Traumarbeit leisten wollen!« – wiesen andere solche Aktivitäten weit von sich und verteidigten ihre Arbeit als eine rein psychotherapeutische Tätigkeit, die notwendig durch finanzielle Zuwendung von dritter Seite – etwa der *medicos* – abhängt. Die Fähigkeit und Bereitschaft *medicos* zur Förderung psychosozialer Projekte sollte nun aber – jedenfalls von der Planung her – gar nicht zur Debatte stehen: ein Missverständnis, durch das jedoch die Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse freigelegt wurden, die auch die Beziehungen zwischen Geber- und Nehmerorganisationen bestimmen. Hier hätten wir selbst uns klarer äußern, vor allem: die Doppelrolle offenlegen müssen, die *medico* notwendigerweise zukommt: einerseits dem eigenen Selbstverständnis nach eine politisch motivierte und deshalb besonders zur Solidarität mit ihren Partnerinnen und Partner verpflichtete NGO zu sein, andererseits faktisch selbst eine Geberorganisation zu sein, von der die Arbeit »ihrer« jeweiligen Nehmerorganisationen, mithin auch die Arbeitsplätze der dort Beschäftigten, in erheblichem Maß abhängen.

Bis in den frühen Morgen...

Waren die ersten Tage der internen Verständigung gewidmet, fanden sich zum letzten, öffentlichen Tag 200 Gäste ein, um fünf Vorträge zu hören und der Podiumsdiskussion zu folgen, an der auch Vertreterinnen des deutschen und des schweizerischen Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit teilnahmen – die »Geber« eben, um deren Förderpolitik gestritten werden sollte. Im Foyer hatten die teilnehmenden Organisationen Stände mit Informationsmaterial aufgebaut, an denen die Diskussionen des Tages und der Tage zuvor in einer Vielzahl von Einzelgesprächen fortgesetzt wurden. Zum Ende der Veranstaltung verlagerten sich die Gespräche in die flirrende Hitze des Innenhofs. Nachdem die letzten Gäste gegangen waren, blieben die Tagungsteilnehmer unter sich, es wurde geraucht, gelacht, Verabredungen getroffen, die ersten Flaschen Bier oder Wein geöffnet. Manche gingen auf die Zimmer und fingen an zu packen, andere spazierten ein letztes Mal durch die Gassen der umliegenden Mainzer Altstadt oder zum Rhein herunter. Félix Mulhanga aus Mosambik vermerkte noch einmal, wie unglaublich ihm die Sommerhelle des Abends und die unmerkliche Dämmerung erschienen, verglichen mit dem plötzlichen Einfall der Nacht in seinem Land. Für das Abschlussfest war ein DJ bestellt worden, eine Frau aus einem besetzten Haus in Frankfurt. Aber niemand wollte in den Kellerraum hinuntersteigen, um dort zu tanzen, man blieb im Innenhof, wo jemand Gitarre spielte. Wie sehr die meisten der Anwesenden nicht einfach nur einer Generation, sondern auch einer politischen Generation entstammten, zeigte sich, als der Gitarrenspieler das Lied vom Comandante Che Guevara zu spielen begann. Nicht ohne Wehmut, aber mehr noch in fröhlicher Ironie fielen immer mehr in den leisen Gesang ein, dessen spanischer Text nicht nur den Lateinamerikanern, sondern ebenso den Südafrikanerinnen, dem Namibier, der Palästinenserin geläufig war, auch einigen der im

Schnitt etwas jüngeren Mitarbeiter medicos. Jetzt wurde doch getanzt, und schließlich zog es alle in den Keller, wo Musik aus allen Kontinenten gespielt wurde, Mbaquanga, Rap, Salsa, Punk, über die Tagung hinaus und in den Anbruch des nächsten Tages hinein.

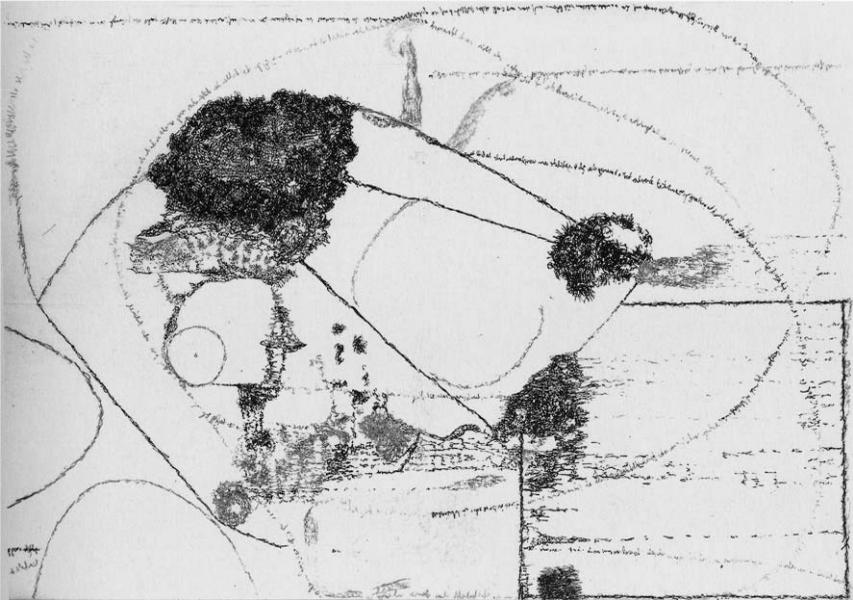
Eine letzte Grenze des Verstehens: Besuch in Buchenwald

Das Fest war gerade erst zuende gegangen, als Danie Botha und Felipe Sarti gemeinsam mit Regina Fonseca vom honduranischen Centro de Derechos de Mujeres (CDM), Majedah Abu Ghosh von der Union of Palestinian Medical Relief Committees (UPMRC) und den medico-Mitarbeitern Keith Chamberlain und Andreas Wulf einen Kleinbus bestiegen, um gemeinsam von Mainz nach Weimar zu fahren. An der Geschichte dieser thüringischen Kleinstadt lässt sich der Satz Benjamins, nach dem es kein Dokument der Kultur gibt, das nicht zugleich ein Dokument der Barbarei wäre, wohl eindrucksvoller ausweisen als an der Geschichte ansonsten fraglos bedeutenderer Städte: Wirkungsstätte Goethes und über Jahrzehnte hinweg der Ort, an dem die Literaten und Intellektuelle der Aufklärung und der Klassik zusammenkamen, Stadt, die der ersten Republik in Deutschland den Namen gab, Gründungsort des Bauhauses und deshalb ein Zentrum der emanzipatorischen Moderne und zugleich einer der Orte, an denen die nationalsozialistische Herrschaft die systematische Vernichtung der Juden sowie der politischen und kulturellen Opposition betrieb: Ort des Konzentrationslagers Buchenwald.

Regina und Felipe hatten zuvor bereits das Museum Judengasse am Börneplatz in Frankfurt besichtigt, was für Felipe auch deshalb bedeutsam war, weil ECAP in Rabinal ein kleines Museum einrichten will, das den Terror des guatemaltekischen Bürgerkriegs erinnern soll. Ziel war nun die im ehemaligen Konzentrationslager eingerichtete Gedenkstätte, Ort der Erinnerung an die etwa 250.000 Menschen, die im Lager Buchenwald interniert waren, an die über 50.000 Menschen, die von den Nationalsozialisten dort ermordet wurden, und zugleich an jene Häftlingsrevolte, der es gelang, kurz vor Ende des Krieges weitere Morde zu verhindern. Ort zuletzt, an dem von der sowjetischen Besatzungsmacht zwischen 1945 und 1950 weitere 28.000 Menschen interniert wurden, zumeist Funktionsträger der nationalsozialistischen Herrschaft, von denen 7.000 an Vernachlässigung und Unterernährung starben.

Nach ihrer Ankunft wurde die Reisegruppe von Frau Hertel, der Presseverantwortlichen der Gedenkstätte, empfangen, die sie in der folgenden Zeit außerordentlich aufmerksam und zuvorkommend durch das Gelände geleitete. Beim Durchgang durch das Lagertor gab es dann eine erste, schreckliche Überraschung. Denn Danie Botha war die unendlich zynische Inschrift über dem Lagertor – »Jedem das Seine!« – seit langem schon vertraut, auch wenn ihm ihre Buchenwalder Herkunft unbekannt war: Dieselben Worte standen während der Apartheid am Grenzübergang zwischen dem schwarzen township Katutura und der weißen Hauptstadt Namibias, Windhuk, und sie waren dort so angebracht, dass sie von der Seite Katuturas aus zu entziffern waren.

Unweit des Lagertors fand eine unerwartete Begegnung statt, die den Aufenthalt in Buchenwald bestimmen würde. Frau Hertel wurde von einem älteren Herrn angesprochen, einem früheren Häftling, der nach der Befreiung nach Israel übersiedelt und zum ersten Mal nach all den Jahren nach Deutschland zurückgekehrt war. Spontan begann er, ihr und den anderen von seinen Erfahrungen zu erzählen. Eindringlich beschrieb er das nächstliegende Gelände, wies auf den Ort, an dem die Baracke stand, in der er untergebracht war, und auf den Platz, an dem die Lagermannschaften der SS die Häftlinge zum Appell zusammengerufen hatten. Als klar wurde, dass sich hier Menschen aus den verschiedensten Ländern begegneten, entspann sich eine lebendige Unterhaltung, die wechselnd auf Deutsch, Englisch, Spanisch, Französisch, Arabisch und Hebräisch geführt wurde. Bald geschah, was unausweichlich war: die Frau des früheren Häftlings, eine Jüdin aus Ägypten, sprach Majedah an, deren palästinensische Herkunft sie erkannt hatte. Schnell kamen die beiden auf den israelisch-palästinensischen Konflikt zu sprechen, und auf die unterschiedlichen Positionen, die sie in diesem Konflikt voneinander trennten. Das Gespräch konnte natürlich die Differenzen nicht überbrücken, die hier – auf dem Boden eines Konzentrationslagers – nur zu nennen schon im Ansatz prekär bleiben musste. Man war nach Weimar gefahren, um mehr vom Holocaust und dem Leiden der Jüdinnen und Juden zu erfahren, und fand sich nun Fragen konfrontiert, die nur schwer, im Grenzfall gar nicht und in keinem Fall gerecht beantwortet werden können, weil sie die Gefragten zwingen, ihr Leiden mit dem Leiden anderer zu vergleichen.



Erwartungshorizont im Gestein (1962)



Vergessen der Erinnerungen (1977/79)

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

David Becker ist Diplompsychologe und war lange Jahre Mitarbeiter der chilenischen NGO »Istituto Latinoamericano de Salud Mental y Derechos Humanos« (ILAS). Das Institut hat in seiner psychotherapeutischen wie theoretischen Arbeit Erfahrungen über den Zusammenhang von individuellem Leid und gesellschaftlichem Aufarbeitungsprozess gewonnen, die für psychosoziale Projekte auf der ganzen Welt wegweisend geworden sind. David Beckers Buch »Ohne Hass keine Versöhnung: Das Trauma der Verfolgten« gehört zu den Standardwerken zur psychosozialen Arbeit. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der FU Berlin und Geschäftsführer der Internationalen Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie in Berlin (INA)

Rebekka Bernhardsgrütter ist stellvertretende Leiterin der Abteilung für spezifische und regionale Programme der staatlichen »Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit« (DEZA) in der Schweiz. Sie betreut die Projekthilfe in den ex-jugoslawischen Ländern.

Daniel Peter Botha ist Vorstandsmitglied der namibischen NGO »People's Education, Assistance and Counselling for Empowerment« (PEACE), deren Mitbegründer er war. Danie Botha stammt aus Südafrika, wo er als Bure am Widerstand gegen die Apartheid teilnahm. Er schloss sich der namibischen Befreiungsbewegung SWAPO an und war nach der Unabhängigkeit Mitglied im ersten freigewählten Parlament des Landes. An der Mainzer Konferenz nahm er gemeinsam mit Pauline Dempers teil, der Koordinatorin des Breaking the Wall of Silence Movements (BWS). Im BWS haben sich die Opfer der brutalen »Säuberungen« zusammengeschlossen, der die SWAPO schon während des Kampfes ihre eigenen Mitstreiterinnen und Mitstreiter unterworfen hatte.

Leticia Cufre ist Psychoanalytikerin und war Mitarbeiterin des legendären »Equipo Internacionalista Marie Langer«, das nach der sandinistischen Revolution in Nicaragua gemeindeorientierte psychosoziale Zentren aufbaute. In Mexiko arbeitet sie heute als Dozentin am psychologischen Institut der Universität Veracruz und hat ein Netzwerk von Fachleuten aufgebaut, die sich über ihre Erfahrungen in psychosozialer Arbeit austauschen. Das Themenspektrum reicht von der Krisenintervention bei Naturkatastrophen bis zur psychosozialen Arbeit im Bezug auf innerfamiliäre Gewalt. Leticia Cufre hat Schulungen in verschiedenen von medico unterstützten Projekten durchgeführt, u.a. in Mosambik und Nicaragua.

António Eduardo ist Sozialarbeiter und leitet die angolische NGO »Centro de Apoio a Promocao e Desenvolvimento de Comunidades« (CAP DC). Seit 1997 koordiniert er die Sozialteams, die Opfer von Minenunfällen betreuen. Die Teams suchen die Betroffenen im Krankenhaus auf, arbeiten aber auch mit den Familien und Gemeinden, um deren spätere Integration sicherzustellen.

Majeda Hikmat Abu Goush ist Diplomsoziologin und Mitarbeiterin der »Union of Palastinian Medical Relief Committees« (UPMRC). Sie ist Supervisorin der gemeinwesenorientierten Rehabilitationsprogramme im Biddo-Gebiet und in Ramallah und leitet die Behinderten-Betreuungseinrichtung in Biddo.

Adolf Kloke-Lesch ist Ministerialrat und Leiter des Referats Friedensentwicklung und Krisenprävention im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Brandon Hamber ist Psychologe und Mitarbeiter des »Centre for the Study of Violence and Reconciliation« (CSV) in Südafrika. Das Zentrum, dem eine Traumaklinik angegliedert ist, hat die Wahrheitskommission maßgeblich begleitet und ist gewissermaßen der think tank des Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozesses. Im CSV entstand auch die Idee, die Selbsthilfeorganisation Khulumani Support Groups zu gründen, deren Vorstand Hamber angehört. Er hat verschiedene Bücher und Artikel über die psychologischen Folgen politischer Gewalt sowie über den Übergangs- und Versöhnungsprozess in Südafrika veröffentlicht.

Katja Maurer ist Mitarbeiterin von medico international in Frankfurt.

Berenice Meintjes ist Psychologin und Direktorin des »KwaZulu-Natal-Programme for Survivors of Violence« (PSV) in Südafrika.

Usche Merk ist Mitarbeiterin von medico international in Frankfurt.

Ntombi Mosikare ist Sozialarbeiterin und koordiniert die »Khulumani Support Groups« in Südafrika, eine Selbstorganisation von Opfern der Apartheid, der mehr als 30 lokale Gruppen angehören, vorwiegend Frauen aus den Townships. Ihr politisches und psychoziales Engagement begann nach der Ermordung ihres Bruders im Jahr 1985; sie lebt heute mit ihrem Mann und vier Kindern im Township Soweto bei Johannesburg.

Susana Navarro García ist Psychologin und arbeitet für die guatemaltekische NGO »Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial« (ECAP). Weil das guatemaltekische Militär während des Bürgerkriegs auf die systematische Zerstörung der indigenen

Gemeinden zielte, spricht die von dem deutschen Völkerrechtler Christian Tomuschat geleitete Wahrheitskommission des Landes von einem versuchten Genozid. Aus dieser Geschichte bestimmt sich die Arbeitsweise von ECAP, die sich nicht nur auf Individuen, sondern auch auf die Gemeinden bezieht, deren zerstörte soziale Strukturen wiederhergestellt werden sollen. Auf der Mainzer Konferenz wurde ECAP von dem Psychologen José Felipe Sarti Castañeda vertreten.

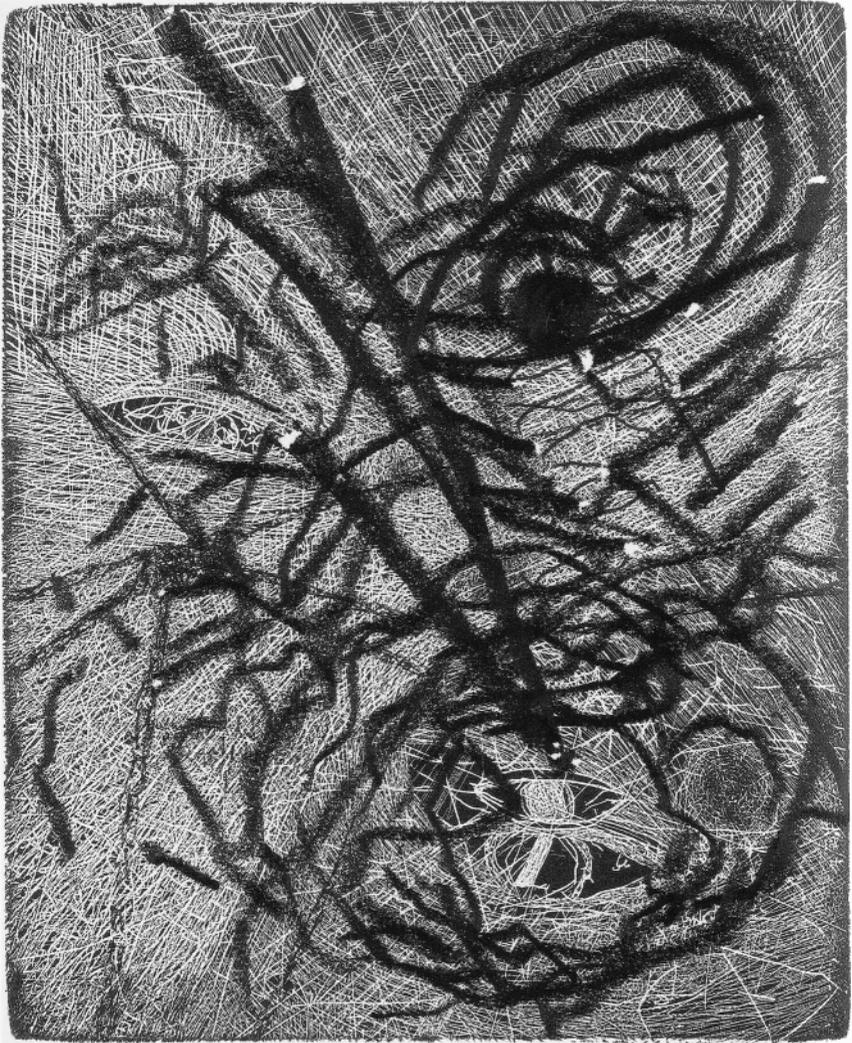
Zandile Nhlengetwa ist Lehrerin, Diplompädagogin und Koordinatorin des »KwaZulu-Natal-Programme for Survivors of Violence« (PSV) in Südafrika. Sie wurde in Durban geboren und kennt die gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen ANC und Inkatha seit ihrer Kindheit. Im PSV betreut sie die gemeinwesenorientierten Projekte, die versuchen, das zerstörte soziale Gewebe der von den Kämpfen zerrütteten Siedlungen und Townships wiederaufzubauen.

Paz Rojas Baeza ist Neurologin, Psychiaterin und Vorsitzende der chilenischen Menschenrechtsorganisation »Comité de Defensa de los Derechos del Pueblo« (CODEPU). Paz Rojas behandelt seit zwanzig Jahren Verfolgte der chilenischen Militärdiktatur, die an extremen Traumatisierungen leiden. Über viele Jahre hat sie für CODEPU die psychotherapeutische Betreuung der Diktaturoffer verantwortet und Standardwerke zum Thema verfasst. CODEPU hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Anklage gegen Pinochet in Spanien und Chile zustandekam und ist an den Verfahren juristisch beteiligt.

Marie Rössel-Cunoviç ist Diplom-Pädagogin hat die psychosoziale Arbeit bei medico mit aufgebaut. Sie absolviert zur Zeit eine Ausbildung zur Familientherapeutin und arbeitet im »Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil« (FATRA), wo sie seit 1996 Projektleiterin der Beratungs- und Behandlungseinrichtung für traumatisierte Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ist.

Thomas Seibert ist Mitarbeiter von medico international in Frankfurt.

Ralf Syring ist Kinderarzt und Theologe und war lange Jahre Mitarbeiter von medico international. Er hat die Arbeit des gemeinwesenorientierten Rehabilitationszentrums im angolischen Luena koordiniert und war dort u.a. für die Fortbildung und Konzeptentwicklung der Rehabilitation kriegstraumatisierter Kindern verantwortlich. Heute leitet er die Projektarbeit der »Deutschen Welthungerhilfe« in Angola.



Abrupte Störung (1991)

Beiliegende CD-ROM enthält alle Beiträge der Tagung »Psychosoziale Arbeit nach Krieg und Diktatur«. Außerdem liefert sie weitere Hintergrund-Texte zum Thema. Unter dem Verzeichnis »Projekte« finden Sie anschauliche Informationen und die jeweiligen Selbstdarstellungen aller psychosozialen Projekte in Afrika, Lateinamerika und dem Nahen Osten, die Vertreterinnen und Vertreter auf die Tagung entsandt haben.

Die CD-ROM öffnet sich beim Einlegen automatisch. Die Texte sind als PDF-Dateien zu lesen. Wer über keinen Acrobat-Reader verfügt, um diese Dateien zu lesen, kann sich das Programm mit dieser CD-ROM herunterladen.

